

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis halbjährlich 2.50 RM, monatlich 1.10 RM, vierteljährlich 3.50 RM, frei im Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Schweden, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interfions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgegliederten Familien oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereine und Beraternungs-Komitees 30 Pfg. Kleine Anzeigen, das feilgebotene Wort 30 Pfg. (zweiwöchige feilgebotene Worte) jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Nachts über 10 Stunden zahlen für zwei Worte. Spätere für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: Adressen „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 30. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die Geschäftsordnung des Reichstags.

Die Geschäftsordnung für den Reichstag hat sich in dieser Beziehung überlebt; die Gepflogenheiten des Parlaments stehen zum Teil in Widerspruch zu den schriftlich fixierten Normen. Die Bedeutung der Fraktion und ihr Einfluß auf die Geschäftsführung ist gewachsen. In der Geschäftsordnung fehlt jedoch jede Bestimmung über das Recht der festen parlamentarischen Gruppen auf die Besetzung der Kommissionen, der Schriftführerposten, der Teilnahme am Seniorenkonzent und über die Befugnisse des Seniorenkonzents selbst.

Der Reichstag hat aber auch in seiner Mehrheit das Verlangen nach Erweiterung seiner parlamentarischen Rechte, soweit dies durch eine Geschäftsordnung möglich ist. In der Ausgestaltung seiner Geschäftsordnung ist er nach der Verfassung souverän, und er hat, wenn er es nur will, die Macht, die Regierung in den Rahmen der von ihm beschlossenen Geschäftsordnung zu zwingen.

Die Versuche in der früheren Legislaturperiode des Reichstags, Änderungen in der Geschäftsordnung des Reichstags durchzuführen, scheiterten, weil die blau-schwarze Mehrheit im Grunde ihres Herzens Verbesserungen verhindern wollte. Der gegenwärtige Reichstag hat sogleich bei Beginn seiner Session die Geschäftsordnungskommission verstärkt und ihr die Aufgabe zugewiesen, eine Revision der Geschäftsordnung herbeizuführen. Die Kommission ist von der Auffassung ausgegangen, daß, wenn etwas erreicht werden soll, sie, sobald sie ein wichtiges Stück des Reformwerks fertiggestellt hat, es ohne Verzug dem Plenum des Reichstags zur Beschlußfassung unterbreiten muß, um es in Kraft setzen zu lassen.

Besteht doch die Gefahr, daß sonst die ganze Arbeit untollendet in der Kommission stecken bleibt, falls die Kommission warten würde, bis die sämtlichen weitwichtigen Bestimmungen der Geschäftsordnung durchberaten sind.

Von diesem Standpunkte aus hat die Kommission sich zunächst über die Regelung des Interpellationsrechts schlüssig gemacht und ihren Beschluß dem Plenum vorgelegt, wo er in nächster Woche zur Erledigung gebracht werden soll. Die Kommission erweitert das bestehende Recht in nicht unwesentlichem Umfang. Sie unterscheidet von den eigentlichen Interpellationen die bloßen Anfragen. Die Einrichtung der Anfragen, die in dem ausgebildeten englischen Parlamentarismus eine große Rolle spielen, sind unserer Geschäftsordnung bisher fremd gewesen und waren deshalb im Reichstage unzulässig. Es liegt auf der Hand, daß die Volksvertretung ein Interesse daran hat, jederzeit vor dem ganzen Volke von der Regierung Auskunft über alle aktuellen Fragen der inneren und äußeren Politik zu verlangen. Es ist ein unwürdiger Zustand, daß ein Volksvertreter sich auf Hintertreppen Informationen aus den Regierungskabinet holen soll.

Die Kommission hat bestimmt, daß an zwei Tagen in jeder Woche die erste Stunde der Sitzung zu Anfragen verwendet werden kann, und als solche Tage sind Dienstag und Freitag festgesetzt. Das Recht zur Fragestellung steht jedem einzelnen Mitgliede des Reichstags zu. Die Anfragen müssen zunächst schriftlich eingereicht werden und werden dann unverzüglich dem Reichskanzler mitgeteilt, damit er die Antwort vorbereiten kann. Der Fragesteller hat die Wahl, ob er sich mit einer schriftlichen Antwort begnügen oder ob er eine mündliche Äußerung verlangen will. Erklärt er sich mit einer schriftlichen Antwort zufrieden, so wird diese jedoch nicht nur ihm zugestellt, sondern allen Mitgliedern des Reichstags, damit das Parlament von dem Vorgange unterrichtet ist und auch die Öffentlichkeit informiert werden kann. Alle Anfragen, die nicht auf schriftlichem Wege zu erledigen sind, werden in der Reihenfolge, in der sie gestellt werden, von den Fragestellern in der öffentlichen Sitzung verlesen und beantwortet. Ergibt sich aus der Antwort der Regierung das Bedürfnis, zur Aufklärung des Sachverhalts die Anfrage zu berichtigen oder zu ergänzen, zum Beispiel, um nicht aus formellen Gründen die ganze Aktion scheitern zu lassen oder um ausweichenden Antworten eine klar präzisiertere Anfrage entgegenzustellen, so hat der Fragesteller dazu das Recht. Die sozialdemokratische Fraktion hat das Recht zur Ergänzung und Berichtigung der Anfrage jedem Reichstagsmitgliede zuzusprechen wollen, hat doch ein jeder, nachdem eine Angelegenheit zur Sprache gekommen ist, ein Interesse daran, daß sie geklärt wird und nicht etwa wegen unzulänglicher Fragestellung im Dunkeln bleibt. Der sozialdemokratische Antrag ist jedoch abgelehnt worden, und es ist beschlossen, daß, falls mehrere Mitglieder gemeinsam eine Anfrage stellen, nur ihrem Wortführer die Ergänzung der Berichtigung freisteht. Die Bestimmung ist jedenfalls unpraktisch, weil ja jeder Abgeordnete das Recht hat, eine ungeklärte Frage in ergänzter oder berichtigter Form in der nächsten Sitzung zu stellen.

Der Wert der neuen Einrichtung wird wesentlich davon abhängen, welchen Gebrauch das Parlament von ihr machen wird. Die Versuche der Konservativen, die Einrichtung ein-

zuengen, sind fehlgeschlagen. Sie bezweckten, nur solche Anfragen zuzulassen, welche Tatsachen von „allgemeiner Bedeutung“ zum Gegenstand haben und solche Anfragen auszuschließen, welche ein schwebendes Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren betreffen. Das Parlament wäre schlecht beraten, wenn es sich in solcher Weise die Hände binden würde.

Die Interpellation, das Mittel des Parlaments, sich mit der Regierung über Fragen von größerer Bedeutung sogleich nach ihrem Auftauchen auseinanderzusetzen, hat von der Kommission eine neue Regelung erfahren. Eine Interpellation ist, wie bisher, nur zulässig, wenn sie von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet eingereicht wird. Während aber bei einer Anfrage weder ihre Besprechung noch ein auf sie bezüglicher Antrag zulässig sind, können sich an eine Interpellation eine *A u s s p r a c h e* über ihren Gegenstand und ein *A n t r a g* über die Anschauung des Reichstags zu diesem Gegenstand anschließen. Die Besprechung der Interpellation erfolgt auf Antrag von 50 anwesenden Mitgliedern, falls die Regierung die Interpellation beantwortet oder die Beantwortung ablehnt. Dies entspricht bereits dem bestehenden Recht. Hinzugefügt ist aber die Bestimmung, daß, falls der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung darüber, ob er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgibt, dies der Ablehnung gleich gilt. Der Reichstag wird also künftig auch in diesem Falle auf Verlangen von 50 anwesenden Mitgliedern eine Besprechung der Interpellation herbeizuführen. Die Besprechung erfolgt sofort und kann nur mit Genehmigung sämtlicher Interpellanten auf eine spätere Sitzung verlegt werden. Gegenwärtig hat die Regierung die Möglichkeit, eine Aussprache dadurch zu vereiteln, daß sie sich zwar zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärt, sich aber den Tag für die Antwort vorbehält. Nach dem Vorschlage der Kommission soll der Reichstag das Recht erlangen, die sofortige Besprechung auch dann zu beschließen, wenn der Reichskanzler nicht eine bestimmte Erklärung über den Zeitpunkt seiner Antwort abgibt, als auch dann, wenn er zwar einen bestimmten Tag angibt, der aber weiter liegt als zwei Wochen nach dem Tage der Einbringung der Interpellation.

Nach der geltenden Geschäftsordnung ist der Reichstag nicht in der Lage, das Ergebnis der Debatte in einem Antrage zusammenzufassen und durch Abstimmung festzustellen. Interpellationen, die leidenschaftlich verfochten werden, laufen deshalb regelmäßig wie das Hornberger Schießen aus. Nach dem Vorschlage der Kommission kann auf einen von mindestens 30 anwesenden Mitgliedern unterstützten Antrag der Beschluß gefaßt werden, daß die *B e h a n d l u n g* des Gegenstandes der Interpellation durch den Reichskanzler der *A n s c h a u u n g* des Reichstags entspricht oder daß sie ihr nicht entspricht. Andere Anträge sind auch in Zukunft nicht zulässig. Ursprünglich beabsichtigte die Kommission, dem Reichstage das Recht zu verleihen, durch Beschluß auszusprechen, daß er das Verhalten des Reichskanzlers billigt oder daß er es nicht billigt. Als jedoch Herr v. Bethmann Hollweg erfuhr, daß der Reichstag mit dem Plan umgehe, sich das Recht der Mißbilligung der Regierung bei Interpellationen beizulegen und deshalb die Stirn runzelte, legten die bürgerlichen Parteien jene Abschwächung durch, wobei allerdings festgestellt wurde, daß damit eine lakonische Formel für die Anträge nicht hat festgelegt werden sollen.

Um zu verhindern, daß durch Einbringung massenhafter Interpellationen Obstruktion im Reichstage getrieben werden kann, hat die Mehrheit der Kommission beschlossen, daß in einem solchen Falle die Verhandlungen über Interpellationen auf einen bestimmten Sitzungstag in jeder Woche so lange beschränkt werden können, bis die ordnungsmäßige Erledigung der Reichstagsgeschäfte wieder erfolgen kann.

Wenn von der konservativen Presse, der jede Verbesserung der Geschäftsordnung in freihetlichem Sinne ein Greuel ist, behauptet wird, daß in den Vorschlägen der Kommission der Anfang zum parlamentarischen Regime und zur Ministerverantwortlichkeit stehe, so ist dies übertrieben. Richtig ist allerdings, daß durch sie dem Reichstag ein größeres Maß von Bewegungsfreiheit und ein Mittel gegeben wird, die Interessen des Volkes wirksamer zu vertreten. Deshalb wird der Reichstag, namentlich wenn er die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion noch berücksichtigt, mit der Annahme der Kommissionsbeschlüsse nach den vielen volksfeindlichen Handlungen endlich auch eine gute Tat verrichten.

## Wiener Wahlen.

Aus **W i e n** wird vom 27. April geschrieben:  
 Der Wiener Stadtrat hat nicht voll gehalten, was der Hauptwahltag zu versprechen schien. Die Wahl ging in den zwei Tagen um den vierten, sogenannten allgemeinen Wahlkörper, der 21 Mandate, für einen jeden Stadtbezirk eins, zu vergeben hat. Das Ergebnis des ersten Treffens war, daß die Christlichsozialen, die in dem allgemeinen Wahlkörper bisher 14 Mandate innehatten, und zwar immer glatt und mit überlegener Mehrheit behauptet (bei der ersten Wahl, vor zwölf Jahren, sogar 18) nur vier Bezirke behaupten konnten und das mit sehr geringen Mehrheiten (in zweien nur mit einer Mehrheit von sechs Stimmen), in zehn Bezirken in Stichwahl gedrängt wurden. Der Erfolg der Sozialdemokratie er-

schien dagegen, obwohl wir in einem Bezirke (Reidling) in die Stichwahl gedrängt wurden, wahrhaft glänzend: wir behaupteten sechs Mandate und drangen in sieben Bezirken in die Stichwahl vor. Auch der Erfolg der Freiheitlichen war kein geringer: Bei den vorhergehenden zwei Wahlen hatten sie überhaupt noch nie kandidiert und diesmal gelangten sie in drei Bezirken schon in die Stichwahl. Anscheinend standen die Stichwahlen für die Gegner der Christlichsozialen, für uns und die Freiheitlichen, ganz günstig; die Situation war, oberflächlich betrachtet, genau wie bei den Reichsratswahlen im vorigen Jahre. Sozialdemokratie und Freiheitliche nirgends gegeneinander; überall ging der Stichwahlkampf gegen die Christlichsozialen. Wir standen mit den Christlichsozialen in sieben Bezirken zur Stichwahl, die Freiheitlichen in drei: wenn wir einander gegenseitig helfen, so können die Christlichsozialen in allen Bezirken besiegt werden.

Aber dieser theoretischen Möglichkeit entsprach das Ergebnis der Stichwahl keineswegs: von unseren sieben Stichwahlen eroberten wir nur drei, von ihren drei die Freiheitlichen nur eine (allerdings eine politisch höchst bedeutsame), mogegen die Christlichsozialen, die überall in der Rinderheit schienen, aus den Stichwahlen sieben Mandate nach Hause trugen. Nicht gegenüber den Möglichkeiten, wohl aber gegenüber den *E r w a r t u n g e n* bildete das Stichwahlergebnis ohne Zweifel eine Enttäuschung, und das ist wohl der Grund, warum dieser ungewöhnliche Sieg über die Christlichsozialen — denn sie haben doch von vierzehn Mandaten drei verloren — nicht ganz befriedigt, und warum die Christlichsozialen, denen die Juniwahlen freilich Bescheidenheit eingepaukt haben, über einen zweifelhaften Mißerfolg ein förmliches Triumphgeheul anstimmen können.

Aber die höchst einfache Wahrheit ist, daß die diesmaligen Stichwahlen weit ungünstiger waren als die vorjährigen: weil eben das Reichsratswahlrecht und das Gemeindevahlrecht, obwohl sich auch dieses allgemein nennt, sehr verschieden sind. Dem Gesetze nach beruht der Unterschied auf der längeren Schäftigkeit im Gemeindevahlbezirk (statt eines sind hier 3 Jahre die Wahlrechtsbedingung) und auf den Verlust des Wahlrechts durch Armenunterstützung in den letzten zwei Jahren; aber in der Praxis der Wiener Wählerlisten bedeutet das, daß in der Gemeinde 3000 Arbeiter weniger wahlberechtigt sind, als bei den Reichsratswahlen. Deswegen haben sich in der Stichwahl nur die Kandidaten behauptet, und zwar ausnahmslos, die mehr *e i g e n e* Stimmen hatten als der Gegner; die zahlenmäßige Kraft der Koalition hat sich praktisch nicht bewährt. Wobei natürlich die überall wahrnehmbare Unverlässlichkeit des Bürgerturns mitgewirkt hat.

Nicht einmal das spezifisch freiheitliche Bürgerturn hat für die Stichwahlen ausgehalten, aber jener Teil von ihm, der mehr national als liberal ist, ist geradeaus zu den Christlichsozialen übergegangen: weil nun der ganze Inhalt seiner „Gefinnung“ auf dem Haß gegen die Sozialdemokratie, auf einen blindwütigen und fanatischen Haß reduziert worden ist.

Und was noch fehlt, lieferte der christlichsoziale Schwindel, der wohl schon seit langem berüchtigt ist, der sich aber diesmal einfach selbst übertroffen hat. Was die Christlichsozialen infolge des Systems der „Legitimationen“ an Falschwählerei hervorbringen, grenzt ans Aßgrau. Beobachtet der diesmaligen Wahlen stimmen darin überein, daß bei den Stichwahlen mindestens 10000 falsche Stimmen abgegeben worden sind, daß die christlichsozialen Stichwahlsiege auf keinem Ausgebote der Wählerreserven, nur auf Mobilisierung papierner Legitimationen, deren sie, da sie den ganzen behördlichen Wahlapparat in Händen haben, nur allzu leicht habhaft werden, zurückzuführen ist. Keinerlich haben sie ohne Zweifel weit weniger schlecht abgeschnitten als im vorigen Jahre, aber innerlich, in der Schätzung und dem Zulauß der Wähler haben sie absolut keine Fortschritte gemacht. Eher das Gegenteil!

Wie steht es nun um den Erfolg der Sozialdemokratie? Denn daß für uns der Stand in Wien, wo wir derzeit neunzehn Reichsratsmandate inne haben, von großer Bedeutung ist, liegt auf der Hand. Man kann mit Beruhigung feststellen: er ist nicht schlechter geworden, er hat sich eher noch geboben. Entscheidend ist folgende Tatsache: in den Reichsratswahlen, bei ungleich besserem Wahlrecht, haben wir in der Hauptwahl fünf Stadtbezirke erobert, bei den diesmaligen Gemeindevahlen aber sechs, der neubesezte Bezirk ist Margareten. Und die drei Bezirke, die wir in der Stichwahl eroberten, sind eigentlich ohne wesentliche Stichwahlsilfe heimgebracht worden; es hat überall schon in der Hauptwahl nur eine Handvoll Stimmen gefehlt, die sogleich hätten aufgebracht werden können. (Bei den Gemeindevahlen besteht keine Wahlpflicht.) Die Stimmenminderer erklärt sich aber ausreichend durch die Verschlechterung des Wahlrechts, durch die Ausstoßung großer Arbeitermassen aus dem Gemeindevahlrecht, für die ein Ersatz im bürgerlichen Lager natürlich nicht geworden werden konnte. Bei dreijähriger Schäftigkeit und ernstlichem Wahlkampf haben wir bisher (bei den Landtagswahlen im Jahre 1908, deren Wahlrecht mit dem Gemeindevahlrecht identisch ist), nur drei Stadtbezirke erobert, diesmal aber, und aus eigener Kraft, neun; das ist ein Fortschritt innerhalb dreier Jahre, der sich sehen lassen kann. Und er ist heute noch überraschend und erfreulich gesteigert worden: in einer Ersatzwahl in Ottakring des dritten Wahlkörpers eroberten wir das Mandat, so daß nun zehn Sozialdemokraten im Gemeinderate sitzen. Der dritte Wahlkörper, der die Wiege der ganzen Luzerei war, gilt schon kraft seiner raffinierten Zusammensetzung als unheimbar Wurz der Christlichsozialen; nun haben wir ihn in dem größten Wiener Bezirk beim ersten Treffen eingenommen! Wobei man immer nicht vergessen darf, daß die Christlichsozialen diesmal einen wahren Verzweiflungskampf um ihre politische Existenz führten und natürlich alles aufboten, was ihnen an ökonomischem Druck (gegenüber dem riesigen Heere der Gemeinbediensteten), an Gewalt und List überhaupt nur erreichbar war. Wenn ihnen trotzdem vier Mandate ent-

riffen wurden und sich unter den Gefallenen der durch das Ueber-  
maß seines dunkelhaften Banausentums auch außerhalb Oesterreichs  
bekannte Herr Melchior, ihr größtes und ungewaschenes Maul  
befindet, so beweist das, daß sie sich wieder „auf der Russen“ be-  
finden und auch aus dem so wohl verhängten Rathaus einmal noch  
herausgejagt werden können. Reicht wird es nicht sein, aber der  
Anfang ist in diesen Wahlen noch ganz zweifellos gemacht.

Wenn die proletarische Schlagkraft in diesen Wahlen durch  
irgend was gehemmt war, so durch die separatistische Tru-  
bandant; aber das ist ein trauriges Kapitel, über das noch  
ausführlich zu sprechen sein wird. Dem Ausländer werden diese  
Wiener Wahlen vielleicht deshalb so merkwürdig anmuten, weil er  
den wahrhaftigen Kräfteaufwand für eine Kleinigkeit entseht  
sieht. Der ganze „allgemeine“ Wahlkörper, um den dieses leiden-  
schaftliche, gewaltige Ringen ging, das durch Monate währt, fällt  
nämlich für die gesamte Zusammensetzung des Gemeinderates  
materiell kaum ins Gewicht: seine 21 Mandate erscheinen gegenüber  
den 140 Mandaten der Privilegiertenwahlkörper recht einfluß-  
und bedeutungslos. Wir sehen also auf der einen Seite die stärkste Auf-  
peitschung der Leidenschaften und auf der anderen ein unbedeut-  
liches Kampfsobjekt; wir sehen den gewaltigen Wählerkampf, der um  
einen Bruchteil geht, wogegen das Ganze dem eigentlichen Kampfe  
vorweg entfallen ist. Das ist ein Musterbeispiel des verbreiteten  
österreichischen Regierens: die Leidenschaften gleichsam als Selbst-  
zweck bis zum Wahnsinn zu erhitzen, aus Kämpfen um die Macht  
Kämpfe als Selbst- und Scheinzweck zu machen. Das Muster-  
beispiel ist überall die allgemeine Kurie: kontervolante Interessen-  
politik aufgedrückt mit revolutionären Mitteln. Und diese falschen  
Kämpfe fördern ein Stoa, der trotz seiner Zusammensetzung ohne-  
dies von echten Kämpfen, mehr als er zu ertragen vermag, durchsetzt  
ist. Diese unechte Interessensverletzung und dieses schwindelhaft  
allgemeine Wahlrecht, deren Mischung die heutige Wiener Gemeinde-  
verfassung ist, wird diese Wahl nicht lange überleben.

## Der Krieg.

### Die Wirkung der Dardanellen-Sperre.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel:  
In der ersten Unruhe nach dem Bombardement hat die Bevöl-  
kerung Konstantinopels sich in die Käden gestürzt, um Lebensvor-  
räte aufzukaufen. Die Folge war, daß die Preise von Stunde zu  
Stunde stiegen und das Doppelte, selbst Dreifache des gewöhnlichen  
Marktpreises erreichten. Kartoffeln wurden z. B. mit 23 Pf.  
per 1 Kilo, Zucker mit 1 M. per 1 Kilo bezahlt. Dadurch wurde  
erst recht eine Panik erzeugt. Die Speisereien, die Wägereien wur-  
den belagert, stellenweise förmlich gestürmt, es kam zu Brot-  
trawallen. Die Behörden griffen ein, zwangen die Händler, die  
früheren Preise einzuhalten, die reitenden wurden vor das Mil-  
itärgericht gestellt; den Käufern, die man auf dem Wege mit ihren  
Vorräten antreffen konnte, wurden die aufgekauften Lebensmittel  
von Weitem wieder abgenommen. Da indessen die italienischen  
Kriegsschiffe sich zurückzogen und nicht mehr wiederkehrten, so trat  
eine Beruhigung ein.

Das Schwergewicht liegt in der Verhinderung des Handels-  
verkehrs durch die Dardanellen. Da läßt sich allerdings nicht  
bestimmen, daß dies für die Türkei in wirtschaftlicher Beziehung  
ein härterer Schlag ist als alles, was bis jetzt geschehen war. Der  
Konstantinopeler Hafen ist von Dampfschiffen überfüllt, die nicht  
abgelassen können, weil die Passage durch die Dardanellen gescheitert  
ist. Ich habe heute über 60 solcher Dampfer gezählt. Nach einem  
Verzicht aus den Dardanellen wurden dort schon am ersten Tag nach  
der Sperre 40 Dampfer gezählt, die umkehren mußten.

Was speziell die Frage der Exportverhinderung von Konstanti-  
nopol anbetrifft, so ist es Tatsache, daß das meiste Wehl, das in  
Konstantinopel verhandelt wird, vom Auslande kommt. Man schätzt  
den Jahresverbrauch von Konstantinopel an Wehl auf 1 1/2 Millionen  
Säcke; davon kommen über 1 Million Säcke aus dem Auslande.  
Der größte Teil dieses Wehles kommt aber aus den Häfen des  
Schwarzen Meeres. Diese Zufuhr wird also durch die Schließung  
der Dardanellen nicht berührt. Von den mittelländischen Liefer-  
routen ist nur noch Marseille von Bedeutung, dessen Wehllieferung  
nach Konstantinopel jedoch auch ohnedies rasch zugunsten der russi-  
schen Mühlen zurückgeht. Es dürfte also, wenn rechtzeitig Vorsorge  
getroffen wird, nicht an Wehl mangeln. Das Getreide kommt zu  
mehr als 90 Proz. ebenfalls aus dem Schwarzen Meere. Da die  
Konstantinopeler Mühlenindustrie in den letzten Jahren bedeutende  
Fortschritte gemacht hat, so kann auch auf diese Weise dem Wehl-  
bedarfis geholfen werden. Außerdem bleibt ja noch die Eisen-  
bahnverbindung zwischen Saloniki und Konstantinopel bestehen.  
Auf diesem Wege kann man Wehl und andere Produkte zuführen.

Die Rückwirkung auf den europäischen Handel beruht haupt-  
sächlich auf dem Wegbleiben des Schiffverkehrs mit Konstantinopel.  
Während z. B. der Schiffverkehr von Odessa, Nikolajeff und  
Taganrog, den wichtigsten russischen Häfen des Schwarzen Meeres,  
nur etwa 7 Millionen Registertons jährlich beträgt, zählt der  
Schiffverkehr von Konstantinopel über 15 Millionen Registertons.  
Die russischen Produkte können übrigens, wenn auch mit etwas  
höheren Kosten, mit der Eisenbahn nach dem Baltischen Meere ge-  
richtet werden, von wo sie dafür einen bedeutend kürzeren Seeweg  
nach Hamburg und London erreichen. Ein billiger Transportverkehr  
auf den Eisenbahnen zwischen Odessa und Riga könnte überhaupt  
die Nachteile für den europäischen Handelsverkehr bedeutend  
mildern.

Daneben kommt für die Türkei, wie schon erwähnt, die Eisen-  
bahnverbindung Saloniki-Konstantinopel in Betracht, auf die ein  
erheblicher Teil der bisherigen direkten Seefracht nach Konstan-  
tinopel hindübergeleitet werden könnte.

Auch von Oesterreich aus könnte den Schädigungen des  
europäischen Handels, die sich aus der Sperre der Dardanellen  
ergeben würden, entgegengewirkt werden, wenn man sich hier ent-  
schließen würde, etwa nach dem Muster des deutschen Levantentarif,  
einen billigen kombinierten Eisenbahn- und Wasserfrachttarif  
für Konstantinopel und das Schwarze Meer einzuführen.

Im Zeitalter der Eisenbahnen können die Blockaden lange nicht  
mehr jene Bedeutung erlangen, die sie früher hatten. Das wird  
sich auch bei der Sperre der Dardanellen zeigen. Sie bedeutet  
weniger eine Verhinderung, als eine Verteuerung des Handels-  
verkehrs. Nun tut aber speziell Rußland so, als wenn die  
Sperre der Dardanellen eine solche wirtschaftliche Katastrophe  
wäre, daß den Völkern Europas gar nicht anderes übrig bliebe,  
als mit den Waffen in der Hand übereinander herzugehen. Ab-  
gesehen davon, daß keine wirtschaftliche Katastrophe so groß sein  
kann wie ein europäischer Krieg, ist die ganze Auffassung falsch.  
Die Passage durch die Dardanellen läßt sich wohl ersetzen, und  
gerade Rußland könnte dazu am meisten beitragen — wenn es  
nur wollte!

### Nach keine Aufhebung der Dardanellen-Sperre.

Konstantinopel, 25. April. (Meldung des Wiener A. S. Te-  
legr.-Büreaus.) Nach einer langen Besprechung sah die  
Ministerialkommission über die Öffnung der Dardanellen für die Schiff-  
fahrt noch keinen Beschluß. Es wird berichtet, daß der Minister-  
rat der Ansicht ist, daß eine Öffnung der Dardanellen

solange unmöglich ist, als die Gefahr eines An-  
griffs auf die Dardanellen besteht.

### Das englische Unterhaus über die Dardanellen-Sperre.

London, 24. April. Unterhaus. Sykes (kons.) fragte  
an, ob die Dardanellen noch für die Handelschiffahrt ge-  
schlossen seien; ob ferner die britische Regierung an die italienische  
und die türkische Regierung herantreten wolle, um einen östlichen  
Waffenstillstand herbeizuführen, der lange genug währe, um den  
den britischen und anderen gegenwärtig im Vosporus von Konstan-  
tinopel und im Warmarameer festgehaltenen Schiffen Gelegenheit  
zu geben, in das Mitteländische Meer anzulanden. Parlaments-  
sekretär Acland bejahte den ersten Teil der Anfrage. Wegen  
des zweiten Teils erklärte er, Sir Edward Grey habe die am meisten  
interessierten Mächte befragt, ob irgend eine zeitweilige Maßnahme  
der erwähnten Art zur Beseitigung der Verkehrsbehinderung ge-  
troffen werden könne, wenn die Durchfahrt nicht, wie man gehofft  
habe, in dieser Woche freigegeben werde.

### Ein neuer Vorstoß der italienischen Flotte?

Rom, 24. April. Die zweite Aktion der italieni-  
schen Flotte im Ägäischen Meer wird bereits heute be-  
ginnen. Sowohl das erste wie das zweite Geschwader haben bereits  
Tarent verlassen und sind nach Astropalia abgedampft.  
Auch der Herzog der Abruzzen hat sich an Bord des „Vittorio  
Emanuele“ nach dem Ägäischen Meer begeben. Diese zweite  
Flottenaktion soll mehrere Wochen dauern. Ein Aufzug an die  
Bewohner der türkischen Inseln im Ägäischen  
Meere ist in griechischer Sprache erschienen; in ihm gibt die  
italienische Regierung ihre Absicht kund, die zweite Aktion im  
Ägäischen Meer einzuleiten.

### Besehung der Insel Astropalia.

Rom, 23. April. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Admiral  
Pretterito gibt vom Panzerkreuzer „Vista“ aus funktentelegraphisch  
bekannt, er habe, um die Besehung der Insel Astropalia  
zu einer vollständigen zu machen, zwei Kompanien an  
Land geschickt. Diese bemächtigten sich durch einen Handstreich  
der Feste, welche die Stadt Vivadla beherrschen, in der Absicht, die  
dort versammelten türkischen regulären Truppen zu  
umzingeln. Die Umzingelung glückte vollständig. Bei Tagesanbruch  
forderte ein Parlamentär die Türken zur Uebergabe auf, die an-  
genommen wurde. Man erlöste der kleinen Garnison, die für  
Kriegsgefangene erklärt wurde, militärische Ehren.

### Ein italienisches Dementi.

Rom, 23. April. Gegenüber der in der „Neuen Freien Presse“  
veröffentlichten Nachricht, daß der Kreuzer „Francesco Fer-  
ruccio“ und nicht die „Barese“ bei den Dardanellen gesunken  
sei, erklärt die „Agenzia Stefani“: Diese Nachricht ist ebenso un-  
richtig, wie die vom Untergang der „Barese“. „Francesco  
Ferruccio“, der unter dem Befehl des Kapitäns Casalino steht,  
befindet sich in ausgezeichnetem Verfassung und ist bei dem Bom-  
bardement der Dardanellen ebenso wenig von einem Geschloß ge-  
troffen worden, wie die „Barese“ oder die übrigen italienischen  
Schiffe.

### Gefangennahme irischer Abgeordneter.

Rome, 20. April. Der britische Kreuzer „Minerva“  
hielt den griechischen Dampfer „Peloponnisos“ an,  
der eine Anzahl von irischen Deputierten, die für  
die griechische Kammer gewählt waren, nach dem Vireus bringen  
wollte; die Abgeordneten wurden als Gefangene auf den  
britischen Kreuzer „Hampshire“ gebracht; der Dampfer „Peloponnisos“  
wurde dann freigelassen.

## Die Revolution in China.

### Ein europäischer Anleihe-Kontrollleur.

Peking, 20. April. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die  
chinesische Regierung ist gewillt, die Ueberwachung der Ver-  
wendung der zu erwartenden Anleihe der inter-  
nationalen Gruppe dem früheren Präsidenten der Bank von Java,  
Wiffering, zu übertragen. Wiffering ist im vorigen Jahre zum  
Statthalter der Regierung bei der geplanten Währungsreform er-  
nannt worden.

### Kämpfe in Tibet.

Simsa, 20. April. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Noch  
hier eingetroffenen Meldungen dauern die Kämpfe in Chassa  
zwischen Tibetern und Chinesen an. Die Tibeter haben bis  
jetzt 200, die Chinesen 200 Tote verloren. In der südlichen Vor-  
stadt sind 1000 Chinesen von einer großen tibetischen Streitkraft  
eingeschlossen. Mehrere Gebäude stehen in Flammen, doch sind das  
Sera-Kloster, der große Tempel und der Palast des Dalai-Lama  
unbeschädigt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. April 1912.

### Reichseisenbahnen — Kolonialetat.

Aus dem Reichstag, 20. April. Die Spezialdebatte über  
den Etat der Reichseisenbahnverwaltungen wurde heute nach  
kurzer Debatte erledigt. Eine Reihe von Einzelwünschen und  
Einzelbeschwerden wurden vorgebracht. Von unserer Fraktion  
sprachen die Genossen Dr. Weill und Peirats, von  
denen der erstere die bürokratischen Ungerechtigkeiten bei  
Verhandlung des Schaffnerpersonals kritisierte, der zweite Vor-  
schläge über den Ausbau des Bahnnetzes machte. Bei  
der Abstimmung über die Resolution gelangte der  
sozialdemokratische Antrag, eine Reihe von Arbeiter-  
petitionen zur Berücksichtigung zu überweisen, zur An-  
nahme, während die Kommission nur die Ueberweisung als  
Material empfohlen hatte. Da der Abg. Jäfer von den  
Nationalliberalen, der Vorsitzende eines nationalen Eisenbahn-  
arbeiterverbandes, die für einen angeblichen Arbeiterführer sehr  
kennzeichnende Idee hatte, nur dem Gesuch seines eigenen Ver-  
bandes den Vorzug der Berücksichtigung zuzubilligen, mußte  
es bei der Abstimmung über weitere Arbeiterpetitionen zum  
Hammelsprung kommen. Hierbei wurde die Beschlußfähigkeit  
nicht völlig erreicht, so daß die Sitzung ausgesetzt und die  
Erledigung dieser Petitionen einstweilen verschoben werden  
mußte.

In der neu anberaumten folgenden Sitzung begann die  
Generaldebatte über den Etat des Reichskolonialamtes. Als  
Redner der sozialdemokratischen Fraktion legte Genosse Henke  
in längerer Rede dar, daß die Kolonialpolitik ein Teil des Sozial-  
kapitalistischen Imperialismus ist und deshalb von der Sozial-  
demokratie abgelehnt wird. Er zeigte die großen Gefahren  
auf, die aus den imperialistischen Experimenten hervorgehen  
und die den kapitalistischen Interessen zuliebe von den bürger-  
lichen Parteien gefördert werden. Einen großen Teil seiner  
Rede nahm die scharfe Kritik in Anspruch, die er der heutigen  
kolonialpolitischen Praxis zu teil werden ließ. Seine Angriffe

konnte er mit ausführlichen Zitate von anerkannten Kolonial-  
autoritäten belegen.

Es läßt sich denken, daß diese Ausführungen nicht eben  
den Beifall des Herrn Erzberger finden konnten, der nach  
unserem Genossen zu Worte kam und eine eingehende Polemik  
gegen ihn führte. Herr Erzberger überließ indessen in wohl er-  
wogener Absicht die Grundgedanken, von denen unser Redner  
ausgegangen war, und griff die Argumente heraus, die  
ihm zu seiner einseitigen Betrachtung gerade recht  
waren. Dagegen ließ er selbst eine allgemeine Be-  
trachtung der Kolonialpolitik vermissen. Er brachte hier  
und da eine Reihe von Wünschen an, und ebenso wie er ver-  
fuhr nach ihm der schneidige Herr v. Böhlendorff von den  
Konserverativen und der ehemalige Legationsrat v. Rich-  
hofen, der im Namen der Nationalliberalen sprach. Es ist  
inmerhin für die Beurteilung der deutschen Kolonialpolitik  
von Interesse, festzustellen, daß auch die bürgerlichen Redner  
gezogenen waren, an nicht wenigen Einzelercheinungen Kritik  
zu üben.

Morgen geht die Debatte weiter. Als zweiter Redner  
der sozialdemokratischen Fraktion wird Genosse Kocke  
sprechen.

### Etat des Ministeriums des Innern.

Da die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes sich am Montag  
im großen ganzen zurückhalten benahm und sich neuer Provo-  
kationen enthielt, verliefen die Verhandlungen in ruhigen Bahnen.  
Die Generaldebatte über den Etat des Ministeriums des  
Innern spitzte sich auf zwei Themata zu, auf die Schleswig-Hol-  
steinische Frage und die Dänenfrage. Ueber die erste Frage ver-  
breitete sich u. a. Genosse Ströbel, der wirksam den sozialdemo-  
kratischen Standpunkt der staatsbürgerlichen Gleichheit vertrat und  
in scharfen Worten die Gewaltpolitik gegen unsere deutschen Brüder  
in der Nordmark brandmarkte. Mangel an sachlicher Argumente  
griffen die konservativen Freunde der Unterdrückungspolitik zu dem  
alten, aber nicht verächtlichen Mittel, den Sozialdemokraten das Recht  
abzusprechen, über nationale Fragen ein Urteil abzugeben.

Von den zu diesem Etatstitel gestellten Resolutionsanträgen  
wurde gegen die Stimmen der Rechten ein fortschrittlicher Antrag  
auf Verlegung eines Gesetzentwurfs auf innere Angelegenheiten  
des Reichsgesetzes betr. die Einwirkung von Armenunterstützung  
auf öffentliche Rechte auf die preussischen Landesgesetze abge-  
nommen. Dagegen wurden gegen die Stimmen der Antragsteller  
abgelehnt die sozialdemokratischen und die fortschrittlichen Anträge  
auf Aufhebung des Plakatgesetzes. Für einen weiteren sozial-  
demokratischen Antrag auf Verlegung eines Gesetzentwurfs zum  
Schutz der persönlichen Freiheit stimmten sogar nur Polen, So-  
zialdemokraten und ein einziger Fortschrittler, der Abg. Kunze.  
Der Antrag unserer Genossen auf allgemeine Befreiung des Ge-  
brauchs fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen wurde  
gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, und Fortschritt-  
ler, der Antrag, daß es für Versammlungen unter freiem Himmel  
und für Aufzüge nur noch einer öffentlichen Bekanntmachung be-  
dürfen soll, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen  
abgelehnt. Die Mehrheit hat dadurch wieder einmal bewiesen,  
daß sie Reformen, und mögen sie noch so bescheiden sein, durchaus  
abgeneigt ist.

Die Besprechung des Kapitels „Landräthliche Verwaltung“ gab  
unserem Genossen Leinert Anlaß zu einer groß angelegten Rede,  
worin er an der Hand eines reichhaltigen Materials die fortgeschrittenen  
Uebergänge der Landräthe und ihre Einwirkung auf Wahlen schil-  
derte und treffende Kritik an unserer ganzen inneren Verwaltung  
übte. Ohne sich mit den Anklägern zu identifizieren, brachte er  
auch die bekannten Fregnetzen über das angeblich nicht korrekte  
Verhalten des Landrats v. Achenbach beim Verlauf des Tempel-  
hofer Feldes zur Sprache. Doch scheint es nach der Erwiderung  
des Ministers, vorausgesetzt, daß seine Angaben richtig sind, als  
ob den Landrat kein Vorwurf trifft. Leinerts Bemerkung, daß er  
sich auf die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ beziehe, erregte große  
Heiterkeit, da der Minister ausdrücklich die Beweismänner unseres  
Genossen als verrückt hingestellt hatte.

Dienstag: Fortsetzung.

### Ein Wahlbündnis zwischen der fortschrittlichen und der nationalliberalen Partei in Württemberg.

In Stuttgart fand gestern der Parteitag der württem-  
bergischen fortschrittlichen Volkspartei, der früheren Demokraten  
statt. Reichstagsabgeordneter Kaufmann schilderte in  
längerer Rede die politische Lage. Er verteidigte vornehmlich  
das mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand getroffene  
Stichwahlabkommen, denn ohne dieses Abkommen würde die  
heutige Mehrheit der Linken im Reichstage nicht vorhanden  
sein. Dann sprach der Reichs- und Landtagsabgeordnete  
v. Bayer über die bevorstehende württembergische Landtags-  
wahl. Im Namen des Parteiausschusses schlug Herr v. Bayer,  
der mit dem Ablauf der jetzigen Legislaturperiode aus dem  
Württembergischen Landtage auszuscheiden gedenkt, der Ver-  
sammlung ein Bündnis mit der nationalliberalen Partei vor.  
Die sämtlichen Landtagswahlkreise  
sollten zwischen beiden Parteien verteilt und gemeinsame Kan-  
didaten aufgestellt werden unter der Bedingung, daß weder  
die fortschrittliche noch die nationalliberale Partei mit irgend-  
einer dritten Partei Nebenabmachungen trifft.  
Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu.

### Jesuitenerlass und Jesuitengesetz.

Der Jesuitenerlass der bayerischen Regierung hat in der bürger-  
lichen Presse eine seltene Aufregung hervorgerufen. In den  
größten Städten wurde die große Gefahr geschildert, die dem  
deutschen Volke angeblich droht, wenn den schlauen Jüngern Lothar  
gestattet werde, wieder ihre Ordenstätigkeit im neuen Deutschen  
Reiche aufzunehmen. Im Grunde genommen, ist diese Aufregung  
ganz überflüssig, denn nicht nur in Bayern, sondern auch in  
Preußen arbeiten, lehren und agieren die Jesuiten im geheimen  
nach Herzenslust, ohne daß die Behörden in ihrer Einfalt  
etwas davon merken. Wie die Jesuiten in Rheinland-Westfalen den  
Behörden auf der Nase tanzten, zeigen folgende Mitteilungen der  
„Meln.-Westf. Zig.“, die schon so manche Enthüllungen über das  
Treiben im zentrumsökumenischen Lager gebracht hat:

Tatsache ist, daß Hunderte Jesuiten im Deutschen Reich  
leben, so in Bonn, Aachen, Trier, Köln usw. Ständig  
hält sich im Deutschen Reich mit festem Wohnort eine  
große Zahl auf, um Exerzitien, Missionen, Vorträge, Kon-  
ferenzen usw. abzuhalten. Sie sind zum Teil an Klöstern  
und Krankenhäusern angestellt als Seelsorgegeistliche, mit  
Vorliebe von den Urulmen, welche in ihren katholischen  
Mädchenhäusern weibliche Jugend heranbilden. Um die Behörden  
zu hintergehen, nennen sie sich „Priester vom göttlichen Wort“,  
„Missionspriester“, „reguläre Missionar“, und erzählen stolz und  
unter Tadeln in vertrauten Kreisen, wie sie die Behörden grüßelt  
haben. Fast jedesmal fallen in ihren Vorträgen spöttische  
Bemerkungen über den preussischen Staat, über den sie  
in ihrer „überlegenen Schlaueit“ sich lustig machen.  
Da sie ihre Tätigkeit nur mit der Erlaubnis der  
zuständigen bischöflichen Behörde ausüben

dürfen, so unterstützen diese kirchlichen Behörden direkt die Uebertretung der staatlichen Gesetze. Manche staatliche und städtische Behörden weihen die Tätigkeit der Jesuiten, und ist, um Scherereien aus dem Wege zu gehen, froh, durch die zweideutige Angabe des Standes der einzelnen Jesuiten sich über Nachdenken hinwegsetzen zu können. Der sogenannte Professor Schwarz, den Sie in Ihren Artikeln erwähnten, ist überhaupt nicht Professor, sondern einfach der Jesuit Schwarz. Den Professortitel legt er sich einfach als Zugewinn bei. Dieser Herr hält in fast sämtlichen Städten Rheinlands und Westfalens admonitionale Vorträge, und zwar sowohl in den Pfarrkirchen sogenannte Konferenzen für die gebildeten Stände oder die gebildete Männerwelt, als auch bei den Ursulinen in ihren höheren Mädchenschulen. Das Mutterhaus dieser Ursulinen ist Ahrweiler, sie haben Niederlassungen in Aachen und Arefeld. Andere Ursulinen haben Häuser in Düsseldorf, Brühl und Mülheim a. Rh., ferner in Hesel, Ensteden und Nöfen. Auch bei den Frauen vom Guten Hirten in Köln sind Jesuiten als Anstaltsgeistliche tätig. Das sind nur wenige Angaben, sie liegen sich dazwischen vermehren. Die Vorträge des Paters Schwarz sind stets sehr stark besucht.

Die mitgeteilten Tatsachen bestätigen, daß die Aufrechterhaltung des § 1 des Jesuitengesetzes selbst vom Standpunkt der Liberalen recht geringen Wert hat, und der Wegfall dieses Paragraphen wenig an den heutigen Zuständen ändern würde. Ob so oder so, die Jesuiten betreiben doch den Seelenfang. Der § 1 hindert sie nicht an ihrer Ordensmäßigkeit in Deutschland; er sieht in den Augen der nicht-katholischen Kreise nur eine Mächtigkeits- und eine Haupt-Dom ist natürlich nicht gesagt, daß der Jesuitenerlaß der bayerischen Regierung berechtigt ist. So lange ein Reichsgesetz besteht, hat auch eine kaiserliche Regierung die Pflicht, es zu beachten und sich nicht durch kühne Auslegungslinien darüber hinwegzusetzen.

### Ein christliches Opfer der Streikjustiz.

Ein älteres Mitglied und Vertrauensmann des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, der auch stets an den Streikbrüchlonferenzen des Gewerkschaftsvereins teilgenommen hat, wurde am Freitag vor der Vordammer Strafkammer für überführt erachtet, einen Gendarmen, der während des Streiks die Strohen mit dem Säbel säuberte, durch das Wort „Lappad“ beleidigt und ferner die Volksmenge durch die Worte „Der Wachmeister hat Euch gar nichts zu sagen“, zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgefordert zu haben. Er wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Weil dieser christliche Arbeitswillige „aus Furcht vor dem angeblichen Terrorismus der Streikenden“, wie er selbst vor Gericht mit Pathos verkündete, während der letzten Streiktage nicht gearbeitet hatte, so hat der Gendarm angenommen, es sei einer der Streikenden. Den drei Entlastungszeugen, die behaupteten, der Angeklagte habe die Schimpfworte mit Bezug auf seinen Sohn gebraucht, identisierte das Gericht seinen Glauben. Es trat lebhaft den Ansagen des Gendarmen bei, der die Worte auf sich bezogen hat.

### Schulreaktionäre Bestrebungen des Hamburger Senats.

Vor einigen Wochen hat die Hamburger Bürgerchaft in zweiter Lesung einen Senatsantrag, der die Verwägung einer neuen staatlichen Vorschule verlangte, abgelehnt und sich, allerdings mit nur verhältnismäßig kleiner Mehrheit, gegen diese Ständeschule ausgesprochen. Der Senat jedoch, wahrscheinlich im Hinblick auf die kommenden Kämpfe um das neue Unterrichtsgesetz, ist nicht gesonnen, dieser Ablehnung nachzugeben. Er hat jetzt die Einsetzung einer sogenannten Vermittlungsdeputation angeordnet. Solche aus drei Senatoren und sechs Bürgerchaftsmitgliedern bestehenden Deputationen können verfassungsgemäß nämlich dann in Aktion treten, wenn sich Senat und Bürgerchaft über einen Antrag nicht einigen können. Da zwei der „alten“ Fraktionen ebenfalls für die Vorschule eintreten, so hofft der Senat, in der Vermittlungsdeputation seinen Willen durchzusetzen und dann in der Bürgerchaft seinen Antrag zur Annahme zu bringen. Ob die Mehrheit der Bürgerchaft fest bleiben wird, ist nach früheren Erfahrungen sehr zu bezweifeln. Jedenfalls beweist die Angelegenheit, daß der Senat in dem neuen Unterrichtsgesetz dem schulpolitischen Fortschritt keine Konzessionen zu machen gedenkt.

### Ein Märtyrer der Grubenbarone.

Bei der letzten Reichstagswahl war es den nationalliberalen Gruben- und Hüttenherren gelungen, in der Person des Bergmanns Karl Hedmann einen leistungsfähigen nationalliberalen Arbeiter als Kandidaten für den Wahlkreis Bochum zu finden. Wie ein Papagei mühte dieser Mann, der sich vorher nicht im geringsten um das politische Leben gekümmert hatte, nun in allen Orten des Wahlkreises eine halb auswendig gelernte Rede, teils ablesen, teils hersagen. Das Unglück wollte es, daß Hedmann auf der Grube einen schweren Unfall erlitt, wodurch er einen Arm verlor und sich eine schwere Quetschung eines Beines zuzog. Raum war der nun zum Krüppel gewordenen Mann einige Wochen im Krankenhaus, als er auch schon mit Zustimmung der Leidenden Ärzte wieder mittels Automobils von Bergmann zum Bergmann geschleppt wurde, wo man mit dieser Märtyrerkandidatur Eindruck zu erwecken suchte. Auf Krücken gestützt, halb getragen, humpelte der Kranke heran und hielt dann — blutige Ironie — eine blühende Schimpfsrede gegen die Sozialdemokratie. Hedmann wurde denn auch mit Hilfe des Zentrums gewählt. Heller Jubel!

Aber nun traten bei dem armen Hedmann die Folgen der Saloppheilung hervor. Sein Leiden verschlimmerte sich — und trotz der sorgsamsten Pflege liegt er nun seit Monaten im Bergmannsheil, und keiner kann sagen, ob er je wieder hergestellt wird.

Zuletzt hieß es in der Presse der Grubenbesitzer, es sei nur eine leichte Entzündung eingetreten, dann aber schweig man sich vollkommen aus, ein Zeichen dafür, daß sein Zustand nicht unbedenklich ist.

Wenn ein kranker Bergmann beim Kartoffelschalen betrogen wird, dann sind die Knappschätzkontrollen bei der Hand, dann regnet es schwere Strafen. Hier ließ man einen nicht einmal halbgeheilten Kranken als Agitator von Bergmann zum Bergmann gehen — und die Herren Professoren gaben dazu ihre Genehmigung — weil es sich um die Wahl des Zentrums kandidaten handelte.

### Die „Freiheit“ politischer Uebergangung.

Vor der Stichwahl im Wahlkreis Gränberg-Frensdorf hatte der Wäckermeister Kirchke in Hohenboron einen Aufruf zugunsten der Wahl des Sozialdemokraten Davidsohn unterschrieben. Kirchke, der Mitglied des Schulvorstandes seiner Gemeinde ist, erhielt unmittelbar nach der Wahl auf Veranlassung der königlichen Regierung eine Aufforderung, vor dem Landrat zu erscheinen und sich wegen der Unterzeichnung des zur Wahl des Sozialdemokraten auffordernden Ringblattes zu verhalten. Von der Abteilung für Kirchen und Schulen der Regierung zu Diegnitz erhielt er daraufhin folgenden Bescheid:

Während der letzten Reichstagswahlen haben Sie Ihre Namensunterschrift für ein Ringblatt hergegeben, in dem zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Davidsohn aufgefordert wurde.

Sie sind damit öffentlich für eine Partei eingetreten, deren unbedingtes Streben es ist, das Königtum und das Christentum zu vernichten und die bestehende Staatsordnung umzustürzen. Als Mitglied des Schulvorstandes aber sind Sie verpflichtet, mit dafür zu sorgen, daß durch die Schule und auch sonst auf jede Weise in der Jugend Liebe zum Herrscherhause, Treue im christlichen Glauben und Achtung vor der Staatsordnung gepflegt werden. Durch Ihre öffentliches Eintreten für die Sozialdemokratie haben Sie in den Köpfen der Schüler eine schlimme Verwirrung anrichten müssen und so die Erfüllung jener wichtigsten erzieherischen Aufgaben sehr erschwert, wenn nicht überhaupt in Frage gestellt. Sie haben sich außerdem durch Ihr Verhalten sowohl bei der Aufsichtsbehörde als auch bei einem erheblichen Teile der Mitglieder Ihres Schulverbandes in großem Umfange des Vertrauens verlustig gemacht, dessen Sie zur Ausübung Ihres Amtes als Mitglied des Schulvorstandes bedürfen. Wir müssen deshalb feststellen, daß Sie Ihre Pflichten als Mitglied des Schulvorstandes verletzt haben. Von Ihrer Ausschließung aus dem Schulvorstande nehmen wir nur darum Abstand, weil wir die Verwirrung des politischen Urteils, welche leider der letzte Reichstagswahlkampf in weiten Kreisen hervorgerufen hat, auch Ihnen zugute halten müssen, besonders aber weil wir Ihrer Versicherung glauben, daß Sie Ihrer monarchischen Gesinnung treu geblieben sind. Indessen erklären wir Ihnen zugleich, daß wir Sie bei einem gleichen Vorkommnis aus dem Schulvorstande entfernen müssen.

Nur die behördliche Maßnahme auf die Verwirrung des politischen Urteils und die Versicherung der unentwegten monarchischen Gesinnung haben demnach den liberalen Wäckermeister Kirchke davon befreit, aus dem Schulvorstande ausgeschlossen zu werden; die Verfassungs- und Rechtsfragen sowie das jedem Staatsbürger gewährleistete freie Wahlrecht hatten für die Regierung keinerlei Bedeutung.

### Die Wirren in Marokko.

#### Französisches neues Marokkoprogramm.

Paris, 27. April. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: In einem Bericht, den Ministerpräsident Poincaré in der Frage der Erneuerung des General-Quautes zum Generalresidenten von Marokko dem Präsidenten Fallières unterbreitete, weist der Ministerpräsident zunächst auf die Bedingungen hin, unter denen Regnault nach Fez gesandt wurde, wie dieser die Zustimmung des Sultans zum Protektoratsvertrage erlangte und wie schließlich die Ermögungen Regnaults über die einzu führenden Reformen durch die Ereignisse in Fez unterbrochen wurden. Weiter betont Poincaré die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens in Marokko. Es sei ein Werk der Zivilisation und des Fortschritts, das Frankreich auf sich nehme; aber nur in denjenigen Gegenden Marokkos, wo bereits der Friede eingeführt sei, könnten die französischen Verwaltungsmassregeln durchgeführt werden. Um die friedliche Durchführung des Landes methodisch vorzubereiten und auszuführen, sei es durchaus nötig, daß die bürgerlichen und die militärischen Machtbefugnisse in die Hand eines einzigen Mannes gelegt würden. Die Aufgabe, die seiner harre, sei schwierig und verwickelt, er solle dem Protektorat Geltung verschaffen unter Beobachtung der Verpflichtungen Frankreichs gegenüber den Mächten und solle gerade der Auffassung des Protektorats treu bleiben, die im Einklang stehe mit den internationalen Verträgen. Auch soll er es verstehen, durch geschickte Verfügung über die französischen Streitkräfte in Marokko und durch eine vernünftige Ausführung des politischen, ökonomischen und strategischen Programms die Annahme des Protektorats seitens der marokkanischen Stämme vorzubereiten und zu sichern. Ein passender Mann für diese Aufgaben sei Quauty.

Paris, 29. April. Das heutige Amtsblatt veröffentlicht den Erlaß, durch den General Quauty zum Kommissar (Generalresidenten) der französischen Republik in Marokko ernannt wird.

#### Zur Lage in Fez

Paris, 29. April. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ meldet aus Fez vom 25. April: Man kann noch immer nicht sagen, daß jede Gefahr beseitigt ist. Die haberrichten Befehle der Eingeborenen sind dafür ein bereicherter Beweis. In der vorigen Nacht wurde gegen einen französischen Wachtposten auf offener Straße ein Gewehrschuß abgegeben. Gegenwärtig ist man hauptsächlich damit beschäftigt, den Eingeborenen ihre Waffen abzunehmen. Wie groß die Waffenvorräte der Eingeborenen sind, geht aus der Tatsache hervor, daß in einzelnen von den 18 Stadtvierteln von Fez Tausende von Gewehren gefunden wurden. Die ausgeplünderten und ausgebrannten Häuser der Hauptstraße des Judenviertels wurden mit Melinit gesprengt, um den Schutt rascher fortzuschaffen zu können. Man wird die Gelegenheit benutzen, um die Straßen im Interesse der öffentlichen Sicherheit breiter anzulegen.

#### Drohende Haltung der Rifabysen.

Madrid, 29. April. (W. C.) Die aus Melilla hier eintreffenden Nachrichten lauten immer noch sehr bedrohlich. Die Garde der Rifabysen hat neuerdings wieder eine Verstärkung von 300 Eingeborenen aus dem Innern des Landes erfahren, die sämtlich mit modernen Mauerengewehren bewaffnet sind. Nachrichten von Eingeborenen zufolge sollen die Mauren ihre Streitmacht in drei Abteilungen verteilt haben. Die erste befindet sich bei Bu Zermana, die zweite bei Suf Beggui und die dritte hat an dem Berge Riata ein Lager bezogen. Eine spanische Refognoszierungsparade wurde gestern am Ufer des Mulubakusses von einer Abteilung Eingeborenen angegriffen, konnte sie jedoch nach kurzer Zeit in die Flucht schlagen.

### England.

#### Der erste Mai.

London, 27. April. (Fig. Ver.) Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der erste Mai in diesem Jahre in Großbritannien in würdigerer Weise gefeiert werden als in vergangenen Jahren. In London wird das Erscheinen des „Daily Herald“ dazu beitragen, das Interesse an dem Festfeiertag der Arbeit zu erhöhen, das schon seit einigen Jahren in stetigem Wachstum begriffen ist. Im Jahre 1904 beteiligten sich zum Beispiel nur 40 Organisationen der Hauptstadt an der Maiseier. Im letzten Jahre waren es schon 100.

Der Vorstand der Arbeiterpartei hat den der Partei ange schlossenen Organisationen empfohlen, die Befprechung der deutsch-englischen Beziehungen zum Hauptgegenstand der Maiseier zu machen. In dem letzten veröffentlichten Vierteljahrsbericht schlägt er folgende Resolution vor:

„Daß die Völker Deutschlands und Großbritanniens jedes Jahr einen immer größer werdenden Teil ihres Reichturns an

Gut und Menschen und ihrer Bissenhaft zur Herstellung tieferer Nistungen verwenden, die fast bei ihrer Fertigstellung schon veralten, bedeutet eine ungeheure Verschwendung der nationalen und internationalen Hilfsquellen und bildet eine beständige Bedrohung des guten Einverständnisses zwischen den Völkern.

Die herrschenden Interessen der Arbeiter und der Handelsklassen in beiden Ländern hängen nicht von den nationalen Grenzen ab, sondern sind so eng untereinander verbunden, daß ein Ausbruch der Feindseligkeiten nicht nur ein Verbrechen gegen die Zivilisation sein würde, sondern auch der britischen wie der deutschen Demokratie dauernden Schaden zufügen und das wachsende Gefühl der internationalen Freundschaft in ganz Europa zurückdrängen würde.

Deshalb ist es mensehendwert, daß alle Streitigkeiten zwischen diesem Lande und Deutschland Schiedsgerichten überwiesen werden sollten, um zu erzielen, daß der Geist des Wettbewerbs und des Streikens, der jetzt in einer kriegerischen, verschwendenden und zerstörenden Konkurrenz zum Ausdruck kommt, zu friedlicheren, beständigeren und konstruktiven Zwecken der Wissenschaft, des Handels und des sozialen Fortschritts verwendet wird.“

### Rußland.

#### Die Protestbewegung gegen den Arbeitermord.

Die Vorgänge in den sibirischen Goldwäschereien haben in den breiten Massen der russischen Arbeiter eine heftige Empörung hervorgerufen. Sie wenden sich mit zahlreichen Protesten an die sozialdemokratische Dumaaktion und sind hier und da bereits zu Demonstrationen streikts übergegangen. Als erste streikten die Angestellten der Lenaer Schiffahrtsgesellschaft, die zum Zeichen des Protestes zwei Tage im Ruhsstande blieben. In Kiew streikten die Arbeiter der sibirischen Maschinenfabrik (1600 Personen). Sie versammelten sich am Morgen des 22. April in den Werkstätten, sangen das bekannte Revolutionslied zu Ehren der gefallenen Genossen und erklärten, daß sie zum Zeichen des Protestes in den Streik treten. Den ganzen Tag ritten Kosaken und Polizeipatrouillen durch die Straßen der Stadt. In Char'kow traten die Arbeiter der Lokomotivfabrik für einen Tag in den Streik. In Nikolajew streikten die Arbeiter der staatlichen Schiffbauwerk.

Dem Proteststreik der Arbeiter der sibirischen Maschinenbauabteilung in Kiew schlossen sich am folgenden Tage fast sämtliche industrielle Betriebe an. Von den Zeitungen erschien bloß der ultra-reaktionäre „Kiewskanija“, da die Setzer fast vollständig streikten. In der Universität wurde ein zweitägiger Streik der Studenten erklärt. Es finden massenhafte Verhaftungen und Hausdurchsuchungen statt. In Odesa streikten die Arbeiter der größten Betriebe, darunter die der Admiralität der Russischen Schiffabteilung- und Handelsgesellschaft. Die Setzer der Zeitungsdruckereien traten für einen Tag in den Streik. In Jekaterinoslaw streikten die Arbeiter der ungeheuren Holzwerke; ihnen dürften die Arbeiter in den übrigen Betrieben folgen. In Riga traten die Arbeiter der größten Fabriken („Phönix“, „Feller“, Drahtfabrik u. a.), insgesamt 10 000 Personen, in den Streik. Ähnliche Nachrichten kommen aus Saratow, Jelisawetgrad usw.

#### Große Straßendemonstrationen in Petersburg.

Petersburg, 28. April. Gegen 7000 Studierende und Schülerinnen der Frauenkurse versammelten heute nachmittags vor der Kasankirche eine Kundgebung aus Anlaß der Vorgänge in den Lenaer Bergwerken. Die Menge erschien mit einer roten Fahne und sang das Totenlied. Gendarmen und berittene Schuphente gestreuten die Demonstranten. Währenddessen versuchten andere Demonstranten, das Totenlied singend, zur Kasankirche zu ziehen, wurden jedoch gleichfalls von der Polizei zerstreut. Die Demonstranten begaben sich sodann in kleinen Gruppen nach dem Petersburger Stadtteil. Dort vereinigten sie sich und zogen, revolutionäre Lieder singend, nach dem belebten Namenno Strowsky-Prospekt, bis sie auf Gendarmen und berittene Schuphente trafen. Diese umringten einen Teil der Demonstranten und verhafteten 123 von ihnen; unter den Verhafteten befinden sich 89 Schülerinnen der Frauenkurse und 15 Arbeiter.

Petersburg, 28. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Erregung über den Arbeitermord in Sibirien ist unter den Arbeitern ungeheuer. Während bei der letzten Straßendemonstration anlässlich des Todes Tolstois die Hauptmasse der Demonstranten aus Studierenden bestand und nur wenige Arbeiter teilnahmen, überfluteten jetzt die Massen der Arbeiter die waffenstarende Brunkstraße der Residenz und zogen, von den Kosaken zurückgedrängt, mit roten Fahnen in die anderen Stadtteile. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

#### Wie die Zarenshergen die Maiseier vorbereiten.

Lodz, 29. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Gouverneur von Petrikau hat befohlen, daß alle Arbeitslosen in Lodz vor dem 1. Mai auszuweisen seien. Infolgedessen finden Massenerhaftungen von Arbeitslosen statt, um diese nach ihrer Heimat abzuführen. Die Arbeiterchaft von Lodz protestiert gegen diesen Gewaltakt und hat auch einen Protest an die sozialdemokratische Fraktion der Duma gesandt. Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist sehr groß, sie wird jedenfalls nicht ohne Einfluß auf die Maidemonstrationen bleiben.

#### Eine heftige Szene.

Petersburg, 29. April. Reichsduma. Bei der Besprechung des Kultussetos kam der Redaktionsführer Witschukow auf die große Zahl der Schüler selbstmorde zu sprechen und sagte, auf die Ministerfrage weisend, in der der Kultusminister und sein Gehilfe saßen: Die Mörder unserer Kinder sitzen vor Ihnen! Für diese Neuerung wurde Witschukow zunächst auf fünf und als er sie wiederholte, auf zehn Sitzungen ausgeschlossen.

### Persien.

#### Gewaltmaßnahmen gegen die Opposition.

Teheran, 28. April. Das Kabinett erteilte dem Polizeichef Vollmacht, alle Gegner der gegenwärtigen Regierung zu verhaften. Unter denen, die heute verhaftet wurden, befindet sich Sulliman Mirza, der Führer der demokratischen Partei im letzten Reichstag. Das Los der Verhafteten scheint die Verbannung nach irgend einem entfernten Ort Persiens zu sein.

Die „Morning Post“ meldet aus Teheran vom 25. April: Die Beschließung der Rofshee in Meshed durch die Russen hat die Bewegung unter den Mullahs gefördert, die mit dem heiligen Krieg gegen die Fremden drohen. Der Hauptführer Saib Ali ist wegen aufrührerischer Reden verhaftet worden. Eine Deputation von Mullahs hat dem Regenten erklärt, daß er abgesetzt werden würde, wenn er im gegenwärtigen Augenblick Persien verliche. Man glaubt, daß Nasr el Mullahs Reise nach Europa infolge der Haltung der Mullahs aufgegeben werden dürfte.

# Resolution für die Maifeier-Verfassungen.

Der Vorstand des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins und der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend empfehlen für die Maifeier-Verfassungen folgende

## Resolution:

Am 1. Mai demonstriert das Klassenbewußte Proletariat aller Länder erneut für den Ausbau der Arbeiterkampforganisationen, die der Internationale Arbeiterkongress zu Paris am 20. Juli 1889 erhoben hat.

Sie fordern deshalb in erster Linie die gesetzliche Einführung des Achtstundentages für alle in der Industrie, im Handwerk, im Handel und Verkehr Beschäftigten, sowie wirkliche Koalitionsfreiheit.

Angesichts der Tatsache, daß der Imperialismus infolge seiner immer gemeingefährlicher werdenden Rüstungspolitik, die nicht nur die Kriegsgefahr steigert und am Rande der Völker zehrt, die Sozialpolitik nahezu zum Stillstand gebracht hat, erheben die Versammelten energischen Protest gegen die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der

Luft. Sie wenden sich deshalb im besonderen gegen die neuen Seeres- und Marinevorlagen, die dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegen.

Die Versammelten wissen sich in diesen Protesten einig mit der Klassenbewußten Arbeiterschaft der ganzen Welt. Sie übersenden den heute versammelten Maidemonstranten brüderliche Grüße und geloben erneut, unermüdet kämpfen zu wollen

## für den Sozialismus, gegen den Kapitalismus und Imperialismus, gegen die Kriegshetze und Kriegsrüstungen!

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Eisenkonstruktionsarbeiter führten im vorigen Jahre einen Streik von fünf Wochen Dauer mit dem Erfolge, daß eine Vereinbarung zustande kam, welche die Forderungen der Arbeiter zum Teil anerkannte. Aber es kam nach den Vereinbarungen nicht zur völligen Ruhe. Nicht selten brachen in den Betrieben Differenzen über die Auslegung der Vereinbarungen aus. Der eine Unternehmer legte sie so, ein anderer anders aus, und die Arbeiter hatten natürlich wieder andere Ansichten über die Bedeutung der Vereinbarungen. Die Arbeiter haben den dringenden Wunsch, die Vereinbarungen derart zu fassen, daß sie eine sichere, unerschütterliche Grundlage für das Arbeitsverhältnis bilden. Es machte sich auch das berechtigete Verlangen geltend, einige Verbesserungen durchzuführen, da die vorjährigen Zustände nur als eine Abschlagszahlung auf die wohl begründeten Forderungen der Arbeiter angesehen wurden. Aus diesen Gründen haben die Arbeiter der Eisenkonstruktionsbetriebe noch einer Reihe von Sitzungen und Beratungen eine Kommission eingesetzt, welche Vorschläge für eine neue Vereinbarung mit den Unternehmern ausgearbeitet hat. Diese Vorschläge lagen einer stark besuchten Versammlung der Eisenkonstruktionsarbeiter vor, die am Sonntag in der Brauerei Friedrichshain tagte. — Die hauptsächlichsten Vorschläge der Kommission sind folgende: Die bisherige wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden wird auf 53 Stunden verkürzt. Ueberstunden, sowie Nacht- und Sonntagsarbeit werden bisher mit einem Aufschlag von 30 Proz. bezahlt. Die Kommission schlägt 25 Proz. für Ueberstunden, 50 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit vor. Weiter fordert der Kommissionsentwurf: Die jetzt geltenden Anfangslöhne werden um 10 Proz. erhöht. Die bisherigen Stundenlöhne werden soweit erhöht, daß bei 53stündiger Arbeitszeit derselbe Verdienst erreicht wird, wie vorher bei 56stündiger. — Die bisherigen Bestimmungen über Fahrgehalt und Montagezulage sollen insofern geändert werden, als die Zulage bei auswärtigen Arbeiten auch für Sonn- und Feiertage zu zahlen ist. — Großer Wert wird auf die Regelung der für die Affordarbeit geltenden Bestimmungen gelegt. Nach der alten Vereinbarung sollen die Affordpreise so bemessen werden, daß der jeweilige Stundenlohn erreicht wird. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen die Affordpreise so angelegt werden, daß der Verdienst den Stundenlohn um mindestens 20 Proz. übersteigt. Wenn eine Einigung über den Affordpreis nicht erzielt werden kann, soll die Arbeit in Lohn ausgeführt werden. Eventuell ist der betreffende Kolonne eine Frist von zwei Wochen zur Prüfung der Arbeit zu gewähren. An dem Verteilungsmodus des Affordüberschusses (10 Proz. erhält der Kolonnenführer vorweg, der Rest wird an alle Mitglieder der Kolonne einschließlich des Führers verteilt) ändert der Kommissionsvorschlag nichts. Dann aber fordert er, daß die Verteilung gemäß der geleisteten Stundenzahl ohne Rücksicht auf die Kommissionsnummer erfolgen soll. — Dieser Vorschlag hat für die Praxis folgende Bedeutung: Von einer Kolonne arbeitet ein Teil an einer Kommission, der andere Teil an einer anderen Kommission. Bei der einen Kommission werden Ueberlässe erzielt, bei der anderen nicht. Der Ueberlaß soll in diesem Falle nicht nur dem einen Teil der Arbeiter, sondern der ganzen Kolonne zugute kommen. Weitere Bestimmungen regeln die Berechnung und Prüfung der Affordarbeiten, sowie die Rechte der während des Affordes ausbleibenden Arbeiter.

Nach eingehender Diskussion stimmte die Versammlung dem Entwurf der Kommission zu. Derselbe wird dem Vorstande der Unternehmernorganisation zugesandt mit dem Ersuchen, sich innerhalb 14 Tagen darüber zu äußern.

Ferner beschloß die Versammlung, daß vom Montag, den 29. ab, keine Ueberstunden zu machen sind. Die Arbeiterausschüsse der einzelnen Betriebe sollen den Unternehmern von diesem Beschluß sofort Mitteilung machen.

Die „Isola“, Gesellschaft für Wärme- und Kälteisolierung, erucht in bezug auf die Kottig-Aktion Glasarbeiter in Nr. 98 des „Vorwärts“ um Aufnahme folgender Verordnungen: 1. Der entlassene Arbeiter war nicht Mitglied der Kommission. 2. Die Entlassung stellt keine Maßregelung dar, sondern erfolgte aus rein sachlichen Gründen und zwar wegen mangelhafter Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten. 3. Die Geschäftsführung der Isola-Gesellschaft hat sich niemals auf den Standpunkt gestellt, keine weiteren Kommissionsmitglieder mehr zu empfangen. Die Geschäftsführung hat lediglich erklärt, daß der vorliegende Fall Anlaß zu einer Aussprache zwischen der Geschäftsleitung und der Kommission nicht bietet, da der Entlassungsgrund der Arbeiterschaft in offizieller Form anderweitig bekannt gemacht wurde.

Wir müssen es dem Verband der Glasarbeiter überlassen, zu dieser Verächtlich Stellung zu nehmen.

### Deutsches Reich.

Achtung, Elektromonteur! In Stettin stehen die Elektromonteur in einer Lohnbewegung. Zugung nach Stettin ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

### Brauereiarbeiterstreik in Halle.

In der Halle'schen Aktienbrauerei haben 86 Mann die Arbeit niedergelegt wegen Mangelregelung, die nicht die erste seit der Wirksamkeit des neuen Direktors Reumier ist, der es auch nicht für nötig hält, mit der Arbeiterorganisation zu verhandeln. Zugung ist fernzuhalten!

Die städtischen Arbeiter Älteste haben am Sonntag ihre Rindungen eingereicht. Den Betriebsleitern war es bis jetzt freigestellt, nach ihrem Ermessen einzelnen Arbeitern Lohnzulagen zu machen, das Gros der Arbeiter hatte das Nachsehen. Um diesem Zustande ein Ende zu machen, haben die Handwerker und Arbeiter der städtischen Betriebe sich geeinigt, ihre dem Magistrat zu stellenden Forderungen in Form einer allgemeinen Arbeitsordnung einzureichen, um in die jetzt rein willkürlich festgesetzten Löhne Ordnung hineinzubringen. Auf diese im Herbst vorigen Jahres eingereichten Forderungen hatte der Magistrat bis jetzt noch nicht geantwortet. Würde den Verwaltungen daran liegen, die ungerechten Lohnfestsetzungen zu beseitigen, dann müßte sie die vorgeschlagenen Lohnordnungen bewilligen. Als Ursache für die Arbeitsmangelregelungen gelten auch die fortgesetzten Mangelregelungen organisierter Arbeiter. Um dem Einhalt zu gebieten, hat die Leitung der Organisation die Zustimmung zur Niederlegung von Arbeit verlangt. Albert Beck, Berlin. Informativteil veranlagt.

der Arbeit gegeben. Ein weiteres Wort wäre gleichbedeutend mit einer Zertrümmerung der guten Organisation gewesen.

Es wird deshalb gebeten, den Zugung von Handwerkern und Arbeitern nach den städtischen Betrieben Älteste streng fernzuhalten, wobei besonders darauf hingewiesen sei, daß das städtische Arbeitsamt auch als Arbeitsvermittler für die städtischen Betriebe fungiert und deswegen Arbeitsangebote dieses Amtes nicht anzunehmen sind.

Achtung, Streikbrecheragenten! In Derlinghausen in Lippe bei Bielefeld steht die Arbeiterschaft bei der Firma Carl Weber u. Co., Reinen- und Tischentuchweber, seit sechs Wochen im Streik, weil die Firma es ablehnt, den Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Der bisher gezahlte Lohn ist ein sehr trauriger und ist nachgewiesen, daß zu Lauban in Schlesien in den Tischentuchweberbetrieben 25 bis 50 Proz. höhere Löhne bezahlt werden als in Derlinghausen. In Schlesien wird noch allgemein auf zwei Stühlen gearbeitet, während in Derlinghausen schon auf drei und vier Stühlen gearbeitet werden muß. Den Profit von dieser Mehrleistung steht der Unternehmer aber allein ein.

In den letzten Tagen sind in einigen Orten Agenten tätig, die Arbeitswillige für die Firma suchen. In Hamburg ist es den Agenten auch gelungen, einige Weber anzuwerben. Nachdem aber den Leuten klargemacht wurde, daß es sich um Streikarbeit handelt, sind sie wieder abgereist. Wie und von wem diese Mittelteil wurde, wird den Angeworbenen erzählt, daß es sich um einen neuen Betrieb handelt und daß 3,50 M. bei freier Station gezahlt werden.

Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.  
Deutscher Textilarbeiter-Verband.  
Filiale Bielefeld.

### Streik der Rheinschiffer.

Am Sonntag früh ist das gesamte Feiz- und Maschinenpersonal von 45 Firmen der Rheinschiffahrt geschlossen ausständig geworden. Es kommen auf rund 200 Schleppfähnen und 271 Dampfern 2000 Mann in Betracht. Der Streik wird gemeinschaftlich vom Verband der Feizer und Maschinenisten und vom Transportarbeiterverband (Sektion Binnen-schiffahrt) geführt.

Die Forderungen der Arbeiter erstrecken sich auf Lohnerhöhung, Gewährung von Sonntags- und Nachtrabe resp. deren angemessene Vergütung. Die Matrosen erhielten bisher durchschnittlich 24 M. Wochenlohn, sie verlangen eine Erhöhung um durchschnittlich 4 M. pro Woche. Man hat ihnen, nachdem die Forderungen der Verbände eingereicht waren, 2 bis 3 M. zugelegt, doch können sich die Arbeiter damit nicht zufrieden geben. Die Feizer erhalten 28 M., einzelne 30 M., ihr Lohn wurde jetzt auf 30 M. erhöht. Nacharbeit wurde in den meisten Fällen nicht bezahlt; wo eine Vergütung gewährt wurde, betrug diese 12 1/2 Pf. pro Stunde. Ueberarbeit wurde überhaupt nicht bezahlt. Arbeitszeiten von 108 bis 110 Stunden pro Woche sind gar keine Seltenheit, auch ununterbrochene Dienstzeiten von 60—72 Stunden sind vorgekommen.

Die Bewegung erstreckt sich hauptsächlich auf den Niederrhein. Für den Oberrhein kommen sieben Firmen in Betracht, von denen eine Sonntag telegraphisch den Tarif akzeptierte. Die Arbeiter auf Schiffen, die zurzeit im Auslande sind, sollen auf Beschluß der Streikversammlung nicht abmustern.

### Ausland.

#### Die englischen Seeleute und Feizer

sind durch die Vorgänge beim Untergang der „Titanic“ und der — seltlich vertrieben — Abreise der „Olympic“ in eine tiefgreifende Bewegung hineingeraten. Sie beschloffen in Massen-versammlungen, nicht auf Schiffen zu arbeiten, auf denen sich chinesische oder nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter befinden. Sie weigerten sich ferner, sich auf einem Schiff anzuheuern zu lassen, auf dem kein Beamter der Gewerkschaft beim Anheuern zugegen ist. Der Beschluß fordert schließlich, daß ein Gewerkschaftsbeamter anwesend sein muß, um die Rettungsboote und die Arbeitsordnung vor der Abfahrt des Schiffes zu bestätigen.

Die Abteilung Mersey der Seemannsgewerkschaft verbot den Leuten, sich auf dem Pacific-Dampfer „Drifta“ anheuern zu lassen wegen Nichterfüllung der Lohnerböhungsforderung der Arbeiter. Ähnlichend haben vierzehn Liverpooler Firmen es abgelehnt, die Forderung der Mersey-Seleute auf Lohnerböhung zu erfüllen.

## Verfassungen.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Bahnhalle Berlin. Der Generalversammlung, die am Sonntag nachmittag im Gewerkschaftshaus stattfand, lag der Geschäfts- und Klassenbericht vom 1. Quartal 1912 vor. Zuerst berichtete Hobbapp über die Tätigkeit der Verwaltung, die aus folgender Aufstellung ersichtlich ist. In der Berichtszeit fanden 127 Betriebsversammlungen und -Besprechungen, 54 Verhandlungen mit den Unternehmern, darunter eine Verhandlung mit einem Mühlenbesitzer, ferner 15 Vermählungs- und Vertrauensmännererhebungen und 7 Gruppen- und allgemeine Mitgliederversammlungen statt. Auf einzelne Verhandlungen von besonderem Interesse für die Brauereiarbeiter ging der Vorsitzende näher ein, wobei er unter anderem hervorhob, daß die Verwaltung in ihrem Bestreben, das Interesse der Arbeiter wahrzunehmen, mandamental auf wenig Entgegenkommen und auf mangelndes Verständnis bei den Arbeitern selbst stieß, zum Beispiel in der Frage der Ablösung des Freibieres. Viel Verunsicherung unter den Arbeitern entstand, wenn die Frage von Entlassungen nach der Zusammenlegung von Brauereien zu regeln war, so zum Beispiel, als die Döwenbrauerei die Germania, und die Phönixbrauerei in Besitz nahm. Mit Hilfe des Verbandes gelang es in der Regel, Gärten zu vermeiden und den Wünschen der Arbeiter Berücksichtigung zu verschaffen. Hobbapp erwähnte zum Schluß die lebhafteste Tätigkeit im Verbandsbureau, wo durchschnittlich 124 Besucher pro Tag abzufertigen waren.

Schuld ergänzte den Geschäftsbericht durch Ausführungen, die besonders das Fahrpersonal betrafen. In der Frage des Bierausfahrens an Sonn- und Feiertagen hofft man auf eine Verschärfung durch behördliche Verordnung für den kommenden Sommer, trotz der Opposition, die vielfach von den Gastwirten ausgeht. Die Ausgabe von Eis an die Kundenschaft in den wickenden Vororten führte zu einer Differenz, die zu regeln dem Verband noch nicht gelungen ist. Der Verband wünscht, daß für die großen Niederlagen der Brauereien im Besonderen dieselben Bestimmungen gelten

wie bei der Eisausgabe in Berlin. — Die Bezählung von Ueberstunden der Ritzfahrer an Festtagen kam vor dem Einigungsamt zur Verhandlung in einer Streitfrage mit der Schultheiß-Brauerei. Die Brauerei bezahlte, aber sie beharrte auf dem Standpunkt der prinzipiellen Gegnerschaft der Bezählung dieser Ueberstunden. — Die meisten Differenzen entfielen, wie Schuldt betonte, mit der Brauerei Julius Döhrow, die dem Verbands seit einem halben Jahre schon allerlei Schwierigkeiten macht.

Den Klassenbericht, der den Mitgliedern gedruckt vorlag, erläuterte der Kassierer Max Kasper, der auf die hohen Unterstützungen, die in dem ersten Quartal d. J. an franke und arbeitslose Mitglieder ausgezahlt wurden, besonders hinwies. Die Abrechnung der Hauptkasse zeigt in Einnahmen und Ausgaben eine Bilanz von 80 400,75 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für Unterstützungen an Kranke 10 126,20 M., an Arbeitslose 5 110 M., in außerordentlichen Fällen 45 M., als Sterbegeld 796,06 M., als Reiseunterstützung 35 M., für Rechtschutz 12 M. ufm. — Die Lokalkasse buchte im 1. Quartal 1912 eine Einnahme von 8226,04 M., eine Ausgabe von 11 263,18 M., somit ist eine Mindereinnahme von 3037,14 M. zu verzeichnen. Die Erklärung für diesen Umfang liegt darin, daß rund 4000 M. außerordentliche Ausgaben notwendig waren, unter anderem für Weihnachtunterstützungen und für Broschüren zum 25. Stiftungsfest des Verbandes. Aus der Lokalkasse wurden noch an Sterbegeld 1002,50 M. und für Arbeitslosenunterstützung 2435 M. ausgezahlt, ebenso für die ausgesperrten Vorzeilnarbeiter 500 M. — Die Mitgliederbewegung zeigte am Schlusse des letzten Quartals 1911 einen Bestand von 4665 männlichen und 17 weiblichen Mitgliedern. Im Laufe des ersten Quartals d. J. wurden 189 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen neu aufgenommen, 85 Mitglieder waren von anderen Verbänden übergetreten und 6 kamen von auswärts. Diesem Zugang von Mitgliedern stand ein Abgang von 180 gegenüber, so daß am Schlusse des ersten Quartals d. J. 4715 männliche und 19 weibliche Mitglieder vorhanden waren.

Nur eine kurze Diskussion folgte den Berichten. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit der Maifeier, die am 1. Mai vormittags bei Boetler in der Weberstraße stattfinden wird. Hobbapp machte über die Stellung der Brauereien bekannt, was bereits in Nr. 98 und Nr. 99 des „Vorwärts“ zu lesen war, und forderte dazu auf, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, wo irgend die Möglichkeit dazu geboten ist. Die Verhältnisse in bezug auf den Maifonds wurden von den Versammelten gutgeheißen.

In der Angelegenheit der Erhöhung der Beiträge zur Erhaltung des Gewerkschaftshauses stimmte die Versammlung den Anträgen der Ortsverwaltung und der Vertrauensmänner zu. Die Beiträge sollen pro Kopf von 5 auf 10 Pf. erhöht werden und ebenso sollen etwa 1000 M. für das Gewerkschaftshaus zinsfrei zur Verfügung stehen.

Hobbapp gab das Resultat der Delegiertenwahlen zum Verbandstag bekannt. Gewählt wurden: Knappe, Hobbapp, Junghans, Gank, Daple, Leichow, Jurisch.

Die Versammlung nahm zum Schluß noch zwei Ersatzwahlen zu Beisitzern der Hauptverwaltung vor.

## Letzte Nachrichten.

### Weitere Niederlage der Wiener Christlichsozialen.

Wien, 29. April. (W. Z. B.) Bei den heutigen Gemeinderatswahlen des zweiten Bezirkskörpers, wobei 48 Mandate zu besetzen waren, wurden 32 Christlichsoziale und 2 Deutschfreiwirtschaftliche gewählt. Es sind 14 Stimmwahlen erforderlich, woran 9 Christlichsoziale gegen 9 Deutschfreiwirtschaftliche, 8 Christlichsoziale gegen 3 Deutschnationale und 2 Christlichsoziale gegen 2 selbständig Christlichsoziale beteiligt sind. Bisher waren sämtliche 48 Mandate im Besitze der Christlichsozialen.

### Ein interessanter Prozeß.

Paris, 29. April. (W. Z. B.) Vor dem Schwurgericht begann heute nachmittag der Prozeß gegen den früheren Rassen-direktor im Ministerium des Innern, Hamond, der wegen Veruntreuung von Staatsgeldern im Betrage von 215 000 Franken angeklagt ist. Auf die Frage des Gerichtspräsidenten bekannte sich Hamond der Veruntreuungen schuldig. Als Zeugen sind u. a. auch Bichon, Doumer und Deschanel vorgeladen. Dieselben haben da sie nicht in Paris weilen, Entschuldigungsschreiben geschickt.

### Zur Protestbewegung gegen den Arbeitermord.

Petersburg, 29. April. (W. Z. B.) Die Progressiven brachten heute eine Anfrage beim Minister des Innern ein, was zur Veruhigung der öffentlichen Meinung über das Schicksal der Arbeiter in den Lenagoldwäschereien und zur Bestrafung der Schuldigen beabsichtigt sei.

Petersburg, 29. April. (W. Z. B.) Heute nacht fanden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von Arbeitern und Studenten statt. Starke Polizeitruppen wurden in der Nähe der Fabriken und der Hochschulen konzentriert und verhinderten die Versuche einer revolutionären Gedächtnisfeier in den Fabriken. Eine große Anzahl von Fabrikarbeitern streikten.

### Aus der russischen Gesellschaft.

Moskau, 29. April. (W. Z. B.) Eine peinliche Skandal-affäre beschäftigt augenblicklich die hiesigen Gesellschaftskreise. Der jetzige Kriegsminister Suchomlinow hatte vor einigen Jahren die Frau des Grundbesitzers Automitsch kennen gelernt und mit ihr ein Liebesverhältnis angefangen. Um den ihm lästigen Ehemann loszumachen, befehlt ihm Suchomlinow, sich nach Riga zu begeben. Um seiner Aufforderung mehr Nachdruck zu verleihen, ließ er Automitsch durch den aus dem Nordprozeß Stolypin bekannten Chef der „Chryana“, Kuljastow, seine Verbannung nach Sibirien androhen. Kurze Zeit nachdem Automitsch in Riga angekommen war, erhielt er die Mitteilung, daß seine Ehe geschieden sei. Automitsch hat gegen diese Ehescheidung Protest erhoben, da er bei der Gerichtsverhandlungen überhaupt nicht zugegen gewesen ist, und fordert eine Revision des Ehescheidungsprozesses.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dergu 3 Beilsaen u. Unterhaltungsbil

# Banditismus und Anarchismus.

Von unserem Spezialberichterstatler.  
IV.

## Auf den Bahnen des „Individualismus“.

Die Szene wechselt: wir sind in Frankreich. Der „individualistische Anarchismus“, den wir in Brüssel kennen gelernt haben, hat nicht nur das Domizil, sondern auch die Physiognomie verändert. Von irgend welchen propagandistischen Zwecken ist nicht mehr ernsthaft die Rede, was denn auch logisch ist — denn was gehen den konsequenten „Idealisten“ die anderen an, sofern sie ihm nicht dienen können? Falschmünzerei, Einbruch, Raubmord werden auf breiter Basis organisiert. Die gewählten Opfer sind Bankdiener, Chauffeurs, kleine Angestellte — kurz Proletarier, der Kampf gegen die Organe des Staates wird nur noigedungen, zur Verteidigung geführt.

Hier muß natürlich der Verdacht einer direkten Provokation fortfallen. Der Typus der Brüsseler Expropriationen findet wohl gelegentlich eine Art Wiederholung — in den Diebstählen, die der später unter Verdacht der Teilnahme am Raubmord verhaftete Soudy beim Arbeiterkonsumverein „Egalitaire“ auf Willette und in den Bureaus der „Guerre Sociale“ ausführt. Bei der „Guerre Sociale“ handelt es sich darum, die Klasse der „bons bougres“, d. h. den für die Saboteure der Eisenbahnen und ihre Angehörigen gemeinsamen Fonds zu erbeuten. Die Person des Schuldigen war auch der Polizei vor dem Bankraub in Chantilly bekannt. Warum hat man diesen und etliche andere genügend belafelte Menschen bloß einer „Beobachtung“ unterzogen, die sie, wie die folgenden Tattaten zeigten, als ungenügend erwiesen hat. Sollte sich etwa die Sicherheitspolizei auf ihre „Anzeiger“ in den „individualistisch-anarchistischen“ Kreisen dermaßen verlassen haben, daß sie darauf verzichtete, im Kleinen zu handeln und wartete, um bei einem großen Coup — z. B. dem in Mais vorbereiteten — einen ergiebigeren und effektvolleren Fang zu tun? Eine solche Taktik ließe sich vom Gesichtspunkte der Polizeizwecke verteidigen — wofür die Polizei über die nötige Schläuheit verfügte, um sich nicht von ihren Vertrauten täuschen zu lassen. Die Art, wie Bonnot entwischen konnte, spricht nicht gerade dafür, daß Schläuheit zu den stärksten Seiten ihrer Funktionäre gehört.

Jedenfalls ist es außer Frage, daß dem Chef der Pariser Sicherheitspolizei und früheren Chef der Anarchistenbrigade die Lebensläufe der aus Belgien eingewanderten „Anarchisten“ in Wort und Bild bekannt waren. Dazu kamen die Zusammenkünfte der „Anarchie“, die überhaupt wie ein Glashaus wirkte und die aus dem Dunkel ihrer Wege dort eintretenden Leute in helle Beleuchtung stellte. Daß kein Sherlock Holmesches Kombinationsgenie dazu gehörte, die Zusammenhänge der verschiedenen Verbrechen zu finden, auch wenn nicht die Aufschlüsse der Anzeiger mitgeholfen hätten.

Daß solche Anzeiger in dieser „Anarchistenaffäre“ tätig waren und noch sind, ist zweifellos, und die Polizei selbst macht kein Geheimnis daraus. Wie anders wäre es z. B. zu erklären, daß sie über den Ohnmachtsanfall, den Soudy nach dem Bankraub in Chantilly erlitten haben soll — im Automobil, dessen Insassen die Teilnehmer am Raubmord waren — so schnell informiert wurde? Es ist auch offiziell bekanntgegeben worden, daß der „Anzeiger“, der Soudys Verhaftung herbeiführte, 20 000 frank bekommen hat. Wenn es aber wahr wäre, daß die Polizei bereit gewesen sei, um die ganze Bande in ihre Hände zu bekommen, einem Hauptschuldigen zum Lohne für seinen Verrat herauszulassen — eine unmögliche Vorstellung fürwahr, der mit dem für die Rettung der bürgerlichen Ordnung und Sicherheit ausgefeg-

ten Preis bedachte Herr Raubmörder, der sein Leben etwa als friedlicher Grundeigentümer und Rentier beschließt! — was wäre das anderes als der schmählichste Bankrott des bourgeoisstaatlichen Polizeinstituts überhaupt, eine fortwirkende Aufreizung zur Provokation gemeiner Verbrechen? Doch mag auch selbst dieser schlimme Handel nicht beabsichtigt gewesen sein, das Anzeigerwesen selbst ist eine mit dem heute überall bestehenden Polizeistystem unermesslich gegebene Quelle von Korruption, ein vermeintliches Gegengift, das den vergifteten sozialen Körper nicht heilt, sondern noch mehr verseucht — und ein Beweis, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht nur in ihren Reformversuchen, in Sozialpolitik und Sozialhygiene, sondern auch in der kriminalpolizeilichen Repression der von ihr selbst aufgezüchteten antisozialen Elemente ohnmächtig ist.

In der Tat nun hat auch die bürgerliche Presse den Verdacht einer Beziehung zwischen der Polizei und einem der an den Verbrechen Beteiligten recht deutlich ausgesprochen. Das war, als Ende März Herr Guichard den Reportern auf einmal sagte: Warum sprechen Sie denn immerfort von Careux als einem der Hauptschuldigen? Vielleicht ist er an den Hauptaktionen überhaupt nicht und sonst an den Verbrechen nur als Komparse beteiligt.

Dies sagte Herr Guichard, der Carouys ganze Vergangenheit in Brüssel, Charleroi und Paris kannte, Ende März, im Augenblick, da die Polizei alle Anstrengungen machte, Bonnot und Garnier, die man als die Gefährlichsten der Bande kannte, zu ergreifen. Setzte er noch Hoffnungen auf Carouy? Wir haben gesehen, daß Carouy schon in Brüssel der Verbindung mit der Polizei im höchsten Maße verdächtig war, wir finden ihn dann weiter an verschiedenen Affären beteiligt, so z. B. bei der des jetzt in Melun abgeurteilten Falschmünzers Duc, bei denen er immer das Glück hat, nicht gepackt zu werden. Soll Herr Guichard nicht seine guten Gründe gehabt haben, die Rolle des Mannes, der schon in Brüssel in der ersten Reihe des „individualistischen Anarchismus“ gestanden hat und bald darauf in Charleroi in schwere Verbrechen verwickelt schien, zu verkleinern?

Ende März hat Herr Guichard also gesprochen und Anfang April wird Carouy verhaftet, mit Entfaltung eines Apparates, wie er sich bei der Festnahme eines ganz gefährlichen Missetäters rechtfertigt. Die Verhaftung hat allerdings Herr Jouin vorbereitet und vorgenommen, der Sous-Chef der Sicherheitspolizei, der in einem offenkundigen Gegensatz zu Herrn Guichard operierte und mit ihm einen förmlichen Bruchkrieg in der Informationspresse führte. Von der Verhaftung Carouys sind merkwürdig voneinander abweichende Darstellungen in die Presse gekommen. Welchen Anteil an ihr Herr Guichard hatte, der sich veriprätet auf das Automobil setzte, ist nicht klar geworden. Herr Jouin ist jetzt tot und so hat man wenig Hoffnung, etwa in späteren Polizeimemoiren diese dunklen Vorgänge ganz aufgeklärt zu sehen. Vielleicht wäre er noch am Leben, wenn er auf die Verbindungen des Herrn Guichard größeres Vertrauen gesetzt hätte.

Für die Allgemeinheit aber ist nicht die „Anzeiger“-Rolle des einen oder anderen Individuums von Bedeutung, sondern das Wirken einer Institution, die offiziell die Aufgabe hat, die Betätigung der antisozialen Instinkte im Rahmen des bürgerlichen Staates hintanzuhalten.

## Ein Siegestag der Pariser Polizei.

Ruhmgekrönt ist am Sonntag die Pariser Sicherheitspolizei aus ihrem Kampfe gegen die Automobilbanditen heimgekehrt. Zwei langgesuchte Mitglieder der Verbrechergesellschaft, Bonnot und Dubois, sind mit Hilfe einer etwa 400 Mann starken Polizei- und Militärabteilung und nach Verwendung von Dynamitpatronen in Choisy-le Roi zur

Strecke gebracht worden. Ueber den glorreichen Kampf, der in seinen Einzelheiten stark an die Belagerung der Verbrecher in Goudsditch erinnert, wird folgende Darstellung gegeben:

Sicherheitsdirektor Guichard erhielt Sonnabend abend verschiedene Nachrichten, die vermuten ließen, daß ein in einen Automobilhuppen umgewandeltes Häuschen in Choisy-le Roi den Automobilbanditen als Schlupfwinkel diene. Sonntag morgen begaben sich der Sicherheitsdirektor Guichard mit zahlreichen Schutzeinheiten nach Choisy-le Roi. Er ließ das Häuschen umstellen und öffnete das Tor des Automobilhuppens. Dubois war gerade im Begriff, ein Motorrad zu besteigen. Ein Polizist feuerte, ohne zu treffen, seinen Revolver gegen Dubois ab, der mit mehreren Schüssen erwiderte und den Polizisten feindlichen Arten am Arme leicht verwundete. Guichard befahl seinen Leuten, das Feuer einzustellen, und rief Dubois zu: „Hände hoch! Sehen Sie hinaus, es wird Ihnen nichts geschehen.“ Dubois hielt seinen Revolver vor und zog sich in den Hintergrund des Schuppens zurück, worauf die Polizisten den Schuppen verließen. In demselben Augenblick fielen von dem Balken des ersten Stockwerks mehrere Revolverschüsse und zwei Polizisten stürzten schwer verletzt zu Boden. Sofort verbreitete sich das Gerücht, daß der Schütze Bonnot sei. Guichard ließ um Verstärkungen nach Paris telephonieren. Bevor diese eintrafen, eilten eine Anzahl Ortsbewohner mit Gewehren herbei und richteten gleichzeitig mit den Polizisten, indem sie gleich diesen hinter Bäumen und Straßeneinfassungen Deckung suchten, ein unaufhörliches Feuer gegen das Haus. Auch die Banditen schossen unausgeseht Revolver ab. Polizeipräsident Lepine und Sicherheitsdirektor Guichard ließen das Haus von inzwischen eingetroffenen Polizisten und Soldaten der republikanischen Garde in weitem Kreise umzingeln und Gewehrsalven abgeben, die sämtliche Fenster Scheiben des Hauses zertrümmerten, aber die beiden Belagerten nicht hinderten, ihr Feuer fortzusetzen. Die Kugeln drangen jedoch nicht weiter als 40 bis 50 Meter.

Die Polizeibeamten beschloßen nunmehr, das Haus in die Luft zu sprengen. Ein Offizier der berittenen Polizei, Fontan mit Namen, der früher Pionieroffizier gewesen war, erbot sich, die Sprengung auszuführen. Ein kleiner Karren wurde mit Matrasen und Stroh beladen, um Fontan gegen die Kugeln der Verbrecher zu schützen. Fontan nahm zwei Dynamitpatronen sowie eine lange Zündschnur mit und schob unter dem Schutze der Matrasen den Karren langsam dem Hause zu. Die Verbrecher eröffneten jedoch ein Schnellfeuer gegen den tobdringenden Karren und zwangen Fontan, der bereits bis auf 10 Meter an das Haus herangelangt war, zur Rückkehr. Nunmehr ließ Fontan einen großen zweirädrigen Wagen mit Matrasen und Stroh ausstopfen. Dann ließ er ein Pferd bereschert einspannen und trieb dieses Gespann bis an das Haus heran. Unter den hohen Rädern des Karrens gelang es ihm, bis an die Hausmauer heranzukommen und seine Dynamitpatronen anzulegen. Dann zog er sich schnell zurück und brachte die Mine zur Explosion. Den Verbrechern war es jedoch gelungen, durch Sand, den sie auf das Dynamit schütteten, der Explosion die Wirkung zu nehmen. Erst ein dritter Sprengungsversuch hatte Erfolg und ein Teil des Hauses stürzte zusammen. Durch den Wogen gedeckt, rückte ein Duzend Polizisten gegen das Haus vor und drang mit vorgehaltenen Revolvern, die Matrasen als Deckung benutzend, in den Schuppen. Dort stießen sie auf die erkaltete Leiche Dubois, die keinerlei Verwundung aufwies. Man nimmt an, daß er sich vergiftet hat. Im ersten Stockwerk fanden die Polizisten Bonnot mit verwundetem Arm auf dem Boden liegend; sie feuerten eine Salve auf ihn ab. Bonnot stieß einen Fluch aus, er wurde an den Armen und Beinen von den Polizisten erfaßt und über die Treppe geschleppt. Er atmete zwar noch, lag aber sichtlich in den letzten Zügen. Sein Körper trug 12 Schußwunden. Die um das Haus angesammelte tausendköpfige Menge stürzte vor, um Bonnot zu lynchen, aber es gelang den Polizisten,

## „Die im Schatten leben.“

Drama von Emil Rosenow.

Als Vorfeier zum Maifest veranstaltete der Arbeiterbildungsausschuh zu Frankfurt a. M. letzten Sonntag um die Mittagsstunde im Schumanntheater die Aufführung des nachgelassenen sozialen Dramas unseres so früh verstorbenen Genossen Emil Rosenow: „Die im Schatten leben“. Die Berliner „Freie Volksbühne“, die ihre nächste Spielzeit mit diesem Werk eröffnen will und sich die Uraufführung bereits gesichert hatte, war auf eine an sie gerichtete Bitte der Genossen von ihrem Rechte zugunsten der Frankfurter Aufführung zurückgetreten. Ungefähr 4000 organisierte Arbeiter füllten in festlicher Stimmung das riesige Haus. Genosse Dr. Pönnigen-Alberty, der auch die Inszenierung leitete, begrüßte das kunstfreundliche Publikum in einer kurzen Ansprache, in der er den Zusammenhang dieser Vorfeier mit dem Festtage der Arbeit würdigte.

Das neue Drama führt uns auf Weisensals rote Erde, in eine ferner Arbeiterkolonie, wie sie zu Dutzenden die Wohlfahrts-Einrichtungen des Unternehmertums im Ruhrrevier geschaffen haben. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Familie Lückel, Mutter, Sohn und drei Töchter, die den Ernährer vor Jahren bei einem Bergungslid verloren haben. Dafür ist ihnen gestattet worden, in der ärmlchen Hütte wohnen zu bleiben. Die Kinder arbeiten alle für das Werk. Trotzdem ist grimmiges Elend ständiger Gast bei Mutter Lückel und barte Schicksalsschläge fallen auf sie nieder. Eine furchtbare Grubenkatastrophe, hervorgerufen durch die Gewissenlosigkeit und die Gewinn gier der Bergwerksleitung, raubt ihr den Mann ihrer erst vor wenigen Tagen verheirateten Tochter und macht den einzigen Sohn, der einmal die Stütze ihres Daseins sein sollte, zum Krüppel. Die jüngste Tochter, ein lebensdürftiges, etwas loses Ding, wirft sich dem leichtfertigen Sohne des Geheimrats Langenscheidt, der mit den raffiniertesten Mitteln sie zu belären weiß, an den Hals. Sie wird von der Polizei der entsetzten Mutter zurückgebracht. Liesa, die einzige in diesem Milieu, die allem Elend Trotz bietet, ein tapferer, starker Charakter — ein Symbol der Kräfte, die einmal zur Befreiung auch dieser Proletariermassen aus aller Anechttschast führen werden, verläßt das elterliche Haus, um sich draußen eine freie, eigene Existenz zu schaffen. Sie wird kämpfen, sie wird ihrer Schwester Los nicht teilen. In ihrer Liebe zu Diakonius Körting hat sie die große Enttäuschung ihres Lebens erfahren. Körting ist einer jener geistigen Proletarier, die zwischen den Klassen hin und her schwanken, ein Knäus der Akademiker, die sich eine Heilung der Arbeiterbewegung ansehlichen, solange sie selbst im Schatten leben. Sowie ihnen aber einmal ein Blick an der Sonne wint — in diesem Falle eine Scharre in Arnberg —, schämen sie sich ihrer radikalen Vergangenheit und kriechen reumütig unter die Fittiche der Machthaber. So war es auch dem Werkdirektor Mannes gegangen, der aus kleinen Verhältnissen heraus zu leitender Stellung hinauf protegiert worden ist. Er ist der vollkommen gelungene Typus des proghasthen

Grubenherren, dem die ganzen Wohlfahrts-Einrichtungen nur die Hülle nacktesten Eigennutzes bedeuten.

Die Gestalten Rosenows sind von wunderbarer Plastik. Ein jedes der Kinder Mutter Lückels bietet eine Welt für sich. Sie sind mit der vollen Liebe des Künstlers gesehen in ihrer Bedingtheit, die sich aus dem Milieu, aus den speziellen Anlagen, aus der veralteten Erziehung ihrer Mutter ergibt, und mit voller Objektivität gezeichnet. Mutter Lückel, die eigentliche Hauptfigur, ist eine jener rühmlichen Frauen, die dies Leben der Not und Anechttschast geistig gebrochen hat. Sie ist von kriechender Demut nach oben, ihr geistiges Leben erschöpft sich in religiösem Kinder glauben. Der Eigenart ihrer Kinder, die sie unterschiedslos mit dem Anüppel „erzieht“, steht sie mit vollem Unverständnis gegenüber.

Ebenso bewundernswert wie die Plastik der Hauptpersonen, um die sich eine Reihe höchst origineller episodischer Gestalten gruppieren, ist auch Rosenows reize Reichtum in der Szenenführung. Besonders der zweite Akt mit seiner grandiosen Steigerung vom ersten Akt über die Katastrophe bis zum Läuten des Totenglockens für die Verunglückten ist von unheimlicher Gewalt. Das Publikum stand denn auch sichtlich unter dem Banne einer starken seelischen Erschütterung. Poetisch sein empfunden ist der Schluß des zweiten Aktes: der alte Werkkoloniale Schmiermann sucht im Getändel mit den Kindern seine furchtbare Angst zu betäuben. Die lauteste Wirkung löste der dritte Akt aus, der in verwegentlichem Ausbruch der Mutter über die Flucht des Kindes aus dem elterlichen Hause seinen Höhepunkt findet.

Die Aufführung hielt sich im ganzen auf einem erfreulich hohen Niveau. Die Darsteller, ausnahmslos den ersten Frankfurter Bühnen entnommen, durchnah vor scharf umrissene Aufgaben gestellt, waren tief in das Werk eingedrungen.

Die Aufnahme war eine mehr als begeisterte. Der Beifall war einmütig und stark.

## Theater.

**Kleines Theater. „Der Nachtwächter“.** Lustspiel von E. Guiray. Ein grau und wadlig gewordener Junggeselle, Inhaber des Ordens der Ehrenlegion, berühmtes Mitglied der Akademie und mit Dufaten reich begabter, gibt in der Guiray'schen Komödie Anweisungen, wie alte Herren seines Standes in dem Verkehr mit Maitressen sich philosophisch zu verhalten haben. Ausgehend von dem Satz, daß die gefälligen Damen, die sie mit ihrer Liebe und ihrem Gelde beglücken, sie jedenfalls mit jüngeren Rivalen betrügen werden, kommt er zum Schlusse, daß seinesgleichen sich begnügen solle, die Auswahl möglichst günstig zu beeinflussen. Ein solider, gesunder junger Mensch als Teilhaber bietet Sicherheit gegen die viel unliebsamere Konkurrenz verlotterter Komös, sei daher als Nachtwächter zur Verhütung größerer Unheils vortrefflich zu gebrauchen. Dabei soll dieser Zyniker zugleich auch eine Art Gemütsmensch sein. Seiner Verliebtheit ist der Gedanke, dem Mädchen lästig zu fallen, unerblicklich als der, daß sie ihn hintergeht; und in seine kalkulierenden Ermüdungen spielt eine zärtliche Besorgtheit um ihr Wohl hinein. In des der Ehrgeiz psychologisch nuancierender Vertiefung

reicht nicht weit. Im Grunde läuft das Ganze auch eben nur auf ein Ragout gepfeffelter Tribolitäten in der gewohnten Pariser Schwanzmanier hinaus.

Herr Adalbert spielte den Malerdmann, dessen schnippsich unbedammerte Selbstsicherheit und frische Energie auf Madame nach einer bei Champagner verjubilten Nacht so starken Eindruck macht, mit großer Drolerie. Verblüffend war auch diesmal wieder Zila Gräning in der sonst ganz undankbaren, ja peinlichen Rolle einer gealterten Jose, die den Lieblich ihrer Herrin mit glühenden Versicherungen ihrer Leidenschaft verfolgt. Das frisch verdamigte Mag- und Moritzgefühl mit dem schwingvoll verlängerten Munde, das sie sich zuglegt, wirkte noch bei den plattesten Jodolien unwiderstehlich komisch. Abel stoch in die Darstellung des alten Herrn manch feine Züge, doch ohne die mangelnde Plastik dieser auf lauter Raffinement- und Zebeneffekte eingestellten Figur aus eigenem ergängen zu lassen. Mathilde Brand gab dem verwöhnten und verlogenen Halbweidbämchen lebenswürdigen Charme.

## Humor und Satire.

### Der Heilersteherkralchler.

Wie ...? Was ...? Na, dieser Sozialiste —!  
Wie konnte er sich so vergessen!  
Man liebt doch seine Futterliste,  
Zumal, wenn man sich vollgefressen.

„Rein Preußen!“ seufzt es aus den Wänten,  
„Rein Preußen!“ ... Schnupfen ... Tränenregen ...  
Wir lassen, Heimat, dich nicht kränken,  
Weiß Gott: wir wissen dich zu schätzen!

Wo gibt es solche Untertanen,  
so tren, so brav, so voll der guten  
Bestimmung? — wo die Veteranen,  
die sich für uns vergißt verbluten? —

Wo gibt es solche Liberalen,  
die immer schreien und niemals helfen? —  
Wo solche Bürger, die nur zählen?  
Sie können uns ja sonst ... getrogen bleiben!“

Warum so laut wie auf der Bühne? —  
Sieht man ihn nur das Maul aufkreuzen,  
so murmelt es auf der Tribüne:  
„Der Jedlig, ja — der ist aus Preußen!“ —

Kurt.

## Notizen.

Der Bildhauer Otto Sticking ist Sonntag früh im 48. Lebensjahre in einem Berliner Sanatorium gestorben. Er war zuletzt Professor an der Kunstgewerbeschule zu Charlottenburg. Die Nationalgalerie ist im Besitz eines seiner bekanntesten Werke: „Das nackte Mädchen“.

den Sandstein im Automobil nach dem Hospital zu schaffen, wo er eine halbe Stunde später starb.

Damit den glorreichen Streitern, die bis zum letzten Augenblick so heldenhaft gegen einen Toten und einen Verwundeten gekämpft haben, den verdienten Lohn nicht vorzuenthalten bleibe, soll fünf Polizeibeamten das Kreuz der Ehrenlegion verliehen werden.

## Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus.

Von R. Kautsky.

III.

Daß der Krieg ein furchtbares Unglück für die gesamte Arbeiterklasse wäre, daß sie ihm mit aller Macht entgegenwirken muß, wird von den Vertretern des Masseninstinkts ebenso anerkannt und vielleicht noch schärfer betont als von den anderen Parteigenossen. Aber ängstlich weichen sie jedem Mittel, ihn zu vermeiden, aus, das sie dabei an die Seite der bürgerlichen Elemente bringen könnte, und so beschränken sie sich auf eines, das verzweifeltste und unsicherste, den Massenstreik im Falle des Kriegsausbruchs, und wollen nicht einmal von der Agitation für eine Maßregel hören, deren Durchführung die Wahrscheinlichkeit eines Krieges weit hinausschieben würde.

Wie sich aber gegenüber dem Wettrüsten verhalten? Das läßt sich durch Massenstreiks nicht verhindern. Eine Agitation dagegen muß aber doch einen positiven Inhalt seine greifbare Forderung enthalten. Hier soll die Forderung der Miliz helfen; von der nimmt man an, sie beruhe die hocherkennende Eigenschaft, daß eine bürgerliche Partei sie unterstütze. Das stimmt bisher, dafür hat die Miliz, wie schon erwähnt, die unerfreuliche Eigenschaft, daß sie gegen das Wettrüsten keinen Damm bildet.

Indessen haben wir bereits gesehen, daß unsere Freunde, die dem Worte von der reaktionären Masse huldigen, auch einen wissenschaftlichen Grund haben, der Abrüstung zu widerstreben. Sie behaupten, wir setzen uns damit in Gegensatz zur ökonomischen Entwicklung. Denn diese erzeuge den Drang des Kapitals nach steter Ausdehnung, aus ihm gehe der Imperialismus und aus diesem das Wettrüsten hervor. Dieses sei also eine Naturnotwendigkeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ebenjotig wie die Einschränkung der Rüstungen könne man vom Reichskanzler die Abschaffung des Lohnsystems fordern.

Die Absurdität des Vergleichs liegt klar zutage, als daß es nötig wäre, sie eingehend darzulegen. Die Rüstungen beruhen auf Beschlüssen des Reichstages und des Bundesrats, das Lohnsystem nicht.

Daß aber das Wettrüsten seine Wurzel im Imperialismus und dieser die seinigen in den ökonomischen Verhältnissen des Kapitalismus hat, ist heute ein Gemeinplatz geworden. Als ich 1898 in meinen Artikeln über „Ältere und neuere Kolonialpolitik“, „Demokratische und reaktionäre Abrüstung“ (geschrieben anlässlich des Farenmanifestes über die Abrüstung, dem ich die sozialdemokratische Auffassung der Abrüstung entgegenstellte) und dann 1900 in der Artikelserie über „Schippel, Brentano und die Flottenvorlage“ diese Zusammenhänge auseinandersetzte, lagen sie noch nicht so klar zutage wie jetzt. Wenn heute unsere Freunde vom Masseninstinkt diese Gedankengänge bis zum Ueberdruß breittreten, und uns einreden wollten, die Forderung der Abrüstung könne nur von Reuten vertreten werden, die über das Wesen des Imperialismus noch nicht genügend klar geworden sind, so kann ich darauf nur mit einem Wächeln antworten.

Nein, unsere Meinungsverschiedenheiten in diesem Punkte rühren daher, daß jene Freunde das Wesen der ökonomischen Notwendigkeit ganz anders auffassen als sonst die Marxisten.

Faktoren, die ein Lebensmoment des kapitalistischen Produktionsprozesses sind, ohne die er nicht zu existieren vermag, können selbstverständlich nur mit ihm selbst beseitigt werden. Aber es ist ein großes Mißverständnis, jede Erscheinung, die ein Ergebnis des kapitalistischen Produktionsprozesses ist, als sein Lebensmoment zu betrachten, ohne das er nicht zu existieren vermag.

Die Gewinnung des Mehrwertes ist ein Lebensmoment der kapitalistischen Produktionsweise. Es erzeugt das Streben nach Verlängerung des Arbeitstages. Dies aber ist keineswegs ein Lebensmoment des Kapitalismus. Er kann auch, und noch besser bei verkürzter Arbeitszeit, gedeihen. Das Streben nach Vermehrung des Mehrwertes wird durch deren Beschränkung bloß in andere Bahnen gelenkt. Je kürzer die Arbeitszeit, desto stärker zum Beispiel das Bestreben, menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen.

So ist auch die stete Ausdehnung des Marktes eine Lebensnotwendigkeit für den Kapitalismus. Auf einer gewissen Höhe seiner Entwicklung erscheint als die bequemste Methode, das zu erreichen, die Erwerbung von Kolonien oder Einflußsphären, was zum Wettrüsten führt. Wird aber diese Methode unterbunden, so bedeutet das nicht den Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern nur die Notwendigkeit, andere Methoden seiner Expansion in Anwendung zu bringen.

Das Wettrüsten beruht auf ökonomischen Ursachen, aber nicht auf einer ökonomischen Notwendigkeit. Seine Einstellung ist nicht im geringsten eine ökonomische Unmöglichkeit.

Damit ist freilich noch nichts gesagt über die Wahrscheinlichkeit der Durchführung des Abrüstens. Machtvolle Klaffen sind am Wettrüsten interessiert. Ob es gelingt, ihre Widerstände zu überwinden, ist eine Frage der politischen Macht, eine Frage, die sich nicht vorherein entscheiden läßt, die nur der Erfolg des Kampfes gegen das Wettrüsten beantworten kann. Die erste Vorbedingung des Erfolges ist aber eine energische Agitation für unsere Forderung. Man spielt das Spiel unserer Gegner, wenn man eine solche Agitation im Reine zu ersticken sucht und uns die Waffen aus der Hand schlägt mit der Motivierung, unsere Forderung sei von vornherein sinnlos, und die Gegner der Abrüstung vertreten uns gegenüber die höhere ökonomische Einsicht.

Selbst wenn die Agitation keinen direkten praktischen Erfolg verbiete, müßten wir sie betreiben. Verfechten wir unsere Forderungen nur dann, wenn sie Aussicht haben, die Mehrheit im Parlament zu finden? Wäre das der Fall, dann müßten wir auch auf jede Agitation für die Miliz verzichten, denn deren Aussichten auf baldige praktische Ergebnisse in unserem Sinne sind noch geringere als die einer Agitation für eine Verständigung mit England zur Herbeiführung der Abrüstung.

Vor wenigen Jahren noch konnte diese Idee utopistisch erscheinen. Heute ist sie es nicht mehr. Das wird vielleicht am leichtesten verständlich gemacht durch einen Vergleich.

Die kapitalistische Produktionsweise beruht auf der freien Konkurrenz, auf dem ungehemmten Kampfe aller gegen alle.

Jeder Betrieb sieht in allen anderen Betrieben der gleichen Branche seine Feinde; das Ideal für einen jeden geht dahin, die Konkurrenten niederzuwerfen, sie aus dem Weg zu räumen, um schließlich allein den Markt zu beherrschen. Die Konkurrenz erzeugt das Streben nach dem Monopol. Dies „Endziel“ des Kapitalisten ist lange eine sinnlose Utopie, schließlich aber bringt der Konzentrationsprozeß des Kapitals in manchen Zweigen der Industrie und des Handels einen Zustand herbei, in dem sich nur noch wenige große Konkurrenten gegenüberstehen. Je weniger ihrer sind, desto verderblicher wird der Konkurrenzkampf für den Unterliegenden. Jeder strebt nach der Ausschließung der anderen, nach dem Monopol, aber keiner kann es erreichen, sie reiben sich alle auf. In diesem Stadium des Kampfes sind die Konkurrenten reif für eine Verständigung untereinander. Die anscheinend naturnotwendige Konkurrenz wird ausgeschaltet, das Kartell, der Trust entsteht, und unter ihm gedeihen die Teilnehmer weit besser als unter dem Wettrüsten der freien Konkurrenz.

Was seit zwei Jahrzehnten in steigendem Maße für das Verhältnis der Betriebe untereinander gilt, beginnt jetzt für das Verhältnis der kapitalistischen Staaten untereinander wahr zu werden. Sie alle streben nach Expansion, sie alle generieren dabei immer mehr den anderen, stören und hemmen sich gegenseitig, vermehren daher ihre Streitkräfte und steigern die Kosten des Expansionsgeschäftes in einer Weise, daß alle Profite darob flöten gehen. Nichtsdestoweniger wird diese Methode fortgesetzt, solange einzelne glauben können, durch ihre Rüstungen ein Stadium zu erreichen, in dem sie die Konkurrenz niederwerfen und den Weltmarkt monopolisieren. Je mehr diese Aussicht schwindet, je klarer es zutage tritt, daß die Fortsetzung des Konkurrenzkampfes alle Beteiligten ruiniert, desto näher rückt das Stadium, in dem der Konkurrenzkampf der Staaten durch ihr Kartellverhältnis ausgeschaltet wird. Das bedeutet nichts weniger als den Verzicht auf die Expansion des heimischen Kapitals, sondern nur den Uebergang zu einer wohlfeileren und ungefährlicheren Methode.

In Amerika kam es nicht selten vor, daß zwei konkurrierende Eisenbahnen einander gegenseitig zu ruinieren suchten, indem sie in wütendem Tarifkrieg einander unterboten. Gelang es aber nicht, dabei eine der Eisenbahnen rücksichtlich bankrott zu machen, dann einigten sie sich schließlich regelmäßig und erhöhten in trautem Verein die Tarife um Vielfache, wobei sie viel besser ihre Rechnung fanden als im Wettrennen der freien Konkurrenz.

So würden auch die Kapitalisten Deutschlands und Englands nicht das mindeste verlieren, wenn beide Staaten untereinander sich über ihre auswärtige Politik verständigten und daraufhin ihre Rüstungen einschränkten. Beide Staaten vereinigen würden alle anderen Staaten mindestens Europas dahin bringen können, sich ihren Abkommen und der Abrüstung anzuschließen, und weit energischer und ungehemmter als bisher könnten dann ihre Kapitalisten sich das gesamte Gebiet wenigstens der östlichen Halbkugel erschließen.

So wenig der Trust den Sozialismus oder auch nur die Regelung der Produktion bedeutet, würde dies Abkommen einen Sieg der Internationalität oder des ewigen Friedens bedeuten. So wenig der Unternehmerverband die Konkurrenz für immer ausschalten kann, ist eine Vereinbarung zwischen den kapitalistischen Regierungen möglich, die alle Konfliktsstoffe für alle Zeiten zwischen ihnen aus dem Wege räumt. Es ist daher auch keine Abmachung zwischen ihnen möglich, die eine völlige Entsaftung herbeiführt. Aber es wäre bereits unendlich viel gewonnen, wenn es gelänge, aus dem jetzigen Stadium herauszukommen, das den Weltkrieg, und zwar in nächster Zeit, unvermeidlich macht, und wenn man an dessen Stelle einen Zustand setzte, der den Krieg wohl nicht mit Sicherheit für immer ausschließt, aber ihn doch mindestens zurückzieht. Dies könnte sogar bedeuten, daß damit dem Kriege europäischer Großstaaten untereinander für immer ein Ende gemacht wird, denn mit jedem Jahre steigt die Macht des europäischen Proletariats, die gegen einen solchen Krieg in die Waagschale fällt.

Und andererseits, wenn es auch nicht zu völliger Entsaftung käme, so wäre es doch schon ein erheblicher Gewinn, wenn man dahin käme, wenigstens zunächst einmal jeder Ausdehnung der bisherigen Rüstungen einen Riegel vorzuschieben.

Aber selbst wenn alles das nicht erreicht würde, wenn unsere Agitation für die Abrüstung in den bürgerlichen Kreisen gar keinen Widerhall fände und es ihr nicht gelänge, der ungeheuren Schwierigkeiten Herr zu werden, die der Durchführung des Gedankens entgegenstehen, selbst dann wäre sie von ungeheurem Nutzen, allerdings nicht für die bürgerliche Gesellschaft, die dann unrettbar dem Weltkrieg entgegengedrungen würde, wohl aber für unsere Partei, deren propagandistische Kraft in allen durch das Wettrüsten und seine Konsequenzen bedrängten und bedrohten Kreisen wenigstens des arbeitenden Volkes gewaltig gesteigert werden müßte. Und diese Erwägung sollte uns wohl genügen.

Gerade jetzt haben wir alle Ursache, dafür zu sorgen, daß die Liberalen gezwungen werden, zur Frage der Verständigung mit England Stellung zu nehmen. Wir haben aber noch mehr Grund, die Verantwortung aller bürgerlichen Parteien, die jener Verständigung widerstreben, für die wachsenden Steuerlasten und den ohne solche Verständigung unvermeidlich drohenden Weltbrand vor dem Volke festzustellen. Wir haben nicht den mindesten Grund, ihnen diese Verantwortung dadurch abzunehmen, daß wir durch eine schiefse Deutung unserer Gesichtsauffassung das Wettrüsten und den drohenden Krieg als etwas Unvermeidliches hinstellen, an dem die herrschenden Parteien ebenso unschuldig seien wie an der bürgerlichen Gesellschaft selbst.

Wohl haben wir allen Grund, den Kampf gegen die neueste Wehrvorlage im Parlament durch eine Massenaktion außerhalb des Parlamentes zu unterstützen, diese wird aber nur dann die Massen wirklich ergreifen, wenn sie jene Frage in den Vordergrund stellt, die durch die historische Situation aufgeworfen wird, und das ist heute nicht die Frage der Miliz, sondern die einer internationalen Vereinbarung vor allem mit England zur Einschränkung der Rüstungen.

Wird die Feier des 1. Mai zu einer Massendemonstration in diesem Sinne, dann wird sie die Sache des Proletariats und des Weltfriedens aufs mächtigste fördern.

[Neue Zeit, Nr. 80.]\*

\* Anmerkung der Redaktion des „Vorwärts“: Wie sich unsere Leser erinnern werden, haben wir die Bedenken, die von unseren Parteiorganen in Leipzig und Bremen gegen die Forderung der Abrüstung erhoben worden sind, bereits im Vorjahre in mehreren Artikeln behandelt. Es ist zu erwarten, daß die Ausführungen Kautskys in den Spalten der „Neuen Zeit“ zu einer Diskussion führen werden, auf die wir unsere Leser schon jetzt hinweisen. In diesem Fall werden wir wohl Gelegenheit haben, auf die Gründe der Gegner der Abrüstungsforderung zurückzukommen.

## Aus der Partei.

Genehmigter Maizug.

Wie in den letzten Jahren erteilte die Chemnitzer Polizeibehörde auch für dieses Jahr die vom Maifestkomitee nachgesuchte Genehmigung für den Maifestzug. Die politischen Vereine und Gewerkschaften werden sich am Vormittag des 1. Mai auf einem städtischen Platz sammeln, dann wird der Festzug gebildet, um mit Musik nach den Versammlungsorten zu marschieren.

Verbot des Maifestzuges in Königsberg.

Die diesjährige Maifeier, die für Königsberg geplant war, wurde sowohl vom Polizeipräsidenten von Königsberg, wie auch vom Regierungspräsidenten nicht genehmigt, obwohl in den Vorjahren die Umzüge, welche die Gewerkschaften von Königsberg veranstalteten, müßtergültig verliefen. Trotzdem begründete der Polizeipräsident seine Ablehnung unter anderem damit, daß ein „als Maifeier veranstalteter Umzug an sich schon eine Provokation gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft sei“. Eine solche Provokation begründe unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse um so mehr die Befolgung im Sinne des § 7 des Reichsvereinsgesetzes, als „die von der Leitung der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Presse in Königsberg unangesehrt betriebene Aufreizung weiter Volksschichten in unverminderter Schärfe fortbauere.“ Es sei daher nicht ausgeschlossen, daß die durch diese Agitation hervorgerufene Spannung bei einer „in die breite Öffentlichkeit tretenden, gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Demonstration zu Ausschreitungen führen würde.“ Weiter bemerkt der Polizeipräsident, daß die in den Jahren 1910 und 1911 stattgefundenen Umzüge der freien Gewerkschaften zwar ohne Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verlaufen seien, dies aber für die Beurteilung des vorliegenden Antrages unerheblich sei, da bei diesen Umzügen politische Gesichtspunkte im Gegensatz zu dem jetzt geplanten Umzuge nicht in Frage kämen. — Auch der Regierungspräsident ist derselben Auffassung wie der Polizeipräsident. Er wies eine Beschwerde gegen den Bescheid des Polizeipräsidenten ab.

Eine völlig haltlose Annahme soll also der gesetzliche Grund zur Verweigerung des Maifestzuges sein! Sowohl das Vereinsgesetz wie auch das Oberverwaltungsgericht verlangen aber doch ausdrücklich, daß die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit aus bestimmten konkreten Tatsachen gefolgert werden muß.

Das Mai-Manifest des italienischen Parteivorstandes

Rom, den 25. April. (Fig. Ver.) Der italienische Parteivorstand hat zum 1. Mai den folgenden Aufruf erlassen, der in üblicher Weise durch Flugblätter und Maueranschlag in ganz Italien verbreitet werden wird:

Arbeiter Italiens!

Der 1. Mai, der die Einheit der Arbeiter der ganzen Welt im Kampfe gegen die kapitalistische Knechtschaft versinnbildlicht und daher Symbol und Bezeichnung des Friedens ist, findet Euch in diesem Jahre unter der Bannflagge des Eroberungskrieges, gegen den sich die sozialistische Ueberzeugung auflehnt, während die Bourgeoisie in all ihren Gruppen ihm zugehört, im Dienste gemeiner Finanzinteressen, durch die die Nation betrogen wird.

In keinem anderen Jahre hat der 1. Mai in Italien eine so scharfe und klare Scheidung der beiden Klassen, aus deren Widerstreit sich die Geschichte webt, der Bourgeoisie und des Proletariats, vorgefunden. Der gewalttätige und heutzutage Imperialismus, in dem die bürgerliche Politik gipfelt, hat jedes Band der Zusammenarbeit der Klassen geschnitten, indem er die Mittel zu baldigen und radikalen Reformen, die den dringendsten Bedürfnissen des Proletariats genügen würden, aufgezehrt hat. Hand in Hand mit dem Kriege macht sich die Reaktion breit durch Unbuddsamkeit der öffentlichen Meinung, durch politische Prozesse und Verurteilungen, durch dreiste Polizeianschläge auf die Volksschicht. Die demokratischen Parteien, die mit den für den Krieg Verantwortlichen unter einer Decke stehen, wegen der Reaktion nicht die Seiten zu bieten, sondern leugnen sie einfach ab oder verbünden sich mit Merkmalen und Konterbattionen gegen die sozialistische Partei.

Arbeiter! In solcher Stunde kann der Ruf des Vorstandes der sozialistischen Partei nur ein Kampfruf sein: schließt die Reihen, Proletariat! Vertritt die Propaganda, hebt Eure Organisation! Müßt Euch, Eure Familien und Eure Klasse vor den Rückschlägen des Krieges zu verteidigen; sammelt neue Kräfte, um den Reformen wieder die Bahn freizumachen bis zur völligen Befreiung!

Dem Parlament liegt ein Entwurf zur Wahlrechtsveränderung vor, den die neuen Verhältnisse erzwingen haben, die sich aus dem erwachten Klassenbewußtsein und der Organisation der Arbeiter ergeben. Vergebens hat die Reaktion versucht, dem Proletariat seine Eroberung vorzuenthalten. Um ihr aber wirklichen Wert zu verleihen, muß sich das arbeitende Volk um seine sozialistischen Vertreter im Parlament scharf, damit diese das Gesetz ausbauen und vervollkommen. Wir wollen ein wirklich allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen, die der Kapitalismus beide an seinen Karren bindet und dem gleichen Geßel der Ausbeutung unterwirft. Wir wollen Wahlproporz und Listenwahl, um eine gerechte Verteilung der Mandate und eine Entlohnung der Korruption zu erzielen.

Wir fordern weiter eine Abgabenerform, die durch Progressivsteuer die Lasten des Staates, und vor allem die des verruchten Krieges auf die Schultern der Reichen lege.

Wir fordern, daß man dem unerlässlichen Moloch des Militarismus und Marinismus weitere Opfer vorzuenthalten und für die Befreiung der Arbeiter in Krankheit, Alter und Invalidität Sorge trage.

Arbeiter! Nur durch Eure Kraft kann dies alles verwirklicht werden. Bei Euch steht es, zu erzwingen, daß das erweiterte Wahlrecht nicht ein neues Mittel zur Gebietsverteilung werde, sondern ein wirksames Werkzeug zur Eroberung der politischen Macht. In Euch allein liegt Eure Rettung.

Im völligen Einklang mit dem internationalen Sozialismus fordert Euch die sozialistische Partei Italiens auf, den 1. Mai durch völlige Arbeiterruhe zu feiern. Unser friedliches, seiner Massenaufgabe bewußtes Heer verkünde am 1. Mai das leuchtende Ideal sozialer Befreiung, die den Frieden will und die ihn durch den Zusammenschluß der Arbeiter der ganzen Welt vorbereitet.

Arbeiter! Das Fest der Arbeit soll Euch die ganze Größe der Aufgabe vor Augen führen, die Euch harret: die Zerstörung einer Gesellschaftsordnung, die von Krieg und Ausbeutung gerissen ist und die die Erzeuger des Reichtums zum Elende, zur Unwissenheit und zu vorzeitigem Tode verurteilt! Und der Neuaufbau auf der Grundlage des Kollektivbesitzes der Produktionsmittel einer neuen Gesellschaft, in der Gerechtigkeit und Gleichheit, Brüderlichkeit und Frieden den Sieg davongetragen haben werden! In der Vision dieser Zukunft schart Euch zusammen, teilt sie Euren Frauen und Kindern mit, den Gefährten Eurer Mühsal, die noch im Dämmer der Unwissenheit leben; werbt neue Kämpfer unserer Reihen! Es lebe der 1. Mai! Es lebe der Sozialismus!

Der Vorstand der sozialistischen Partei Italiens.

Dolmetsches, Gerichtliches usw.

Ein korrigiertes Schöffengerichtsurteil.

Das Schöffengericht Bochum hatte den Genossen Bierenkämper wegen Verletzung eines Polizeibeamten zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Amtsanwalt wollte das Verbrechen sogar mit einem Monat Gefängnis gesühnt haben. Die Strafkammer Bochum erkannte in der Berufungsinanz auf 200 R. Geldstrafe.

## Soziales.

Agriarier und die Unfallversicherungsvorschriften.

Mit den Unfallversicherungsvorschriften steht es auf dem flachen Lande, namentlich in den landwirtschaftlichen Betrieben, herzlich

Schlecht, weil da die Unternehmer der Kontrolle durch organisierte Arbeiter entzogen sind. Gelegentlich bringt die amtliche Kontrolle der landwirtschaftlichen Betriebe etwas Licht über die skandalöse Art, wie die Agrarier auf die Gesetze zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter pfaffen. Im Kreise Striegau, der Domäne derer v. Nidthofen, fand kürzlich eine solche amtliche Kontrolle statt. In 19 Tagen wurden 378 Haupt- und 9 Nebenbetriebe kontrolliert und dabei wurden nicht weniger als 382 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt. Das sind 99 Prozent aller Betriebe. Ohne Mängel fand der Beamte nur 3 Haupt- und 2 Nebenbetriebe.

Ein größeres Dokument der Schande für die agrarischen Gesetzesverächter, die bei jeder Gelegenheit nach neuen Gesetzen zur Anhebung der Arbeiterschaft schreien, gibt es nicht. Was kümmert sie ein Arbeiterleben oder ein verflümelter Arbeiter. Wenn dieser nicht mehr frohden kann, wie es der Geldbeutel der Agrarier verlangt, dann tritt ein Ausländer an seine Stelle, der willenlos jede von ihm geforderte Arbeit verrichten muß.

#### Ein neuer Produktionszweig der Großhandelskaufmannschaft deutscher Konsumvereine.

Von der Großhandelskaufmannschaft (G. H. K.) ist ein neuer Produktionszweig aufgenommen: die Kautabafabrikation. Der am 27. April d. J. stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung der Nordhäuser Kautabafabrikantenvereine lag ein Antrag der Gesamtdirektion vor, der Liquidation der Gesellschaft und Uebergabe mit allen Aktiven und Passiven an die Großhandelskaufmannschaft deutscher Konsumvereine zum 1. Januar 1913 verlangte. In der Begründung wurde vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Vieh-Hamburg ausgeführt, die Tätigkeit der Leitung der Gesellschaft sei seit langem darauf gerichtet, den Betrieb so zu gestalten, daß er sich als Glied der Genossenschaftsbewegung würdig zeige und daß, wenn einmal die Uebernahme an die G. H. K. erfolge, diese auch ehrenvoll sei. Diese Zeit sei jetzt gekommen. Der innere Betrieb sei mit allen technischen Vollkommenheiten ausgestattet, mache einen sehr günstigen Eindruck und die Reserven seien auf 80 000 M. angewachsen.

Die Genossenschaft soll sich als Tabakabteilung der G. H. K. angliedern. Die an die G. H. K. gestellten Bedingungen auf Auszahlung der angesammelten Anteile und Uebernahme sämtlicher Angestellten und Arbeiter werden erfüllt. Die Gesellschaft hat die Absicht, eine leistungsfähige Kautabafabrikation ebenfalls nach Nordhausen zu verlegen, um somit sämtliche Zweige der Tabakindustrie der Gesellschaft an einem Punkt zu konzentrieren. Die Errichtung einer Zigarettenfabrik sei eine Frage der Zeit. In der Produktion der Genossenschaft sind schon jetzt die Konsumvereine mit 80 Proz. beteiligt. Die Auseinandersetzung mit den Mitgliedern soll bis Ende Mai 1913 erfolgen. Von dem Begründer des Antrages wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß durch diese Angliederung die Konzentration des Kautabafabrikations in den Genossenschaften zunehme, so daß in Kürze von einer genossenschaftlichen Großproduktion des Kautabaks durch die G. H. K. gesprochen werden könne. Die der Versammlung benutzenden 41 Vertreter der Konsumvereine und 17 Einzelmitglieder stimmten dem Antrag zu.

Die Kautabafabrikantenvereine wurden als Folge der großen Kautabafabrikationsstörung, die im Jahre 1901 in Nordhausen von den Unternehmern zur Vernichtung der Organisation vorgenommen, von 58 Tabakarbeitern gegründet. Das Unternehmen hatte in den ersten Jahren unter finanziellen Schwierigkeiten schwer zu leiden. Vor allem waren es die Tabakfabrikanten, die dem jungen Unternehmen beim Bezug von Rohmaterial die größten Schwierigkeiten bereiteten. Alle Halbfabrikate mußten durch Mittelspersonen bezogen werden. Es mußten verschiedene Manipulationen vorgenommen werden, um diese Mittelspersonen vor der feingehaltenen Konventionenstrafe zu schützen. Die Unbilligkeiten wurden mit aller Fähigkeit überwunden; heute steht das Unternehmen glänzend da. — Nach dem diesjährigen Geschäftsbericht wurden 83 677 Kilogramm Gebranntes gefertigt. Das Postkonto belief sich auf 81 576,55 M. Der Verkaufserlös stellt sich auf 399 891,62 M. gegen 305 011,48 M. im Vorjahr. Im dem Umsatz sind die Konsumvereine mit 258 082,02 M. beteiligt. — Die in dem Betriebe herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen sollen vorbildlich und musterhaft für die Gesamtindustrie sein; die Durchschnittseinkommen der dort Beschäftigten sollen nach den Erhebungen der Berufsvereine 43,17 Proz. höher sein als die der Gesamtindustrie. Seit dem effizienten Bestehen des Unternehmens stieg der Umsatz von 160 000 M. auf 320 000 M. Die Beschäftigung der Konsumvereine an dem Gesamtumsatz stieg von 29,4 Prozent im Jahre 1902 auf rund 60 Proz. im letzten Geschäftsjahr. Die Bilanz schließt bei einem Reingewinn von 11 817,15 M., in Aktiven und Passiven mit 217 109,37 M. ab. Der Betrieb ist in einem geräumigen Neubau untergebracht. Gegenwärtig werden etwa 70 Personen beschäftigt.

## Gerichts-Zeitung.

### Duellgesetz.

Eine Duellkassette beschlagnahmte die 3. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Herausforderung zum Zweikampf war der Geschäftsführer Bruno Henke aus Charlottenburg angeklagt, während sich der Kaufmann Kurt Poetschau wegen Kartellstrogens zu verantworten hatte. — Der schon einmal wegen Herausforderung zum Zweikampf verurteilte Henke stand mit der Schwester des später von ihm geforderten Ingenieurs Löblich in Geschäftsverbindung. Ein Brief, in welchem L. seine Schwester vor dem Angeklagten warnte und dabei die Wendung gebrauchte, dieser wolle sie „hochnehmen“, gab dem Angeklagten dazu Veranlassung, dem Jungen Löblich durch den Mitangeklagten eine Forderung auf Säbel ohne Binden und Panzern übermitteln zu lassen. Löblich teilte dem Ueberbringer sofort mit, daß er die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben werde. — Das Gericht erkannte gegen Henke auf 2 Wochen und gegen Poetschau auf 5 Tage Festungshaft.

### Stadtbahnbederzer.

Am Schwurgericht des Landgerichts I begann gestern eine außerordentliche Sitzung unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weber. Die erste zur Verhandlung gekommene Anklage betraf den Gelegenheitsarbeiter August Zeibitz, der eines dreifachen Raubversuchs in einem Eisenbahnabteil beschuldigt wurde. Als am 28. Februar abends ein Vorortzug in die Station Welkenessee einlief, erlitten aus einem Abteil laute Hilferufe. Der die Aufsicht führende Beamte eilte hinzu und wurde von einem blutbesiedelten Mann, dem Metzlarbeiter J., um Hilfe gegen den Angeklagten gebeten, der noch ihm aus dem Abteil stieg und die Bemerkung machte: „Ihnen werde ich das Fleddern anstreichen.“ Bei dem mit den beiden Verurteilten angestellten Verhör behauptete der Angeklagte, daß der Zeuge J. ein onkandiger Mann in mittleren Jahren, der völlig unbescholten ist und dauernd guten Arbeitsdienst hat, versucht habe, ihn im Abteil zu beschleichen und bei dem

nichtglücklichen Versuch von ihm erfaßt und bedrückt worden sei. In Wirklichkeit hat sich, wie bald festgestellt wurde, die Sache gerade umgekehrt abgespielt. J. war, etwas angeheitert und von der Arbeit ermüdet, in ein Abteil gestiegen, in welchem er der einzige Fahrgast war, und war eingenickt; seine blecherne Kaffeekanne hatte er neben sich gestellt. Als er plötzlich durch das Herabfallen seines Gütes erwachte, sah er den Angeklagten dicht vor sich stehen, der eben im Begriff war, sich mit der Uhrkette des J. zu beschäftigen und nun, da er gestört war, die Blechkanne ergriff und auf den Kopf des J. einschlug. Die Hilferufe des J. retteten diesen aus weiterer Gefahr, doch hatte er eine stark blutende Wunde davongetragen. Der Angeklagte, der so dreist den Spieß umzudrehen versuchte, hatte bei seinem ersten Verhör falsche Angaben über seine persönlichen Verhältnisse gemacht. Es stellte sich sodann heraus, daß er schon mehrfach wegen Diebstahls vorbestraft war und bei seiner Durchsicherung fand man in seinem Besitz einen schweren Schraubenschlüssel sowie mehrere Portemonnaies und Stadtbahnfahrkarten, die darauf hindeuteten, daß er ein gewerbmäßiger Stadtbahnbederzer ist. — Das Schwurgericht verurteilte ihn zu 2½ Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

### Ausgesperrte als „Landfriedensbrecher“.

Aus Halle a. S. berichtet man unterm 27. April: Gelegentlich der Kürschnerausperrung im Frühjahr v. J. in Schöneberg, Leipzig usw. sollte ein Trupp Arbeitswilliger in einem verdeckten Plantwagen am Nachmittag des 18. Februar von der Firma Kunad in Schöneberg nach Leipzig transportiert werden. Auf der Landstraße wollten die Arbeitswilligen angegriffen und mit Steinen geworfen sein. Von dem hiesigen Schwurgericht wurden daraufhin schon im November v. J. mehrere Kürschner wegen „schweren“ Landfriedensbruchs prozessiert, aber wegen einfachen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen bis zu vier Monaten verurteilt. Heute standen nun noch die Kürschner Max Hauer und Albert Gwidla von Schöneberg vor dem Schwurgericht. Der Staatsanwalt hob wieder den Arbeitswilligenstand in den Vordergrund und wollte die Angeklagten wegen schweren Landfriedensbruchs bestraft wissen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann-Berlin, wendete sich in scharfen Worten gegen den Staatsanwalt. Wie könne man bisher unbestrafte Menschen wegen solcher Kleinigkeit ins Justizhaus bringen wollen. Bedenke man, es waren ausgesperrte, die wider ihren Willen feiern mußten. Wollte man hier die Worte zur Anwendung bringen: „Schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert“, so würde in dem Worten die ausgesperrte Firma getroffen. Streikbrecher treiben ein unlautes Gewerbe. Im Kaufmannstande werde der unlaute Weißbäcker mit Strafe bedroht. Die Innung darf Strafen festsetzen für Weiber, die unlaute handeln. Warum will man das Ständebewußtsein in Arbeiterkreisen nicht gelten lassen? Wesse man nicht mit zweierlei Maß. — Die Geschworenen verneinten, daß Gewalttätigkeiten begangen seien, erklärten die Angeklagten aber der „Zusammenrottung“ — einfacher Landfriedensbruch — schuldig. Daraufhin wurden beide Angeklagten zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt.

## Versammlungen.

Der Deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Berlin, nahm am Sonntag in einer, die „Montordiasale“ bis auf den letzten Platz füllenden außerordentlichen Generalversammlung nach einem Referat des Genossen Raisski über: „Die Verhältnisse auf dem Berliner Baumarkt“, Stellung zur Raiffeier. Der zweite Vorsitzende Raiffeier empfahl im Namen des Vorstandes, die Raiffeier in der würdigsten und demonstrativsten Form, und zwar, wie bisher, durch allgemeine Arbeitsruhe zu begehren. Haben die Aussperrungsbeschlüsse der Unternehmer die Bauarbeiter in früheren Jahren nicht davon abhalten können, so wird es in diesem Jahre noch viel weniger der Fall sein, da die Bauarbeiter einerseits derartige Beschlüsse nicht fürchten, und andererseits die Aussperrungen immer nur in ganz geringem Umfange durchgeführt worden sind. Ueberlegen haben die Bauarbeiter ohnedies keine „Proteststellen“ zu verliern. Die weiteren Ausführungen deckten sich mit dem Inhalt der nachstehenden Resolution, welche einstimmig unter lebhafter Beifallstimmung angenommen worden ist:

„Die am Sonntag, den 28. April d. J. tagende außerordentliche Generalversammlung des Zweigvereins Berlin beschließt, den 1. Mai, wie bisher, durch Arbeitsruhe zu feiern, und es ist Pflicht jedes feiernden Kollegen, die am Vormittag des 1. Mai stattfindenden Demonstrationen zu besuchen.“

Alle wegen der Feier des 1. Mai ausgesperrten, sowie alle kurzzeit arbeitslosen Kollegen haben sich vom Freitag, den 3. Mai, an zur Kontrolle zu melden. Als Ausweis über die Teilnahme an der Raiffeier dient die in den Versammlungen zur Verteilung kommende Maimarke und der darüber stehende Maimempel der Organisation. Kollegen, die über diesen Ausweis nicht verfügen, werden in die Kontrolllisten nicht aufgenommen.

Alle arbeitslosen Kollegen werden bis Sonnabend, den 4. Mai, und alle ausgesperrten Kollegen für die Dauer von drei Wochen aus Mitteln der Lokalkasse unterstützt. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach dem Verdandshat.

Mitglieder, die den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begangen haben, sind moralisch verpflichtet, einen Beitrag von 1 M. zu dem von der Partei und den Gewerkschaften geschaffenen Maimarke zu sammeln, der durch eine Marke quittiert wird.

Dieser Beschluß gilt für das ganze Gebiet des Zweigvereins Berlin. Alle gegenwärtig in anderen Zweigvereinsgebieten beschäftigten Kollegen haben sich den dort gefassten Beschlüssen zu unterwerfen und bei Entlassungen wegen der Raiffeier, sich an den Vorstand des dortigen Zweigvereins zu wenden.“

Im Anschluß daran detaillierte der 1. Vorsitzende Hanke die Vorschriften, welche die ausgesperrten und Arbeitslosen zu befolgen haben. Demnach sind die ausgesperrten Mitglieder verpflichtet, sich am 8. Mai früh bei Beginn der Arbeit auf ihrer bisherigen Arbeitsstelle zu melden. Wird die Wiedereinstellung abgelehnt, so müssen alle für eine Arbeitsstelle in Frage kommenden Kollegen gemeinsam zur Meldung sofort nach dem Verbandsbureau kommen. Kurzzeit beurlaubte Mitglieder werden in die Kontrolllisten nicht aufgenommen, da sie als arbeitsfähige Kollegen nicht in Frage kommen. Dasselbe ist bei den Kollegen der Fall, die nach Vertragsrückstände aus dem Jahre 1911 hatten und Stundung derselben nicht beantragt haben. Die Auszahlung der Unterstützung findet für die kurzzeit arbeitslosen Mitglieder am Dienstag, den 7. Mai, nachmittags von 3 bis 5 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftsaufbaues; Engländer 15. Mai, wobei Mitgliedsbuch und Kontrollkarte zur Stelle sein muß, ohne die die Unterstützung nicht ausgezahlt wird. Von der Unterstützung werden alle über zwei Wochen betragende Beitragsreste in Abzug gebracht, das heißt: die Beiträge müssen bis

zur achten Beitragswoche bezahlt sein. Ebenso werden etwa noch fehlende Maimarken aus dem Jahre 1911 mit 1 M. in Abzug gebracht.

Die Resolution nebst Vorschriften werden allen Mitgliedern in Form eines Flugblattes zugänglich gemacht. Die Versammlungsleiter erhielten dieselben beim Verlassen des Saales.

Zum Schluß erklärte sich die Versammlung mit der Anregung einverstanden, vom nächsten Jahre ab für den Zweigverein eine einheitliche Versammlung am 1. Mai abzuhalten, so daß nicht, wie es heute geschieht, die Sektion der Bauher und die der Gips- und Zementindustrie Sonderversammlungen abhalten. Der Wille der Bauarbeiter Groß-Berlins: für die Forderungen, welche am 1. Mai erhoben werden, zu kämpfen, soll einheitlich und wuchtig zum Ausdruck kommen.

## Aus aller Welt.

### Ein sonderbarer Empfang.

Der am Sonnabend in Plymouth eingetroffenen überlebenden Mannschaft der „Titanic“ wurde beim Einlaufen in den Hafen eine eigenartige Ueberraschung zuteil. Anstatt den durch den Untergang schwer mitgenommenen Leuten so schnell wie möglich die Gelegenheit zu geben, zu ihren Angehörigen zu kommen, wurden die 167 Eingetroffenen durch Beamte des Handelsministeriums und Vertreter der White Star Line in „Schuhhaft“ genommen. Es sollte jeder Verkehr der Bereiteten mit dem Publikum verhindert werden, bis sie sich einem Verhör über die Umstände des Sinkens der „Titanic“ unterworfen hätten. Es waren Anstalten getroffen, die Leute in den Docks unterzubringen, wo die Partefälle zu Speise- und Schlafstätten für sie hergerichtet waren. Um eine einseitige Untersuchung zugunsten der Schiffsahrtsgesellschaften zu verhindern, luden zwei Beamte der Gewerkschaft der Seeleute ihren Kameraden bei der Ankunft entgegen und riefen ihnen vom Boote aus zu, vorläufig jede Aussage zu verweigern. Nach der Ankunft und Zurückbehaltung der überlebenden Mannschaft auf den Docks protestierten die Vertreter der Gewerkschaft telegraphisch beim Handelsamt gegen die zwangsweise Festnahme. Der Vertreter des Handelsamts erklärte, daß die Leute nur so lange zurückbleiben müßten, bis ihre Vernehmung über den Untergang der „Titanic“ beendet wäre. Die Aufnahme wurde nach Möglichkeit beschleunigt und der größte Teil der Leute am Abend mit Ggtragung nach ihrer Heimat Southampton befördert.

### Absturz des Aviatikers Debrines.

Am Montagmorgen ist in der Nähe von Epernay der erfolgreichste französische Flieger Debrines mit seinem Apparat aus einer Höhe von 200 Metern abgestürzt. Debrines erlitt bei dem Sturze eine Gehirnerschütterung und wurde in bestimmungslosem Zustande nach dem Hospital gebracht.

Debrines hatte beschlossen, am Montagmorgen seinen Refordflug Paris-Brüssel-Madrid in vierundzwanzig Stunden anzutreten. Als Ausgangspunkt seines Fluges hatte er sich die kleine Stadt Douai gewählt. Da das Wetter sehr unruhig und stürmisch war, hatten die Freunde Debrines ihn von dem Fluge abgeraten, doch schenkte der Aviatiker diesen Mahnungen kein Gehör, sondern stieg in seinem Apparat auf. Zwischen Pierrefitte und St. Denis, 50 Meter von Epernay entfernt, verlagte plötzlich infolge Benzinmangels der Motor seiner Maschine, worauf das Flugzeug aus beträchtlicher Höhe zu Boden stürzte.

### Ein Spreckahn gesunken.

Nach einer Meldung aus Fürstentum A. D. sank Sonntag nacht an der Mündung des Ober-Spreck-Kanals der mit Kies beladene Kahn des Eigners Hermann Giese aus Plauen an der Havel. Hierbei ertranken der Bootsmann Otto Kühl und seine Frau aus Knoblauch bei Plauen, die in der vorderen Kajüte schliefen. Der Schiffselner befand sich zur Zeit des Unterganges nicht an Bord. Der Grund des Sinkens ist völlig unklar.

### Kleine Notizen.

Schweres Autounfall. Rahe Clausdorf überfuhr am Sonntag ein Automobil, das auf der Fahrt von Berlin nach Zillst begriffen war, auf der Chaussee einen Mann, der sofort getötet wurde. Das Automobil geriet darauf ins Schleudern und überstürzte sich. Die Insassen wurden herausgeschleudert und erlitten schwere Verletzungen, jedoch sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Ein Festgriff. Der in Hannover unter dem Verdacht des Mordes an seiner Braut verhaftete Hilfsgerichtsdienner Schwandt wurde am Sonntag nach einem kurzen Verhör vor dem Untersuchungsrichter wieder in Freiheit gesetzt.

Abgestürzte Touristen. Ein Doktor Semelmann aus München ist am Montag im Kaisergebirge von der Schwand des Sonnen vierhundert Meter tödlich abgestürzt. — In der Röhlauser Klamm stürzte ein Sögerlehrer beim Blumen-suchen ab und blieb sofort tot. — Im oberen Teil der Erzeller Scharte wurden durch Rutschen einer Schneeficht zwei Personen schwer verletzt.

Großfeuer in Damaskus. In den Räumen der Redaktion des Arbeiterblattes „Errabi“ in Damaskus brach am Freitagabend ein Feuer aus, das auf das Bazardviertel übergriff und dieses zerstörte. Der Brand dauerte 24 Stunden. Der Materialschaden wurde auf ungefähr 15 Millionen Franz. geschätzt; 12 Personen sind ums Leben gekommen.

Unwetter in Nordamerika. Ein Tornado hat am Sonntagabend nachmittags in verschiedenen Teilen Ollahoma mannlige Verheerungen angerichtet. Aus dem Orte Yugerl wird berichtet, daß der Wirbelsturm einen vorbeifahrenden Eisenbahnzug von den Schienen warf. Eine Anzahl Reisender wurde getötet oder verletzt. Ingesamt haben 31 Menschen bei dem Unwetter ihr Leben eingebüßt.

### Singegangene Druckschriften.

Die Kultur des modernen England. Herausgegeben von Professor C. Sieper. Bd. 1. Die geistige Erhebung der Volksmassen in England. Von C. Schulz. 4 M. — Bd. 2. Volkserziehung und Volkswohlfahrt in England. Derselbe. 4,50 M. — Bd. 3. Die Gartenbewegung in England. Von Berlepsi-Balanda. 4,50 M. — Bd. 4. Der Vrae-Kampfbildismus in England. Von H. Singer. 3,75 M. R. Oldenbourg, München und Berlin.

# Ravon-Beise

eine neuartige Haushaltseife  
von  
fabelhafter Waskraft.

Preis pro Stück 20 Pf. — Jetzt überall erhältlich.

# Trinken Sie „Kornfranck“!

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Stralauer Viertel, Bezirk 319 II, früher 347 II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maler **Richard König** Volontär F. 19 gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 215/17 **Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Graveur **Karl Röhling** am 25. April durch Selbsttod gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet 116/8 **Die Ortsverwaltung.**

**Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.**  
Am Sonntagabend, den 27. April, verstarb unser Mitglied, der Tischler **August Lersch.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von dem neuen Schöneberger Kirchhofe (Planke Höhe) aus statt.  
220/11 **Der Vorstand.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Hermann Zerbe** am 25. April im Alter von 38 Jahren verstorben ist.  
63/14  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 30. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder **Georg Hierse** am 27. April, morgens 6 Uhr, nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
1453b  
**Familie Hierse.**  
Die Beerdigung findet morgen, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Hauptfriedhofes in der Seestraße aus statt.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meines unergiebigen Verdauungs **Hans Oelgräu** sage ich allen Rohrliegern und Helfern sowie der Firma Auer, dem Metallarbeiter-Verband, den Stammvätern des Herrn Oelgräu sowie allen Freunden und Bekannten für die zahlreichen Spenden meinen innigsten Dank.  
Die trauernde Braut **Waldisa Leininger.**  
14615

Nach langem schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden entschlief am Sonntagabend, den 27. April, nachmittags um 8 Uhr, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Ww. Friederike Arnold** geb. **Rabe** im 66. Lebensjahre. 1468b  
Um hilfes Beseid bitten **Die trauernden Kinder.**  
A. W. Bornhard Arnold.  
Berlin-Tempelhof, 29. April 1912, Ringbahnstr. 17.  
Die Trauerfeier findet am Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags um 5 Uhr, in der Kapelle des Kreis-Krankenhaus des Br. S. in der Ringbahnstr. 17, statt und erfolgt von dort aus die Ueberführung nach Gotha zur Einäscherung.

Am 28. April verstarb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau 1469b  
**Johanna Richter** geb. **Kröger.**  
**Bruno Richter,** Soldinerstr. 11.  
Die Beerdigung findet morgen, Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Sophien-Kirchhofes in der Reichenwalder Straße aus statt.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau **Minna Kalisch** geb. **Scharnow** im Alter von 39 Jahren nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. 1454b  
Dies zeigt tiefbetrübt an **Friedrich Kalisch** Neue Döhrstr. 37.  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von dem Friedhof der Dantes-Gemeinde in Reinickendorf-West aus statt.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter **Hulda Ulm** geb. **Korduan** im Alter von 37 Jahren nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrübt an **Karl Ulm** nebst Kindern Stralauer Allee 36.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 55/5

**Dankfagung.**  
Die die überaus zahlreiche Beteiligung und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes 1447b  
**Joseph Grollmus** sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie Herrn Wölle für die trostreichen Worte am Sarge dem Wahlverein des 4. Reichstagswahlkreises und den Genossen des 443. Bezirkes meinen innigsten Dank.  
Witwe **Pauline Grollmus.**  
Kieneliner Str. 4.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme sowie zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer braven Mutter stellen wir hierdurch unseren besten Dank ab an alle. **Oskar Ficius** und Familie.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Am 1. Mai** bleibt mein Geschäft auch in diesem Jahre geschlossen. **Arbeitsanzüge.**  
**Wilh. Pahr,** Brunnstr. 116.

Zähne 1.50 M. 10 Jahre Garantie. Zahnarzt **Woll,** Potsdamer Straße 55 (Hochbahnstation).

**Ohne Anzahlung**  
liefere an jedermann  
**Möbel auf Kredit**  
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung  
**komplette Wohnungs-Einrichtungen** sowie einzelne  
**Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen Gardinen,** Leinwand, Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, in modernster Ausführung. Ferner **Garderobe für Herren, Damen u. Kinder**  
Größte Auswahl neuester Fassons

**S. DORN** Weinmeisterstr. 9  
Ecke Alte Schönhauser Straße

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Rauch-, Kas-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.  
Amt 4, 3014.

Nach 44jähriger Tätigkeit bei der Firma **Küller Nöhne,** Wiesbaden, und langjähriger Reisen im In- und Auslande für die ich mich in **Berlin, Oranienburger Str. 46/47, vis-à-vis Postgasse-Haus, niederkünstliche Augen** gelassen, um dieselben für Brillen und nach Muster herzustellen. Für allerbeste Ausführung leiste Garantie.  
**Richard Greiner,** Fernsprecher Norden 6175.  
Sprechstunde 9-12, 2-5. **Elberne Redakteur** Bestausstellung Grödel.

**Pollmanns Bandagen**  
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc. **Berlin N., Voßtringer Str. 60.**  
Lieferant für Krankenkassen Eigene Werkstatt.

**Maurer Moritz Feilenberger**  
wird gebeten, seine Adresse unter G. 3 an die Hauptgeb. d. „Borm.“ anzugeb.

**Damen-Konfektion**  
**Robert Baumgarten**  
Engros Export  
**Hausvogel-Platz II**  
1. Etage (kein Laden)  
schrägüber Untergrundbahnhof (an der Jerusalemer Straße)  
verkauft

**Ziehung v. 13.-18. Mai 1912**  
Grosze Coburger **Geld-Lotterie**  
17555 Gewinne ohne Abzug - A  
**360000**  
**100000**  
**50000**  
Lose 3.- Porto u. Liste 30 Pf. extra  
3 M. 3.-  
**Emil Stiller,** Hamburg, Holzdamm 30  
Auch Teilzahlung!  
Nur **Wilh. Möbel-Misch**  
Gr. Frankfurter Str. 45/46

**Gemeinsame Oris-Krankenkasse für Mariendorf und Umgegend.**  
Am Donnerstag, den 9. Mai 1912, nachmittags 6 1/2 Uhr, findet im Restaurant Löwenhofen zu Mariendorf, Chausseestr. 27, die **Ordentliche General-Versammlung** statt, zu der die Herren Delegierten hiermit eingeladen werden.  
Tagesordnung:  
1. Nach vorausgehendem Geschäfts- und Kassenbericht und dem Bericht der Revisoren Abnahme der Jahresrechnung für 1911. 2. Die strittige Gehaltsangelegenheit von 100 M. für den Kassendirektor Otto Marquardt. 3. Verschiedenes. a) Verhandlungen zu einer Anfrage über Einführung von Familienversicherung. b) Ferner weiteren über Erhöhung der Kassenbeiträge.  
Stimmige Anfragen und Beschwerden, zu denen die Einsichtnahme der Geschäftsbücher erforderlich ist, sind dem Vorstande bis spätestens den 6. Mai, vormittags, schriftlich einzureichen. **Mariendorf, den 27. April 1912.**  
**Der Vorstand.**  
O. Baechler, Vorsitzender. 275/6  
A. Leip, Schriftführer.

**Gardinenhaus Bernhard Schwartz**  
eröffnete Bezugsquelle für **Gardinen u. Teppiche**  
**Wallstr. 13 (dreizehn)**

**Pumpen aller Art**  
für Absauger u. essolbrunnen, Jauchepumpen usw. in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Kataloge gratis.  
**Paul Gries, Berlin SO 16, Köpenicker Strasse 44.**

**Vornehme Herren-Bekleidung**  
fertig und nach Maß  
erhalten Sie in der modernen **Mass-Schneiderei**  
**J. Kurzberg**  
auf Wunsch Wochenrate.  
**Rosenthaler Strasse 40**  
Hackescher Markt.  
**Frankfurter Allee 104**  
Ecke Friedenstraße.  
**Reinickendorfer Str. 4**  
Weddingplatz.

von **1 Mark** an  
**Rosenthaler Strasse 40**  
Hackescher Markt.  
**Frankfurter Allee 104**  
Ecke Friedenstraße.  
**Reinickendorfer Str. 4**  
Weddingplatz.

**Steppdecken Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Steppdecken in voller Bettgröße  
Similiseide in den Farben 525 bis 2100  
Seidenerste) bord., blau, oliv 900 bis 2700  
Wollatlas (doppelt-seitig) 825 bis 9500  
Daunendecken 2500 bis 12500  
Schlafdecken 950 bis 4800  
**Spezial-Katalog**  
650 Abbildungen gratis u. franko.

**Stoffe**  
für eleg. Maßanzüge, Ueber, Paletots, Damenkostüme Str. 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100.  
Laden für Pelzwaren Str. 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 23, 25, 27, 29, 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43, 45, 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 63, 65, 67, 69, 71, 73, 75, 77, 79, 81, 83, 85, 87, 89, 91, 93, 95, 97, 99, 101.  
Tuchlager Kach & Soeland G. m. b. H.  
**Gertrautestr. 20/21** vis-à-vis der Patrikirche.

**Elegante Herren-Moden**  
fertig u. nach Maß  
von 1 Mark  
wöchentliche Teilzahlung.  
**S. Boltuch**  
Frankfurter Allee 75  
Eingang Tilleiterstrasse

**Wer-Stoff-selbst**  
Lieferung von Stoffen nach Maß und nach Muster.  
25 M. an. Wenn ich Stoff zugebe, von 45 M. an. Deutsche u. englische Stoffe.  
Rein Zuschneide- u. Anprobensystem bürgt für tadellosoe Stoffe.  
**F. Känke** Prenzlauer Str. 25 II.  
Klein Waren-Kreditkassen

**J. Baer**  
Ecke **Badstr. 26** Prinz-Alteer  
Herren- und Knaben-Moden, Berufs- u. Bekleidungs-Moden, Elegante Paletots, Elegante Anzüge.  
Großes Stofflager zur Anfertigung u. Maß.  
Allerbilligste, streng feste Preise.

**Anhängetisch**  
für Balkons als Pult etc.  
Neu!  
von 2.10 M. an.  
**Klappstühle**  
Gartenmöbel  
**Blasberg,** Markgrafens-straße 94.

Reichstag.

49. Sitzung. Montag, den 29. April 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Breitenbach. Eingegangen ist ein Gesetzentwurf über den Zusammenstoß von Schiffen.

Die zweite Beratung des

Etats der Reichseisenbahnen

wird fortgesetzt. Die Abstimmung über die zum Titel „Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen“ gestellten Resolutionen wird bis zum Schluß der Beratung dieses Etats ausgesetzt.

Einige Titel werden debattelos bewilligt.

Beim Titel „Vorforderungen“ bemerkt

Abg. Dr. Weiß (Soz.):

Die Lage der Schaffner und Hilfschaffner bedarf dringend der Aufbesserung. Die Hilfschaffner verdienen im Höchstfalle 8,50 M. pro Tag, was zur Ernährung einer Familie sicherlich nicht ausreicht. Aus den Reihen der Hilfschaffner werden die Schaffnerdiätäre entnommen, und der Hilfschaffner, der Schaffnerdiätär wird, kommt in seinem Gehalt zunächst noch zurück. Eine weitere Ungerechtigkeit ist, daß die Militärdienstzeit nur dann angerechnet wird, wenn der Mann sofort nach beendeter Dienstzeit sich um eine Stelle bei der Eisenbahn beworben hat. Mit Ungeduld warten die Schaffner und Hilfschaffner auf die Ausführung der vom Reichstage beim Etat des Reichseisenbahnamtes angenommenen Resolution, die eine reichsgesetzliche Regelung der Dienststunden verlangt.

Abg. Dr. Schach (Ul.-P.) befürwortet die Wünsche einiger Beamten- und Arbeiterkategorien, unter anderem der Weichensteller um Vorforderungen.

Abg. Werner-Hersfeld (Antif.) tritt für die Eisenbahnbeamten ein.

Beim Titel „Bezüge und Löhne der nicht etatmäßigen Beamten und Arbeiter“ befürwortet

Abg. Kupp (Wirtsch. Vg.) die Resolution seiner Partei; die Wählbarkeit der Arbeiter zu den Arbeiterausschüssen schon mit dem 25. Lebensjahr zuzulassen und wünscht Erhöhung der Löhne der Arbeiter.

Beim Titel „Bauliche Anlagen“ sagt

Abg. Dr. Weiß (Soz.)

über das wenig entgegenkommende Verhalten der Eisenbahnverwaltung gegenüber der Stadt Reg; sie habe Planübergänge, durch welche die Altstadt mit dem eingemeindeten Gebiet verbunden werde, beseitigt, weigere sich aber, die notwendigen Unterführungen an deren Stelle auszuführen, trotzdem die Stadt erhebliche Opfer dafür gebracht habe. Jetzt verlange die Eisenbahnverwaltung, die Stadt solle selbst die Ueberführung bauen; die Bahnverwaltung wolle nur eine Beihilfe geben. Das sei doch nicht angängig.

Es folgt das Extraordinarium.

Abg. Peitstedt (Soz.)

wünscht eine andere Führung der Bahn von Philippsburg nach der pfälzischen Grenze.

Der Etat wird bewilligt.

Abg. Dr. Weiß (Soz.):

Eine Reihe von Petitionen verschiedener Eisenbahnarbeiterverbände schlägt die Kommission vor, dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Die Debatte hat gezeigt, wie notwendig es ist, diese Wünsche zu berücksichtigen; wir beantragen daher, die Petitionen dieser Eisenbahnarbeiterverbände ohne Rücksicht auf ihre Tendenzen und Richtungen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Jäcker (nall.) unterstützt diesen Antrag nur bezüglich der Petition der Eisenbahnarbeiterverbände und -arbeiter, Sig Berlin.

Diese Petition wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Bei der Abstimmung über die anderen ergibt sich die Notwendigkeit des Hammelprungs.

Dabei stimmen 97 Abgeordnete mit nein, 84 mit ja.

Das Haus ist also beschlußunfähig.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf 3 1/4 Uhr an. (Kolonialetat.)

Schluß 2 1/4 Uhr.

50. Sitzung. Montag, den 29. April 1912, nachmittags 3 1/4 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Solf.

Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des

Etats des Reichskolonialamtes.

Abg. Henke (Soz.):

Die Kolonialpolitik gehört, wie die Militär- und Flottenpolitik zum Imperialismus. Ungeheure Flächen in Afrika sind durch die europäischen Großmächte in den letzten Jahrzehnten mit Beschlag belegt worden, eine Aufteilung Afrikas ist erfolgt. Ununterbrochen sehen wir, wie die Kolonialkriege und Aufstände sich aneinanderreihen. Was wir gegenwärtig in Marokko sich abspielen sehen, ist wieder nur

ein Ausfluß der imperialistischen Politik.

Vor allem ist eine Folge dieser Politik der deutsch-englische Gegensatz, der besonders bei der Förderung der Morosotfrage sich als große Gefahr erwiesen hat. Dieser englisch-deutsche Gegensatz birgt ständig die Gefahr von Zusammenstößen in sich. Im Interesse der Arbeiterklasse der beiden Länder liegt es daher nicht, diesen Imperialismus zu unterstützen, sondern ihm entgegenzuarbeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Imperialismus liegt lediglich im Interesse der Kapitalistenklasse beider Länder. Als Argument für die Kolonialpolitik führt man an die Ueberbevölkerung Deutschlands, die Notwendigkeit, bei der Zufuhr von Rohstoffen unabhängig vom Auslande zu werden und endlich die Geltendmachung des Rechts der höheren Zivilisation. Wenn die Kolonialpolitik mit der Ueberbevölkerung zusammenhinge, so hätte Deutschland mit ihr zu einer Zeit beginnen müssen, da große Massen aus Deutschland auszuwandern. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Dazu kommt, daß die Zahl der Personen, die nach Deutschland einwandern, bedeutend größer ist als die Zahl der Auswanderer. Als fernerer Gegenstand gegen dies Argument kommt in Betracht, daß Frankreich keine Ueberbevölkerung kennt und doch Kolonialpolitik treibt, sowie die Tatsache, daß unsere Auswanderer nicht nach Afrika auswandern, sondern nach Amerika, wo ihnen die höchsten Löhne winken. Also nur Unwissende oder Schwindler können dies Argument noch vorbringen.

Was die Beschaffung von Rohstoffen anbetrifft, so ist die Produktion von Baumwolle in unseren Kolonien im Verhältnis zu dem Verbrauch Deutschlands äußerst gering. Vor allem hat auch der Krieg, der gegen die Eingeborenen verübt wurde, dazu beigetragen, daß die Baumwollkulturen der Eingeborenen nicht ertragreich waren. Ferner ist zu beachten, daß der Baumwollpreis zurückgeht, und daß damit der Ansporn zur Produktion fällt. Dann kommt doch auch die Arbeiterfrage in Betracht, wenn man daran denken wollte, uns in der Baumwollproduktion vom Ausland unabhängig zu machen; um die nötige Zahl Arbeiter dort zu ernähren,

wäre ein Aufwand nötig, der die Baumwolle unerträglich verteuern würde. Von den deutschen Arbeitern, vom Textilarbeiterverband hat man verlangt, sie sollten Geld zur Hebung der Baumwollproduktion in den Kolonien beitragen. Die deutschen Arbeiter haben wahrlich befferes zu tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Warum geben denn die Kapitalisten kein Geld zur Hebung der Baumwollproduktion? Sie wissen ja sehr gut, wo Profit zu holen ist. Das Argument gar, wir sollen Lebensmittel in starkem Maße aus den Kolonien beziehen, setzt einen Höher voraus, der dümmere ist als es die Polizei erlaubt. Wie würden die Agrarier schreiben, wenn wirklich in Deutsch-Südwest-Afrika Vieh in großem Maßstabe gezüchtet würde, wie würden sie sich durch Schutzzölle dagegen wehren! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und nun erst das

Recht der höheren Kultur,

das die Kolonialpolitik rechtfertigen soll. Diese höhere Kultur der Offiziere und Bureaukraten kennen die Arbeiter sehr genau, die haben sie am eigenen Leibe erfahren. Rein, die Kolonialpolitik liegt, ich wiederhole es, nicht im Interesse der Arbeiter, sondern in dem der Kapitalisten, und daher finden sich hier alle kapitalistischen Kreise zusammen. Wenn einige Schwärmer noch so von einem Großblod der Linken träumen, bei der Militärvorgabe und bei der Kolonialpolitik zeigt sich unfer Gegenpart als Vertreter der Arbeiter auch gegen die Liberalen, die sich hier mit der Rechten zusammenschließen. Es wird auch nicht so bleiben, daß die Linken einen großen Teil des Kleinbürgertums und der Angestellten hinter sich haben, wenn sie weiter diese Wege wandeln. Diese Kreise werden sehen, daß sie am besten tun, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Hoffentlich kommt diese Zeit recht bald. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Interesse der deutschen Kapitalisten an Deutsch-Südwestafrika begann mit den Diamantensunden und der durch sie hervorgerufenen Spekulation. Damals haben die Besitzer von Anteilen der Kolonialgesellschaft ganz vorzügliche Geschäfte gemacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Landwirtschaft in Südwestafrika ist wenig ertragreich, das Land ist reich an Wästen und arm an Wasser.

Ganz besonders wichtig ist die Arbeiterfrage, und gerade in den deutschen Kolonien liegt sie schlimmer als in den Kolonien anderer Länder. Wir müssen fordern, daß auch die eingeborenen Arbeiter geschützt werden gegen die Ausbeutung durch die Weißen. Sonst wird der Arbeitermangel nie aufhören. Mit dem

preussisch-deutschen Prägelsystem

kann man die Regier nicht gewinnen, die sehr empfindlich sind und ein lebhaftes Gefühl für Gerechtigkeit haben. Ein sehr großer Fehler war die Hattensteuer, die die Wohnungsverhältnisse sehr verschlechtert hat. Daß die Regier nicht so arbeitsunlustig sind, wie es früher immer behauptet wurde, gibt die Denkschrift des Kolonialamtes selbst zu; man muß nur ihren Bedürfnissen entgegenkommen, sie richtig behandeln, für gute Unterkunft und Verpflegung sorgen. Die Intensität der Arbeit in Europa ist ein Produkt einer jahrhundertelangen Entwicklung; daher kann man natürlich nicht dieselbe intensive Arbeit plötzlich von den Regier verlangen, die auf ein ganz anderes Leben gewöhnt war, ehe die Europäer mit ihrer höheren Zivilisation zu ihnen kamen. Rohrbach hat mit Recht gefordert, daß die Nation, die Kolonialpolitik treibt, sich mit den Kolonien bereichern will. Das ist nichts anderes, als was wir immer gesagt haben, der Hauptgrund des Imperialismus ist: „Gewinn ist Geschäft.“ Auch die Regier werden sehr bald zur Einsicht kommen, daß das Christentum ein sehr schlechter Ersatz ist für ungenügenden Lohn und schlechte Behandlung. Beim Bau der Zentralbahn wurden Regier zu Arbeiten angetrieben, die sie nicht ausführen konnten.

Vor allem sollte die Regierung dafür sorgen, daß die überlange Arbeitszeit der Regier beseitigt wird und daß Unterdrückung und Freiheitsberaubung der schwarzen Arbeiter ausgeschlossen sind. Freilich gibt es ja auch im Reichstag Kollegen, die in dem Regier gar keinen Menschen sehen. Es war der Abg. Paasche, der vom

Regier als Arbeitstier

sprach. Ist das etwa eine christliche Anschauung! Dabei rühmt die Denkschrift die Befähigung und den Verneiner der Regier. Der Regier ist danach durchaus nicht so rückständig, seine Kultur ist durchaus entwickelungsfähig. Wenn sie sich ihrer Lage bewusst werden und zu nationalem Bewußtsein kommen, so kann es leicht dazu kommen, daß sie sich gegen ihre Unterdrücker wenden. Diese Gefahr liegt in allen entwickelten Kolonien vor. Zweifellos gibt es große Unterschiede zwischen den Rassen. Das gibt den Weißen aber kein Recht, die Regier schlimmer als das Vieh zu behandeln. Da sie sich selbst nicht schützen können, haben wir im Reichstag die Pflicht, für sie einzutreten, und wenn Sie (nach rechts) es nicht tun, werden wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher für sie eintreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist unerhört, wie man die Mischlingsbevölkerung in Deutsch-Südwestafrika behandelt; sie werden etwa ebenso angesehen und behandelt, wie bei uns die Sozialdemokraten. Wer mit einer Schwarzen zusammenlebt, wird nicht in einen Kriegerverein aufgenommen. (Heiterkeit.) In der Behandlung der Mischlinge liegt eine Ueberbebung ungleiches. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der eigentliche Grund dieser Behandlung der Mischlinge ist die Furcht, die Herrschaft in den Kolonien könnte bedroht und verloren werden, wenn die Mischlinge zunehmen. Das Zentrum tritt für die Gleichheit aller Menschen ein — aber erst im Jenseits. Die Erde soll als Sakrament erhalten werden, aber ihre rechtlichen Folgen sollen für den Schwarzen nicht eintreten. Das Zentrum tritt also für die größtmögliche Ungleichheit zugunsten der Besitzenden ein und verweist die armen Schwarzen auf das Dröben in Abrahams Schoß. Das können wir selbstverständlich nicht mitmachen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind für die

Gleichberechtigung aller Menschen,

welche Hautfarbe sie auch tragen. Sehr wichtig ist weiter die Frage der Missionstätigkeit in den Kolonien. Herr Paul Rohrbach steht auf dem Standpunkt, daß die Missionare vor allem die Eingeborenen an Disziplin, Autorität und Subordination zu gewöhnen haben. Am meisten Erfolg hat noch immer der Islam in den Kolonien gehabt, vor allem auch deshalb, weil er keine so lange Vorbereitung zum Uebertritt verlangt, die die Regier im Erwerb stört. Nicht dem Islam ziehen die Schwarzen am meisten die Neugierlichkeiten des Katholizismus an. So versteht er sehr gut den Fetischglauben der Regier auszunutzen, indem die Missionare z. B. das Marienbild an dem Affenbrobaum befestigen, den die Regier als Fetisch verehren. (Lachen im Zentrum.) So berichtet Rohrbach. (Zuruf im Zentrum: Sie glauben wohl alles?) Rein, ich glaube weder an das Marienbild noch an den Affenbrobaum. (Heiterkeit.) Am wenigsten Einfluß hat der Protestantismus auf die Eingeborenen, sagt der protestantische Theologe Rohrbach. Seine Lehren bringen die Regier vielfach in Dilemmas. So meinte ein südafrikanischer Bur, für einen Himmel, wo der Kaiser so viel sein solle wie ein Helfer, sei er nicht. (Heiterkeit.) Darum verzichtet man auf das evangelische, freireichliche Entwicklungsideal und setzt das Autorität an seine Stelle.

Freilich meint Rohrbach auch, das Christentum passe nicht für die Regier. Auf eine andere Gefahr macht Rohrbach auch aufmerksam, wenn er berichtet, mit welcher Genugtuung das Zusammen-

stehen von Afrikaner und Engländer begrüßt wird angesichts „des Freiheitstaumels“ der Eingeborenen. So unklar diese gegen die Weißen und ihre Herrschaft gerichtete Bewegung der Eingeborenen auch noch sein mag, sie ist vorhanden und in manchen Punkten sympathisch. Unsere Kolonialpolitiker freilich machen sich die Lösung aller schwierigen Fragen sehr leicht, indem sie sich auf das Recht der höheren Kultur berufen.

Hätten die Weißen wirklich die höhere Kultur, so müßten sie das durch das gute Beispiel den Schwarzen gegenüber beweisen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daran lassen es die Weißen leider sehr fehlen. Sie gehen nicht mit gutem Beispiel voran in der Behandlung der Regier und auch nicht im Alkoholis-

Verbrauch an alkoholischen Getränken

muß. Der ist in den Kolonien ganz enorm. Das Schlimmste ist, daß die Weißen sich sogar die Schwarzen mit Alkohol gefügig zu machen suchen. Soll das die höhere Kultur sein? Es ist selbstverständlich, daß wir für eine solche Kolonialpolitik nie zu haben sein werden, wir werden sie nach wie vor bekämpfen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Im Munde des Vertreters der alten Hansestadt Bremen machte sich die total ablehnende Haltung gegenüber der Kolonialpolitik besonders merkwürdig. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Er leidet die Kolonialpolitik einfach ab mit dem neuesten Schlagwort des „Imperialismus“. Jede Lebensbetätigung der Nation nach außen bezeichnen Sie als Imperialismus. Wenn das Deutsche Reich sich in ein Schandenschauspiel zurückziehen und die ganze übrige Welt den anderen Ländern überlassen würde, dann würde der Vordredner zufrieden sein. Das deutsche Volk ist heute von der Notwendigkeit der Kolonialpolitik so überzeugt, daß solche prinzipiell ablehnende Reden viel zu spät kommen. Jedes Volk, das um seine Selbsterhaltung besorgt ist, ist gezwungen, Kolonialpolitik zu betreiben. (Sehr richtig!) In 50 Jahren werden auch die Sozialdemokraten, wenn es dann noch welche geben sollte, die Kolonialpolitik vertreteten, sie werden einfach dazu gezwungen werden. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Von der Baumwollproduktion in den Kolonien, die noch kaum zehn Jahre alt ist, darf man jetzt doch noch nicht so viel verlangen. Und gar nicht angeführt hat der Vordredner den wichtigsten Gesichtspunkt, der Schaffung von Absatzgebieten für die Erzeugnisse deutschen Fleisches. Den Gesichtspunkt der Erziehung der höheren Kultur hat der Vordredner nicht gelten lassen wollen. Ist ihm denn nicht bekannt, wie ungemein in den 25 Jahren der deutschen Herrschaft die Kultur sich gehoben hat? Ist sein Ideal die unimenschliche Ausbeutung der Eingeborenen durch ihre Hauptlinge, die früher dort betriebene Sklaverei und Menschenfresserei? (Sehr gut! im Zentrum.) Die Entwicklung der Kolonien ist schneller erfolgt, als der kühnste Optimist erwarten konnte. Natürlich hat diese Entwicklung auch Schattenseiten. Die Schlimmste ist wohl das Gebiet der Justiz, und dringend nötig ist die Schaffung einer dritten Instanz. Auch die Ausweisungsbefugnis aus den Kolonien muß gesetzlich geregelt werden. Erstaunlich ist, daß der Vordredner die Tätigkeit der Missionen beider Konfessionen angreift, gestützt auf gar kein Material als den Artikel Kobrach's. Er unterscheidet sich dadurch unvorteilhaft von seinen Franzosenkollegen Ledebour und Roske, die stets die Tätigkeit der Missionare als Kulturträger anerkannt haben. Wir erstreben als nächstes großes Kulturziel in den Kolonien die restlose Beseitigung der Hauskaverei vom 1. Januar 1920 ab. In dem kurzen Zeitraum von 20 Jahren ist gegenüber der Sklaverei bereits sehr viel geschehen. Jetzt ist die Zeit gekommen, den letzten Artfick gegen das absterbende System zu führen. Die Vorbereitungen müssen recht bald getroffen werden, damit nach Ablauf der acht Jahre bis 1920 der Uebergang der Hauskaverei in die Freiheit ohne große wirtschaftliche Erschütterung und ohne Verletzung persönlicher Rechte einzelner durchgeführt wird. — Was den Alkoholisismus anlangt, so hat sich Herr Henke furchtbar aufgehängt über den großen Verbrauch der weißen Bevölkerung an Bier. Nun, ein Liter Bier pro Tag ist doch gar nicht so schrecklich, Herr Henke sieht doch auch nicht gerade so aus, als wenn er nur von Limonade lebt. (Heiterkeit.) Schach bekämpft aber auch den Branntweingenuß in den Kolonien werden. Zum Schluß bitte ich den Staatssekretär dafür zu sorgen, daß wir hier in Berlin eine tropisch-medizinisch-hygienische Sammlung bekommen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Böhndorf-Kölpin (L.): Mit unserer Kolonialpolitik geht es vorwärts. Die Schutztruppen sollten zu Meliorationsarbeiten verwendet werden. Ein allgemeiner Wunsch ist auch die Ausgestaltung der Selbstverwaltung. Die Produktion muß in allen Gebieten soviel wie möglich gefördert werden. Der Eingeborene und seine Arbeitskraft ist das höchste Gut unserer Kolonien und muß dementsprechend behandelt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. v. Richtofen (nall.) tritt für die Schaffung eines Reichskonsulargerichts ein. Für den Baumwollanbau sind unsere Kolonien, speziell Ostafrika, sehr geeignet. Daß die Regier im großen und ganzen nicht sehr entwickelungsfähig sind, haben die Erfahrungen in Amerika bewiesen. Die legendäre Tätigkeit der Missionen erkennen wir voll an. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung. Montag, den 29. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwig, Solf.

Der Etat des Innern.

Die nordschleswigische Frage.

Abg. Dr. Schifferer (nall.) erhebt gegen die Dänen die Beschuldigung der Deutschenbeuge und Jugendverderbnis. Dänische Sprache, Kultur und Sitte soll unterdrückt werden! Eine völlig unwahre, beweislos aufgestellte Behauptung. Es wird nur der dänischen Agitation entgegengetreten, die mit Erfolg die dänische von der deutschen Bevölkerung trennen und Schleswig zur Wiedervereinigung mit Dänemark reismachen will. Der Landtagsabg. Crippenburg hat in der deutschdänischen Kopenhagener „National-Abende“ eine höchst erstaunliche antideutsche Kundgebung erlassen. In allen Wahlversammlungen zum 12. Januar wurde Propaganda für die Wiedervereinigung gemacht. Wenn auch der Reichstag jetzt das Staatsangehörigkeitsgesetz herab, so gehört die Staatenlosenfrage doch fraglos zur Kompetenz Preußens. Hoffentlich wird die Staatsregierung daran unbedingt festhalten.

Abg. Ströbel (Soz.):

Minister v. Dallwig und Herr Schifferer haben getan, als handelte es sich um eine nationale Gefahr. Die besteht aber nur in der Einbildung. Die 125 000 Dänen Nordschleswigs sollen das mächtige Preußen gefährden, aber die 30 000 Ostprenten! Wenn die dänische Agitation sich so verstärkt und verbreitet, wie Herr Schifferer behauptet hat, so kann das nur zeigen, daß die jetzige Dänenpolitik völlig erfolglos ist und nur das Gegenteil von dem erreicht, was sie will. Man halte sich doch endlich an die wirkliche nationale Ehre und — den gefundenen Menschenverstand. Glaubt man wirklich, daß und Dänemark den Krieg erklären wird? Worin soll denn die nationale Gefahr bestehen? Sagen Sie es doch! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Dänen dort oben pflegen ihre Sitte und Sprache und es wird der polizeilichen Unterdrückung vielleicht manchmal ein

Schäbnerd gespielt. Wenn einer seine Scheune rotweiß anstrich, einen weiß-roten Schlops trug, ein dänisches Lied sang, wurde er wegen Hochverrats verfolgt und polizeilich bestraft. Die Dänen haben doch

ein Recht auf Wahrung ihrer Nationalität.

Preußen kann sich durch den kleinlichen Kampf nur gründlich lächerlich machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade Sie, die Nationalen, müßten die Nationalität anderer anerkennen. Sie sammeln doch selbst für die Erhaltung des Deutschtums im Ausland. Sie haben mit Recht gegen die Verfolgung der Deutschen in den russischen Ostprovinzen protestiert! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Gerade die Deutschen Schleswig-Holsteins haben die Unterdrückung und Vergewaltigung ihrer Nationalität durch das Ausland schwer genug empfunden. Die Verfolgungsmittel der dänischen Herrschaft waren die gleichen, wie sie heute Preußen gegen die Dänen gebraucht. Darüber berichtet eine vor wenigen Jahren erschienene deutsche Zeitschrift, die namentlich die Verfolgung der deutschen Sängervereine und der deutschen schleswigholsteinischen Fahne, als die Sängervereine in Deutschland antidänische Kundgebungen veranstalteten und „Schleswig-Holstein, meermuschlungen“ sangen. Aber, wie in dieser Zeitschrift ausgeführt wird, gerade zum Trotz führte die unbehagliche schleswig-holsteinische Bevölkerung die verbotene blaue-weiße Kofarde an Kleidern, Schirmen, Kravatten usw. Und für Preußen ist die Gefahr eines Abfalles des Grenzlandes doch ungleich viel geringer als seinerzeit für Dänemark. Verschiebt aber ein großer internationaler Krieg die Situation so zuungunsten Deutschland, daß das Grenzland verloren gehen könnte, dann kann Ihnen der Polizeiknüppel auch nicht nützen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Sie rühmen in den Schulen den musterhaften glühenden Patriotismus der schleswig-holsteinischen Deutschen unter dänischer Herrschaft. Das Gleiche kann bei den Dänen unmöglich ein Verbrechen sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Und was erreichen Sie denn auch mit der Zwangspolitik? Wenn Sie so ängstlich sind, dann müßten Sie ja die 35 Prozent Sozialdemokraten noch viel mehr fürchten. Aber wir sind ebenso gute Patrioten wie Sie — freilich in unserem Sinne. Das Vaterland ist gar nicht in Gefahr nur

**Ihre Herrschaftsinteressen**

und darum geht es. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie die Rechtsfrage auch stehe, moralische Rechte stehen jedenfalls auf Seiten der Dänen. Rechte auf Erhaltung ihrer nationalen Kultur und dagegen mit dem Polizeiknüppel vorzugehen und gewaltzähm germanisieren zu wollen, schlägt aller Humanität und Gerechtigkeit ins Gesicht. Dann unserer famosen Gesetzgebung wird aber gegen Vereine zur Erhaltung der dänischen Kultur brutal vorgegangen. Schritt für Schritt ist man — erst seit 1878 — gegen das Dänische in Amt und Schule vorgegangen. Bis 1878 hatte das vielleicht noch einen Sinn, da Preußen wegen der internationalen Verträge und der Wichtigkeit einer Volksabstimmung Nordschleswig deutsch machen wollte, aber seitdem ist der Rechtszustand auch von Dänemark anerkannt — trotzdem hat man 1888 den Sprachenerlass herausgegeben.

Der Redner schildert die Verfolgungen der Vereine, die Ausweisung der Diensthoten, die Schädigung des Gottesdienstes in dänischer Sprache sogar und endlich die Behandlung der Staatenlosen. Es ist

**der Gipfel der Intoleranz,**

wenn Minister v. Dallwitz erklärt, überall dürfen diese Leute ungehindert wohnen, nur nicht auf ihrer nordschleswigholsteinischen Heimatinsel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und für diese kulturlosen Taten gegen die Heimatlosen besteht nicht einmal die Rechtfertigung einer Notwehr. Da muß einem die Schamröte ins Gesicht steigen, man muß sich namens Deutschlands und des deutschen Volkes dieser Taten genieren — trotz der lächerlichen Entrüstungskomödien hier mit Fleischwertern und großem Geschrei. Selbst der Zentrumsabgeordnete Belzer hat in der Reichstagskommission diese barbarischen Zustände als skandalös und heillos bezeichnet.

Dah in Preußen barbarische Zustände bestehen, beweist auch die „Germania“ in ihrer Kritik an dem Kriegsminister v. Heeringen, dem sie rät, doch in einen barbarischen Staat mit seinen Anschauungen zu gehen.

Präs. Dr. Frhr. v. Erffa mahnt den Redner zur Sache.

**Abg. Ströbel (Soz.):**

Mit Recht hat auch Abg. Wiesberts am 21. Februar 1906 im Reichstage erklärt, man müßte sich — bei solchen Zuständen — in der Welt fast hämen, ein Preuße zu sein.

So urteilen Sie selbst, und dann entrüsten Sie sich, um Ihre Vergewaltigungsgelüste uns gegenüber zu begründen. Präsident: Auch das gehört nicht zur Sache.

**Abg. Ströbel (Soz.):**

Es ist allerhöchste Zeit, mit der Vergewaltigungspolitik in Schleswig zu brechen. Die Reichstagskommission will ja die Rechte der Heimatlosen sichern, aber nach der Rede des Ministers v. Dallwitz wird man wenig Vertrauen zu den Erfolgen haben, soweit es auf den guten Willen der Regierung ankommt. Von den Nationalliberalen, diesen unmittelbaren Palastisten, ist nichts zu erwarten, aber sogar das Zentrum hat trotz der scharfen Worte des Abg. Belzer alle Anträge in der Kommission abgelehnt, weil sie der Regierung nicht genehm waren. Sogar solche Anträge, daß deutsche Frauen durch Verheiratung mit Heimatlosen ihre Heimatrechte nicht verlieren sollen. Der Zentrumsabgeordnete Belzer fiel um, nachdem er den Polen zugeredet hatte, für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen — es sei freilich ausgerechnet, daß er keine Mehrheit finden werde. (Hört! hört! bei den Soz. — Abg. Hoffmann: Güt jesuitisch!) Die Nationalliberalen, die zuerst auch einen solchen Antrag gestellt hatten, zogen ihn zurück! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die deutsche Ehre gebietet, daß in Nordschleswig Abhilfe geschaffen werden und den Heimatlosen nicht das Heiraten bei Gefängnisstrafe verboten sein soll. Wenn die Regierung erklärt hat, es sei ein sehr schönes komfortables Gefängnis, so sollten die Regierungsmänner das Gefängnis manchmal von innen studieren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Rehmen Sie sich doch mit uns der von Ihnen so oft zitierten Ehre des Reiches an und schaffen Sie mit uns das Reichsgesetz, das den Heimatlosen überall die freie Ansiedlung gestattet, nicht nur dort, wo die Regierung will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Tun Sie das nicht, dann sind Sie es, die das Reich entwürdigen durch diese skandalösen und heillosen Zustände, wie sie der Zentrumsabgeordnete Belzer nannte, dann sind Sie es, die das Reich der Mäßigung und dem Spitz des Auslandes aussetzen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Clouppenburg (Däne): Wenn wir heute den Rechtszustand hätten, wie die Deutschen, als Schleswig-Holstein dänisch war, so wären wir wahrlich froh! Widmar sagte: Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt. Der Dr. Schifferer aber scheint die 2000 Heimatlosen zu fürchten und sonst nichts. (Sehr gut! links.) Wir sind 150 000 — das Deutsche Reich hat jetzt bald 70 Millionen Einwohner. Und germanisieren Sie nicht — was wollen Sie sonst erreichen! Das Vorgehen gegen die armen Heimatlosen erregt uns aufs höchste, denn wir sehen, daß man uns fort haben will, wir wollen aber doch seit den ältesten Zeiten da. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Dänemark kann es keine Heimatlosen geben und das sollte Deutschland nicht auch zu leisten imstande sein? Die Spannung in Nordschleswig wird mit den Verfolgungen gegen uns aufhören.

Abg. Johannsen (fel.) schließt sich dem Abg. Dr. Schifferer an. Wenn der Reichstag in der Heimatlosenfrage etwas

ändern will, sollte ihm die preussische Regierung ein ganz festes Unannehmbar entgegenlegen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Arnim-Jäckel (L.) stimmt dem Vorredner zu und wünscht, daß der nationaldeutsche Standpunkt in der Nordmark mit allem Nachdruck vertreten werde, ebenso wie in der Polenpolitik. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Dux (Sp.): Wir wünschen auch, daß Nordschleswig immer mehr deutsch werde, lehnen aber alle gewaltsamen und kleinsten Mittel zur Bekämpfung der Dänen ab. (Beifall bei der Volkspartei.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Abg. Hirsch-Perlin (Soz., persönlich): Die Bemerkung des Abg. Johannsen über unsere angebliche Stellung zum Eid, die nicht gerügt worden ist, zeigt, was sich die Rechte in diesem Hause herausnehmen darf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

**Die Zigeunerfrage.**

Abg. Häsel (B.) beklagt die Vergrößerung der Zahl herumstreifender Zigeunerbanden und verweist auf einige Nordtaten von Zigeunern, so an dem Förster Romanus. Um das Vereinkommen der Zigeuner über die Grenze zu verhindern, müßte die Zahl der Grenzgendarmen vermehrt werden.

Minister des Innern v. Dallwitz berichtet über die von der Regierung getanen Schritte, namentlich über ihre vielen Erlasse. Die Bundesregierungen haben beschlossen, abzuschiedende Zigeuner an die Reichsgrenze zu schaffen.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird die allgemeine Besprechung geschlossen, das Gehalt des Ministers bewilligt, die Anträge der Volkspartei und der Sozialdemokraten, die die Regierung eruchen, eine Vorlage auf Aufhebung der Plakat- und Kolportagebestimmungen des alten preussischen Preßgesetzes aufzuheben, werden abgelehnt; gegen die Konserwativen und Freikonserwativen angenommen der volksparteiliche Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes, das die reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Nichteinwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte auf das preussische Landesrecht überträgt. Dagegen werden die sozialdemokratischen Anträge auf freien Sprachgebrauch in öffentlichen Versammlungen und auf Vorlage eines Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit gegen die Sozialdemokraten und den einen anwesenden Polen abgelehnt.

Beim

**Statistischen Landesamt**

wendet sich

Abg. Dr. Ehlers (Sp.) gegen die Verwendung von Schulleuten zur statistischen Feststellung von Kleinhandelspreisen.

Die Abgg. Dr. Wendlandt (nat.) und Dr. Bell (B.) treten für bessere Bezahlung der Nahrungsmittelchemiker ein.

**Abg. Leinert (Soz.)**

spricht zum Kapitel Landräte. Die Landräte sind die Verwaltungsbeamten, die in Preußen die Reaktion dem Volke gegenüber zu verteidigen haben. Ihre Machtstellung ist kolossal, ihr Verfügungsrecht macht ihnen die Kreis- und Gemeindeverwaltung untertänig, ihre Steuerfunktion gibt ihnen den größten Einblick in die Privatverhältnisse der Kreisbewohner. Sie sind die Polizeigewalt und können ihre Macht vielfach nach freiem Ermessen ausüben. Der Landrat ist viel mächtiger als die übergeordneten Instanzen, samt dem Minister, der sie gar nicht kontrollieren kann.

**Die Minister dekretieren und die Landräte regieren.**

Die Vorgesetzten befinden sich in gottgewollter Abhängigkeit von den Landräten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Verwaltungsreform scheint noch dazu aus den Landräten kleine Regierungspräsidenten machen zu wollen. Da wird es noch viel schlimmer werden. Ihre Kommunalaufsicht soll noch viel größer werden, man hält die aus den Kreisen herausstrebenden Städte immer noch absichtlich unter der Aufsicht des Landrats. Der Minister sollte, statt die Landräte zu verteidigen, die Gemeindevorstände gegen die Landräte schützen. Durch die Kreisblätter, diese traurigsten politischen Erzeugnisse, üben die Landräte den größten Einfluß. Der Minister bestreitet das, muß es aber doch aus seiner Landratszeit selbst wissen. Könnten nur die Kreisblattredakteure reden, welche politische Beeinflussung würde da herauskommen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie oft lehnen die Kreisblätter die Aufnahme sozialdemokratischer Versammlungsanzeigen ab, obgleich sie amtlich bestimmte Publikationsorgane für Versammlungen sind! Oder sie erklären, wenn noch etwas anderes in dem Inferrat steht, müßte der Landrat die Erlaubnis zur Aufnahme geben!

Immer bestreitet man die konserwatibe Parteilichkeit der Landräte. Wenn der Minister eine Statistik nicht nur der Abstammung, sondern der Gesinnung der Landräte geben würde, würde sich ihre konserwatibe Gesinnung sofort ergeben. Die Kriegervereine sind ein weiteres Werkzeug der konserwatiben Landratspolitik.

Die Kreisblätter sollen nach dem Minister den „Schmutzkalendern“ entgegenwirken. Die Rechte tief, das seien die Kalender der Sozialisten. (Sehr richtig! rechts.) Dagegen protestieren wir. Die Kreisblätter sind oft die wertlosesten Preßerzeugnisse. Das politische Reinlichkeitsgefühl gebietet, daß der Minister erklärt, er habe nicht die sozialdemokratischen Kalender gemeint. Andernfalls würden wir unsere Konsequenzen ziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In einer Zeichnungsliste der „Deutschen Tageszeitung“ wird der königliche Landrat zu Soltow als Abonnentensammler namhaft gemacht. Das ist ja nichts Neues, bleibt aber eine völlig unzulässige Beeinflussung, denn wer da nicht abonniert, kommt in die politische Geheimliste des Landratsamts über „schlechtgesinnte“ Einwohner.

Und erst die

**Handhabung des Vereinsgesetzes.**

Unsere Genossen, diese einfachen Arbeiter, haben das Gesetz längst kennen gelernt, und die Landräte sollen dazu nicht gebracht werden können! Sie können sich aber nur nicht zur Einschränkung der polizeilichen Bevormundung zwingen. Wie ist es mit der von Herrn v. Weismann Hölweg angekündigten lokalen Handhabung des Vereinsgesetzes? Man preißt uns den Infanterieweg an. Aber was nützt die Aufhebung eines Versammlungsverbotes nach Monaten oder Jahren, wenn die politische, gewerkschaftliche usw. Situation längst vorbei ist, die zur Anderräumung der betreffenden Versammlung geführt hat. Bewußt schädigt man die politischen oder gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus diesen Erwägungen erheben wir auch nur selten Beschwerden. Die Landräte müßten es ihre Pflicht erachten, das Recht der Reichsangehörigen zu schützen, wie das Reichsvereinsgesetz bestimmt. Die Anweisungen über das Vereinsgesetz gehen nicht bis zu den unteren Organen. Im Landkreis Hannover hat man im Vorjahr eine in geschlossenem Saal tagende Versammlung aufgelöst, weil die Anmeldebekanntmachung nicht beigebracht wurde. Man verlangt, wenn eine Frau mit einem Kind auf dem Arm zur Versammlung kommt, daß nicht nur der staatsgefährliche Säugling entfernt wird, der ja leider noch nicht strafmündig ist (Weiterkeit links), sondern auch die Mutter.

Oftmals haben und die Landräte Versammlungen unter freiem Himmel nicht bewilligt, weil der Grundstückbesitzer angeblich die Bewilligung zurückgezogen habe. Der Privatvertrag geht die Behörde gar nichts an. Da soll aber Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegen. In einem Fall hat der Oberverwaltungsgerichtshof diesen Einwand als berechtigt erklärt, aber man hat den Landräten dieses Urteil zugestellt, damit sie eben auf diese Art Versammlungen verbieten können.

Wir protestieren gegen all diese Mißachtungen des Vereinsgesetzes und fordern vom Minister, daß er dem entschieden entgegenetrete. Freilich, die Gerichtsentscheidungen zugunsten der

Volkspartei werden den Behörden nicht gestellt, nur die gegenfeiligen. Wir sind eben noch meistentheils von wirklicher Selbstverwaltung entfernt und der

**tausendarme Verwaltungssapparat**

Begleitet Preußen wie ein Schatten. So manche Gastwirte lassen sich von den Landräten die Hergabe ihrer Lokale an uns verbieten. Der vom Landrat geleitete Kreisauschuß ist ja die Konzeptionsbehörde. Widerpenfliche Wirte bestraft man durch Verweigerung oder Erklärerung der Taugerlaubnis, Heruntersetzung der Polizeistunde, schließlich sogar durch unbedingte Konzeptionsentziehung. Wie stellt sich denn der Minister hierzu? Darüber hat er noch keinen Erlass herausgegeben. Das müßte er aber in entsprechender Weise unter Hinweis auf den sonst begangenen Mißbrauch der Amtsgewalt tun, wenn er wirklich das Vereinsgesetz der Staatsbürger sichern will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ohne Ansehen der Person soll die Verwaltung arbeiten — aber beim Vereinsgesetz ist keine Rede davon. Herr v. Redlig hat ja allerdings als höchste Pflicht der Landräte die Bekämpfung der Sozialdemokratie bezeichnet. (Sehr richtig! rechts.) Freilich, für Sie ist das eine Begünstigung, wenn wir verfolgt werden.

Wir fordern freie Betätigung der ganzen Bevölkerung und politische Neutralität der Landräte. Dann ist freilich Ihr (nach rechts) Einfluß auf dem Lande zu Ende! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

**Wir wollen, daß die geheime Spionage der Behörden**

gegen die Staatsbürger aufhört. Die öffentlichen Erlasse des Ministers sind nicht seine ganze Politik, sondern dazu kommen die Geheimkonferenzen bei den Regierungspräsidenten usw.

In Goslar hat der Landrat einem Turnverein eine Weisheit erteilt, weil ein Mitglied in einer alten, seinerzeit eingereichten Mitgliederliste des sozialdemokratischen Vereins stand. Längst hätten diese Listen vernichtet sein müssen — aber sie dienen noch zur Espionage der Bevölkerung.

Auf den Landratsämtern herrscht so eine wahre politische Korruption.

Präsident Frhr. v. Erffa ersucht den Redner, sich zu mäßigen.

**Abg. Leinert (fortfahrend):**

Wenn auch bei den letzten Reichstagswahlen mancherlei Mißbräuche infolge des ministeriellen Erlasses über die Wahlurnen, der übrigens nur in der Ordnung war, vermieiden wurden, so sind trotzdem noch mannigfache Unrechtmäßigkeiten bei der Ueberwachung der Wahlen vorgekommen. Im § 9 des Wahlgesetzes steht, daß die Wahl öffentlich ist. Das hat mit der amtlichen Ermittlung des Resultats für den Wahlkreis, wo nur Wähler Zutritt haben, nichts zu tun, und der Minister müßte die Landräte entsprechend anweisen. Jedermann, nicht nur Wahlberechtigte irgendeines Kreises, wie der Minister bekannt gab, darf der Wahl beimohnen. Ein solches unrichtiges Vorgehen führt zu dem Verlangen mancher Wahlvorsteher nach Legitimationspapieren und dann sagen sie noch: Ja, beweisen Sie mir, daß Sie die Papiere nicht gestohlen haben. (Weiterkeit.) Sie lachen, aber die Schamröte kann einem bei solchen

**Schikanen der Wahlvorsteher**

ins Gesicht steigen. Diesen unerhörten Zuständen muß der Minister abhelfen und die Landräte dazu anhalten, auch bei den Reichstagswahlen Unparteilichkeit zu üben. Mit dieser notwendigen Unparteilichkeit ist es nicht vereinbar, wenn der Landrat die Wählerliste bei der Hauptwahl kontrolliert und dann diejenigen Beamten, die noch nicht gewählt haben, energisch zur Wahlbeteiligung bei der Stichwahl auffordert, wie dies in einem hannoverschen Wahlkreise und in Salau-Ludau nachgewiesen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie glauben, durch eine Wahlpflicht der Beamten „gute Wahlen“ herbeizuführen, so können Sie sich damit vielleicht auch irren. Es werden dann vielleicht noch mehr Beamte sozialdemokratisch wählen als bisher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir protestieren ebenfalls gegen eine solche geistwidrige Wahlpflicht. Unzulässig ist es auch, wenn bei der Wahl den sozialdemokratischen Wählerführern absichtlich die Stühle vorenthalten werden. Ich muß hier auch den Fall des Pastors Stier in Roggen erwähnen, der scharfe Angriffe gegen den Landrat des Kreises Teltow, gegen den Kreissekretär und gegen den Bürgermeister von Roggen gerichtet hatte, weil nach seiner Meinung diese Personen schuldig daran waren, daß bei dem Verkauf des Zollener Schießplatzgeländes verschiedene arme Gemeinden durch die verpätete Genehmigung der Umsatzsteuerordnung um große Steuerbeträge zugunsten von Hohenpessulanten gebracht worden sind. Der Pastor Stier ist ein konserwatiber Mann von orthodoxer Gesinnung, da er aber einen preussischen Landrat angegriffen hat, wurde er keines Amtes entsetzt und für geisteskrank erklärt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch beim Verkauf des Tempelhofer Feldes ist in gleicher Weise verfahren worden. An den Minister möchte ich die Frage richten: Wie ist es zugegangen, daß die Genehmigung der Umsatzsteuer für den Kreis Teltow länger als ein halbes Jahr gebauert hat? Warum ist sie nicht vor der Auflassung genehmigt worden. Im Kreis Teltow ist man der Ueberzeugung, daß der Landrat, der Kreissekretär und der jetzige Amtsvorsteher von Roggen an dem Spekulationsgeschäft beteiligt sind (Abg. Hammer (L.) ruft: Unerhörte Verleumdung!), daß sie selber den Veräußerer der Grundstücke, insbesondere denjenigen, die die neue Terraingesellschaft geordnet haben, persönlich die Zusage auf die Nichterhöhung der Umsatzsteuer gemacht haben und daß, um diese Zusage zu halten, von diesen Instanzen absichtlich die Genehmigung der Umsatzsteuer hintertrieben worden ist.

Präsident Frhr. v. Erffa: Herr Abg. Hammer, es ist hier verstanden worden, daß Sie gesagt hätten: „unerhörte Verleumdung!“ (Abg. Hammer: Jawohl!) Dann rufe ich Sie zur Ordnung!

**Abg. Leinert (Soz.) fortfahrend:**

Auch sonst muß dafür gesorgt werden, daß die Machtstellung des Landrats eingeschränkt wird. Wenn der Landrat Vorsitzender des Versicherungsamtes des Kreises wird, so würde ich das im Interesse der Versicherten bebauern. Der Kreissekretär Wallmann aus Nordheim hat in einem Schreiben an Einwohner die Aufforderung gerichtet, sie möchten Mitglieder für den Reichsverband werden. (Hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja eine alte Sache, daß die Landratsämter die

**Sammelfellen für den Reichsverband**

gegen die Sozialdemokratie sind. Den vielen Mißständen kann nur ein Ende gemacht werden, wenn man die Landratsämter in der jetzigen Form beseitigt (nach rechts), wenn man sie zu wirklichen Selbstverwaltungsorganen macht. Dazu ist allerdings die Voraussetzung das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Auf die Dauer wird sich auch in Preußen die Bevölkerung die Bevormundung durch den Landrat nicht gefallen lassen. Schließlich wird die Bevölkerung Einfluß gewinnen auf die Körperschaften, die heute Ihre (nach rechts) Domänen sind zur Verbeistaltung „guter Wahlen“ und zur Stärkung der konserwatiben Parteien. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Die Voraussetzungen, von denen der Vorredner ausging, sind falsch. Die Genehmigung des Kreisratsbeschlusses vom 26. September 1910 auf Erhöhung der Umsatzsteuer von 1/5 auf 1 Prozent ist nicht im Juli 1911 erfolgt, sondern bereits am 6. Januar. (Hört! hört! rechts.) Weil es sich um die Entscheidung einer sehr bedeutungsvollen Frage handelte, mußte das Ministerium des Innern mit dem Finanzministerium in Verbindung treten. Infolgedessen konnte die Genehmigung nicht früher erfolgen. Die Auflassung hat auch nicht vor der Genehmigung, sondern erst nach ihr stattgefunden. Bei den Verhandlungen kam ein Vertrag zwischen der Gemeinde Tempelhof und dem Kreise einerseits und der Deutschen Bank andererseits zustande,

in welchem sich diese verpflichtete, der Gemeinde die Umsatzsteuer zu erstatten. Die notarielle Beurkundung dieses Vertrags erfolgte vor dem Kreisratsbeschluss auf Erhöhung der Umsatzsteuer. Denn, nachdem das Reich mit der Deutschen Bank unter einer Umsatzsteuer von 1/2 Proz. gemacht war, der Kreis durch seine Steuerhoheit 1 Proz. verlangt hätte, so wäre das eine schwere Verletzung gegen Treu und Glauben gewesen. Im Kreisratsschluß war man darin einig, nachdem im Kreisrat unter allgemeiner Zustimmung diese Absicht verkündet war und die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Wie man bei diesem einfachen Sachverhalt Anschuldigungen gegen den Landrat erheben kann, ist mir absolut unbegreiflich. Der Informator des Vorredners kann nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte gewesen sein, wenn er solche Verleumdungen verbreitet hat. (Weifall.)

Abg. Linderberg (S.) erklärt die Behauptungen Leinerts ebenfalls als unbegründet und beklagt sich über Benachteiligung der niederrheinischen Zentrumpresse bei Vergütung amtlicher Inserate und über Abonnentenwerbung für das Kreisblatt durch Polizisten, wodurch sich Leute gegen ihren Willen zum Abonnement zwingen lassen.

Abg. Hammer (L. — persönlich): Ich habe den Informator des Abg. Leinert wegen Verleumdungen des Bürgermeisters von Josten und des Landrats v. Achenbach abgewiesen. Nur gegen ihn richtete sich mein Zorn.

Präs. Dr. Schr. v. Erffa: Nachdem Sie erklären, daß sich Ihr Zorn „unerhörte Verleumdungen“ nicht gegen den Abg. Leinert richtete, nehme ich den Ordnungsruf zurück.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Leinert (Soz.): Mein Material über das Tempelhofer Feld habe ich größtenteils aus den Zeitungen und ich wurde in dem Glauben an seine Wahrheit bestärkt durch Mitteilungen der „Deutschen Tageszeitung“. Wenn also Herr Hammer von Verleumdungen spricht, so bitte ich ihn, die „Deutsche Tageszeitung“ nicht auszuschließen und wenn der Minister sagt, daß mir das alles nur solche zugezogen haben können, die nicht im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte sind, so bitte ich ihn, dabei auch an die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ zu denken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hammer (L.): Die „Deutsche Tageszeitung“, mit der mich Abg. Leinert in Verbindung bringt, hat zwar dasselbe vorgebracht, wie Abg. Leinert, hat es aber dann zurückgenommen.

Abg. Leinert (Soz.): Das hat sie nicht, im Gegenteil, sie hat ihre Angaben bestätigt. (Hört! hört!) Ich habe aber Herrn Hammer mit der „D. Tagesztg.“ nicht in Verbindung gebracht, da ich mir sehr gut vorstellen kann, daß selbst die „Deutsche Tageszeitung“ nicht Herrn Hammer zur Vertretung ihres Materials gebrauchen kann. (Große Heiterkeit.)

Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 5 Uhr.

## Entschädigungsprozeß der Witwe Herrmann.

Die Witwe des Arbeiters Herrmann, der vor 1 1/2 Jahren in Moabit vom Polizeifabel niedergeschlagen wurde und an den Folgen der erlittenen Verletzungen starb, wartet noch immer auf Entschädigung. Der Polizeifiskus, von dem sie sie einklagen mußte, hat bisher bekanntlich gegen ihre Forderung geltend gemacht, es sei nicht erwiesen, daß Herrmann durch einen Polizeifabel zu Tode gekommen sei. Nachdem das Landgericht I im vorigen Termin hierzu beschloffen hatte, die Ermittlungssachen der Staatsanwaltschaft, betreffend den Tod Herrmanns und das Protokoll über die Obduktion seiner Leiche sowie die Sachverständigenurachten über die vermutliche Todesursache heranzuziehen, wurden gestern in einem neuen Termin diese Beweismittel zum Gegenstand der Verhandlung gemacht.

Das Obduktionsprotokoll gibt an, daß Herrmann an Hirnhautentzündung und beginnender Lungenentzündung gestorben sei. Die Hirnhautentzündung habe sich, sagen die Obduzenten, offenbar an eine Kopfverletzung angeschlossen. Ueber deren Natur aber würden sich die Ärzte des Krankenhauses Moabit äußern können, in dem Herrmann behandelt worden sei. Hierzu liegt ein Gutachten des Prof. Straßmann vor. Danach stellt die Kopfverletzung sich dar als ein glattrandiger Spalt, der von einem scharfen, schneidenden Werkzeug herrühren müsse. Ob ein Schussmannsfaßel oder ein Leutnantsfaßel den Hieb geführt habe, lasse sich nicht sicher entscheiden. Doch sei anzunehmen, daß das Werkzeug ein schweres gewesen sei.

Als Vertreter der Klägerin Witwe Herrmann führte hierzu Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld aus, man habe sonach als erwiesen anzusehen, daß Herrmann in der von der Klägerin behaupteten Weise zu Tode gekommen sei, d. h. daß er von der Polizei niedergeschlagen wurde. Daß Herrmanns Tod durch die dabei erlittene Schädelverletzung veranlaßt worden sei, müsse als festgestellt gelten. Die Frage, ob ein Schussmannsfaßel oder ein Leutnantsfaßel den Hieb geführt habe, sei erheblich nicht für den Streit um den Entschädigungsanspruch, sondern für die Suche nach der Person des Täters. Auch die Direktion des Krankenhauses Moabit habe in der an die Witwe abgegebenen Todesnachricht sofort gemeldet, daß Herrmann an Schädelbruch und Hirnhautentzündung gestorben sei. Zweifellos habe die Hirnhautentzündung sich an den Schädelbruch angeschlossen, den Herrmann durch den Hieb eines Polizeifabels erlitten habe. Hiernach sei der Entschädigungsanspruch der Witwe Herrmann dem Grunde nach als berechtigt anzuerkennen. Für den verflagten Polizeifiskus erklärt dessen Vertreter Assessor Kühne, ihm gelte nach wie vor als nicht erwiesen, daß die Schädelverletzung von dem Faßel eines Polizeibeamten herrühre.

Das Gericht kam zu der Entscheidung, daß der Entschädigungsanspruch dem Grunde nach gerechtfertigt sei.

Erst nach Rechtskraft dieses Urteils kann über die Höhe der Entschädigung verhandelt und entschieden werden.

Es ist also nun von zwei Gerichten, der Strafkammer und der Zivilkammer, nach eingehendster Beweisaufnahme festgestellt, daß der Arbeiter Herrmann ohne jeden Grund mit Polizeifabeln attackiert und so zugerichtet ist, daß der Tod des Herrmann die Folge war. Werden Polizeipräsident und der Minister des Innern noch behaupten: der Ehrenschild der Polizei ist rein? Und würde er auch so urteilen, wenn nicht

ein Arbeiter, sondern ein Landrat oder ein Minister das Opfer der grundlosen polizeilichen Attacken auf einen wehrlosen, harmlosen Bürger gewesen wäre? Wann endlich werden die Täter selbst festgestellt werden?

## Achter Bundestag der technisch-industriellen Beamten.

Berlin, 28. April 1912.

In seiner heutigen Sitzung beschäftigte sich der Bundestag mit der Frage eines einheitlichen Angestelltenrechtes, worüber Dr. Heinz Potthoff-Düsseldorf referierte. Er legte seinen Ausführungen folgende Leitsätze zugrunde, denen der Bundestag nach längerer Debatte einstimmig zustimmte: Die gegenwärtige Zersplitterung des Dienstvertragsrechtes in 6 Reichsgebiete und Duzende von Landesgesetzen ist unhaltbar. Seine Vereinheitlichung ist die Voraussetzung einer wirksamen Sozialpolitik für alle Angestelltenberufe. Sie darf nur als Uebertragung der günstigsten Einzelbestimmungen auf alle Gruppen erstrebt werden. In den meisten Einzelbestimmungen enthält gegenwärtig das Handelsgesetzbuch das sozialste Recht. Aber auch andere Gesetze enthalten gute Sonderbestimmungen, deren Verallgemeinerung allen Gruppen Vorteil brächte. Darüber hinaus ist für die Gesamtheit der Angestellten eine Fortbildung des Rechtes im Sinne sozialer Gestaltung zu fordern. Das soziale Recht soll die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen gegenüber dem privatwirtschaftlichen Eigennutz wahren; es soll den Unternehmer hindern, die Arbeitskraft seines Betriebs unrationell auszunutzen und dadurch sich privaten Gewinn auf Kosten des Rationalvermögens zu verschaffen. Die Grundlage dieses Rechtes muß also die Auffassung des Sozialen als des Vorranges der lebenden Menschen vor den Sachgütern sein. Da die Grundfragen des Angestelltenrechtes mit denen des Arbeiterrechtes übereinstimmen, würde als letztes Ziel die Schaffung eines allgemeinen Arbeiterrechtes mit ergänzendem Angestelltenrecht anzustreben sein. Aus praktischen Gründen wird jedoch die Gesetzgebung zunächst ein einheitliches Angestelltenrecht unter möglicher Abkehr von der gegenwärtigen laizistischen Gesetzgebung schaffen müssen.

Ueber die Reform des Kündigungsrechtes referierte Dr. G r e i l - Berlin. Nach ihm liegt es im Besten der heutigen Wirtschaftsordnung begründet, daß das Interesse des Arbeitgebers am Dienstverhältnis sich wie bei der Verwertung der sachlichen Produktionsmittel in der bestmöglichen Ausnutzung der Arbeitskraft erschöpft. Dagegen verfügt der Angestellte bei Abschluß eines Dienstvertrages nicht nur über seine Arbeitskraft, sondern über seine ganze Existenz. Für ihn steht daher beim Abschluß oder bei der Auflösung des Dienstvertrages seine gesamte persönliche Entwicklung auf dem Spiel. Während der Arbeitgeber nach herrschender Auffassung in der Lage ist, eine sofortige Lösung des Dienstvertrages jederzeit mit Geld zu erkaufen, indem er unter Verzicht auf die Weiterbeschäftigung das Restgehalt zahlt, macht der Angestellte sich im gleichen Fall eines Vertragsbruchs schuldig, der nicht nur das Risiko einer Schadenersatzklage in sich birgt, sondern darüber hinaus als eine unmoralische Handlung betrachtet wird und von den Arbeitgebern wiederholt mit dauernder Achtung bestraft worden ist. Während es dem Arbeitgeber bei dem großen Angebot von Arbeitskräften nicht schwer fällt, in kurzer Zeit Ersatz für einen Angestellten zu finden, kommt der Angestellte aus dem gleichen Grunde schwer zum Abschluß eines neuen Arbeitsvertrages. In der Regel nimmt der Arbeitgeber keine Rücksicht auf die Bindung eines sich anbietenden Angestellten durch einen bestehenden Arbeitsvertrag, sondern übergeht das Angebot des nicht sofort verfügbaren Angestellten. Die bestehende Gleichheit der gesetzlichen Kündigungsfristen ist also eine tatsächliche Ungleichheit im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und sie widerspricht dem Grundgedanken der ausgleichenden Gerechtigkeit. (Zustimmung.)

Einstimmig schloß sich der Bundestag der Forderung des Referenten nach einer Reform des Kündigungsrechtes mit dem Ziele an, einen Mißbrauch des Kündigungsrechtes unmöglich zu machen und den Angestellten prinzipiell eine kürzere Frist zu gewähren als dem Arbeitgeber. — Weiter richtete der Bundestag an die Reichsregierung die Bitte, in dem in der Vorbereitung befindlichen Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe die Verhältnisse der technisch-angestellten nicht unberücksichtigt zu lassen und allen technischen Angestellten nach Möglichkeit die vollständige Sonntagsruhe zu sichern. — Schließlich wurde eine Petition an die Regierung und die Hochschulen beschloffen, bei der Ausbildung der Juristen auf die Unterweisung im Arbeiterrecht möglichst Gewicht zu legen.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände betrafen innere Angelegenheiten des Bundes.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Arbeiterfrage am Rand.

Die afrikanische Goldindustrie hat, abgesehen von finanziellen Mängeln und von technischen Schwierigkeiten, erheblich unter dem Mangel an Arbeitern zu leiden. Darüber wird in dem Geschäftsbericht der A. Goerz u. Co.-Gesellschaft, die bekanntlich das Geschäftsjahr 1911 mit einem erheblichen Verluste abschließt, lebhaft Klage geführt. In dem Bericht des beratenden Ingenieurs an den Vorsitzenden und die Mitglieder des Aufsichtsrates der Firma heißt es, daß im Jahre 1911 die Grubenindustrie am Witwatersrand, im ganzen genommen, in mancherlei Hinsicht Fortschritte erzielt habe, daß aber die Knappheit an eingeborenen Arbeitern im abgelaufenen Jahre ernstlicher als je zuvor die Industrie behinderte. Der Ingenieur meint, daß die Goldindustrie sich sonst jedenfalls günstig entwickelt hätte. Ob das bei einer genügenden Anzahl von eingeborenen Arbeitern der Fall gewesen wäre, muß doch zweifelhaft erscheinen. Sicher ist jedoch, daß die Arbeiterknappheit der afrikanischen Goldindustrie sehr hinderlich ist. In den letzten Jahren sind immer mehr Betriebe aufgemacht worden und dadurch wurde der Wettbewerb um die Arbeiter verschärft. Die Folge war, daß nicht nur auf den einzelnen Betrieb verhältnismäßig weniger Arbeiter entfielen, sondern daß auch die Arbeitslöhne stiegen. Bei der Goerz-Gruppe z. B. stellten sich die Durchschnittskosten pro beschäftigten Eingeborenen, umfassend Löhne, Anwerbsgebühren, Verpflegung und Obdach sowie familiäre übrigen diversen Speisen für das Jahr 1909 auf 27 Pfund Sterling, 10 Schilling, 6 Pence; für das Jahr 1910 auf 32 Pfund Sterling, 4 Schilling, 10 Pence und für das Jahr 1911 auf 34 Pfund Sterling, 17 Schilling, 1 Pence. Wendet man diese Ziffern auf die auf den Witwatersrand-Gruben in 1911 beschäftigte Durchschnittszahl an Eingeborenen abzüglich 10 Proz. für Kranke und Arbeitslose an, so ergibt sich eine diesbezügliche Mehrausgabe von 1 186 039 Pfund Sterling gegenüber dem Jahre 1909 und von 426 064 Pfund Sterling gegenüber dem Jahre 1910. Es scheint, daß neben anderen Ursachen auch die Furcht der Arbeiter vor Krankheiten sie dazu zuredete, sich für die Goldminen anwerben zu lassen. Die Gruben haben nämlich eine starke Staubentwicklung, welche die Ursache der unter den

Goldminenarbeitern weitverbreiteten Lungenschwindsucht ist. Man arbeitet deshalb darauf hin, die Staubentwicklung zu vermindern und versucht vor allen Dingen durch Zuführung von frischem Wasser die Staubschäden zu bekämpfen. Die Anwendung sogenannter Exhaustoren scheint man in Afrika nicht zu kennen, wenigstens wird in dem Goerz-Berichte darüber nichts gesagt. Teilweise sind infolge der großen Knappheit an Arbeitskräften die Minen vom Handbetriebe zum Maschinenbetriebe übergegangen. Zunächst hat dieser Uebergang die Betriebskosten erhöht und es steht wohl noch nicht fest, ob die Minen überhaupt Nutzen davon haben werden. Jedenfalls nimmt man an, daß eher durch eine Steigerung der schwarzen Belegschaft als durch die Einführung von Maschinen die Lohnhöhe vermindert werden und die Kostenlöhner verringert werden kann. In der allerletzten Zeit scheint der Zustrom von schwarzen Arbeitern etwas größer geworden zu sein, wenigstens wird in dem Spezialbericht über die „Princeps Estate“ von einer Vermehrung der schwarzen Arbeiterschaft gesprochen. Von einer wesentlichen Verbesserung der Arbeiterverhältnisse am Rand wird man noch lange nicht sprechen können. Man hat ja seit der Rücksendung der Chinesen, die zu vielen Tausenden in den Minen beschäftigt wurden, alles Mögliche versucht, die Arbeiterfrage zu lösen. Im Jahre 1909 z. B. berief die Regierung der Kapkolonie eine Konferenz über die Arbeiterfrage nach Kapstadt. Aber auch diese Konferenz hatte nennenswerte Resultate nicht zur Folge. Zeitweise versuchte man, die Bergarbeiter für den Minenbau in Afrika zu gewinnen. So wollte man in größeren Mengen westafrikanische Arbeiter anwerben. In dem Goerz-Berichte wird nichts darüber gesagt, ob deutsche Arbeiter in größerer Zahl in den Minen beschäftigt werden.

## Aus der Frauenbewegung.

### Liberaler Frauen.

Als eine Art Gegenmanifestation zu unseren 40 Volksversammlungen, die in ihrem Grundprinzip gegen die wahnsinnige Wehrvorlage gerichtet waren und allgemein glänzend besucht waren, hatte die liberale Frauenpartei unter Führung ihrer enthusiastischen Flottenführerin Maria Wischniewska zu einer öffentlichen Versammlung am Freitag, den 26. April, 8 1/2 Uhr, im Saal der Viktoriabrauerei in der Lühowstraße eingeladen. Das Referat über „Die Entwicklung der deutschen Flotte“ hielt ein kleiner Oberstleutnant, der Schriftsteller Schulze-Bahlke, und er hat sich dieser Aufgabe mit einem Nischenmaterial und herzlich wenig Geschick unterzogen, wenn auch die Vorsitzende von Dank für die gebotenen Genüsse geradezu überflutet. Als die Versammlung eröffnet wurde, zu der mit schallendem Beifall schriftlich und mündlich verbündet worden war: „Liberale Frauen und Männer! Die deutsche Wehrfähigkeit zur See, der Schutz des Auslandsverkehrs, die Zukunft des „größeren Deutschlands“ sind zurzeit brennende Tagesfragen. Sachliche Orientierung tut jedem Deutschen Rat. Wir hoffen auf starke Teilnahme an unserer Versammlung. Gäste sehr willkommen“, da waren gerade fünf Personen außer dem Vorstande vorhanden, die sich bei Schluß der grandiosen Veranstaltung auf zwanzig ganze Menschen vermehrt hatten. Das Referat war eigentlich nur ein kleiner Auszug der Geschichte der Hamburg-Amerika-Linie, die sich, wie wir alle wissen, langsam aber stetig entwickelt hat, die statistischen Zahlen finden sich wahrscheinlich schon in den deutschen Lesebüchern vor. Genug, der Referent meinte dann, diese deutsche Handelsflotte müsse geschützt werden, durch eine mächtige Kriegsflotte. Allerdings nicht um Eroberungen zu machen, sondern zur Verteidigung. England könnten wir ja niemals überflügeln (auf der See nämlich) aber dieses England müßten wir einmal etwas näher ins Auge fassen. Was hat es seit hundert Jahren angestellt? Es ist unser größter Konkurrent! Spanien, das reichste Land, durch Niederland und englische Hinterlist ward es keingemacht, Niederland selbst ward von England erdrückt. Dann kam Frankreich an die Reihe, dann kamen die Dänen und mußten für England bluten, dann der Krimkrieg, 1864 war England nur grollend einberstanden ebenso 1886. Im Jahre 1870 war England Ursache der Hingögerung der Belagerung von Paris. Und dann Kapland und die Buren und Marokko! Rein, kein Vertrauen zu England ist angebracht und daher auch keine Abrüstung. Und daher, hoch die Wehrvorlage! Der Krieg mit England ist uns sicher, er kommt und wir müssen deshalb Schiffe bauen, wenn auch der Schlußsatz p. p. noch des Referenten Ansicht herein von dem Landheer ausgeföhren sein muß. Die Frauen aber haben die Pflicht, zu sorgen, daß unsere Söhne dereinst wohlgenut in diesen Krieg ziehen, hurra! Mit noch weit größerer Durraffimmung schloß sich Maria Wischniewska dem Redner an. Und dann kam die Diskussion. Ein liberaler Mann, der im großen und ganzen zustimmend sprach, wurde von der Vorsitzenden kühn gemacht, so daß er aufstehend gegen diese streitbare Amazone schimpfte, die mit Treue und Großheit jede Diskussion verhinert. Ein zweiter Diskussionsredner, der mit einem Ausfall gegen die liberalen Männer begann, wurde ebenfalls unterbrochen. Er entpuppte sich aber dann als konservativer, der freimütig bekannte, daß er geradezu „entzückt“ sei von dem was er bei den liberalen Frauen an Nationalitätsempfinden vorgefunden, wenn es so um die deutsche Frauenwelt stände, begreife er nicht, weshalb seine Fraktion, die Konservativen, sich gegen das Wahlrecht der Frauen stemme, die liberalen Frauen hätten sicher allen Konservativen aus der Seele gesprochen. Und sauerlich lächelnd mußte Maria Wischniewska diese herbe Bille schlucken. Sie sah sich ungewünscht erkannt. Zum Schluß warf noch eine Rednerin die Frage auf, wer denn die Kosten tragen solle für die neuen Forderungen, das Volk sei doch überlastet? Sie habe einen Sozialdemokraten im Reichstag über den Spiritus reden hören, der sie durch sein Wissen geradezu stußig gemacht hätte. Maria Wischniewska wühlte Rat. Die dumme Erbschaftsteuer hat uns zuviel Staub aufgewirbelt, die werfen wir über den Haufen, aber eine andere Besitzsteuer mag es sein. Welche, unterließ sie anzudeuten. Das war die große Demonstration der liberalen Frauen für die Wehrvorlage. Dagegen können wir mit unseren 40 Versammlungen, wie mit unseren 4 1/2 Millionen, einpaßen. Wenn es sein muß, zieht Maria Wischniewska los in den Krieg, denn der Friede ist Utopie sagt sie. Und Kolonien müßten wir erwerben, wegen der Ueberbevölkerung, die schon vor der Tür. Rautenbrecher sage es auch, und was der sage — das müsse wahr sein! Hurra!

Die 9. ordentliche Versammlung des Landesvereins Preussischer Volksschullehrerinnen wird in den Pfingstferien dieses Jahres vom 26.-29. Mai in Düsseldorf tagen. In den Hauptversammlungen stehen zur Beratung: „Bildung und Schulerziehung“, Referentin Martha Schumann-Galle, und „Das Staatsbürgerrecht der Lehrerinnen“, Referentin Dr. Marie Käßler, Berlin-Lichterfelde. Auch wird eine Ausstellung für Arbeitsunterricht mit der Versammlung verbunden werden. Gleichzeitig findet die vierte Hauptversammlung des deutschen Vereins abstinenter Lehrerinnen in Düsseldorf statt.

# Maizeitung 1912

soeben erschienen. Reichhaltiger Inhalt. Unter anderem: „Frauen-Mat“ von G. Preetzang, — „Sieges-Mat — Kampfes-Mat“ von Georg Gradnauer, — „Maitied“ von Ludwig Lessen, — „Proletarische Lebenskunst“ von Stefan Großmann, — „Feinde ringsum“ von Gustav Bauer, — „Vorabend“ von Friedrich Stampfer, — „Der Frauen Märschtag“ von B. Schiefinger, — : : : : : „Im Kampf um die Jugend“ von C. Korn. : : : : : Preis 10 Pf. Preis 10 Pf.

Künstlerische Illustrationen. Berlin SW. 68 Lindenstr. 69 (Laden).

**Öffentliche politische Versammlungen.**

**Anarchisten! Sozialisten!**  
 Mittwoch, den 1. Mai, mittags 12 Uhr, bei **Bocker**,  
 Weberstraße 17:  
**Öffentliche Mai-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
**Der erste Mai.** Referent **H. Köter**.  
 Freie Aussprache.  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet. 14485  
**Union anarchist. Vereine Berlins und Umgegend.**  
**Ernst Decker**,  
 Berlin-Pankow, Wolantstr. 126.

**Holzarbeiter!**

Nach dem Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung soll die  
**Maifeier durch Arbeitsruhe**  
 begangen werden. Die Ortsverwaltung erwartet von den Mitgliedern  
 die strikte Einhaltung dieses Beschlusses.

**Maierversammlung**

findet statt  
 vormittags 10 Uhr in der „**Neuen Welt**“, Hasenheide  
 Referent: **Genosse Schöpllin**.

Die Mitglieder der einzelnen Branchen treffen sich vormittags 8 Uhr  
 in folgenden Lokalen:

- Büstenmacher** bei **Prenß**, Holzmarktstr. 65.
- Bodenleger** im **Gewerkschaftshause**, Engeluser 15, Zimmer 2.
- Einseher** im **Gewerkschaftshause**, Engeluser 15, Saal 11.
- Jalousiearbeiter** bei **Walter**, Adalbertstr. 62.
- Kammacher** bei **Walter**, Adalbertstr. 62.
- Kistenmacher** bei **Müßch**, Krautstr. 24.
- Klavierarbeiter** im „**Märkischen Hof**“, Admiralstr. 18c.
- Korbmacher** bei **Krause**, Ruskauer Straße 20.
- Maschinenarbeiter** bei **Werkowski**, Andreasstr. 26.
- Modell- und Fabrikarbeiter** im „**Rosenthaler Hof**“, Rosen-  
 thaler Straße 11/12.
- Perlmutterarbeiter** bei **Thomas**, Melchiorstr. 5.
- Rahmenmacher** bei **Behlisch**, Staliger Straße 22.
- Stellmacher** im „**Rosenthaler Hof**“, Rosenthaler Str. 11/12.
- Stockerbeiter und Schirmmacher** bei **Hermel**, Holzmarkt-  
 strasse 21.
- Vergolder** im **Gewerkschaftshause**, Engeluser 15, Restaurant.
- Wandformenschnitzer** im **Gewerkschaftshause**, Engeluser 15.
- Zadentischler** im „**Englischen Garten**“, Alexanderstr. 27c.

Die Kollegen von **Moabit** bei **Hube**, An der Moabiter Brücke.  
 Die **Tischler, Drechsler und Polierer** treffen sich in  
 den Lokalen, in denen sie ihre Werkstattöffnungen abhalten und  
 gehen von dort nach der „**Neuen Welt**“, Hasenheide 108/114.  
 Die **Holzarbeiter von Weissensee, Lichtenberg und**  
**Friedrichsfelde** nehmen an den in diesen Orten statt-  
 findenden Versammlungen teil. — Die **Kollegen von Weissen-**  
**see** versammeln sich um 9 Uhr im „**Prälaten**“, Lehderstr. 122.  
 Dasselbst werden auch die **Maimarken** ausgegeben.

Jeder feiernde Kollege erhält zur Kontrolle eine **Maimarke**  
 in der „**Neuen Welt**“.

**Achtung! Arbeitslose. Achtung!**

Die **Arbeitslosen** brauchen am 1. Mai den **Arbeitsnach-**  
**weis** nicht zu besuchen und die **Arbeitslosenarten** nicht  
 stampeln zu lassen.

**Das Verbandsbureau**

ist am 1. Mai den ganzen Tag geschlossen.  
 Die **Ausgesperrten** melden sich am 2. Mai in den  
 Betrieben zur Arbeit. Bleibt es bei der **Aussperrung**,  
 so stellt der **Werkstatt-Vertrauensmann** die **Zahl** der  
**Ausgesperrten** fest und meldet sich in der Zeit von 9  
 bis 12 Uhr im **Gewerkschaftshause**, Saal 1.  
 Die **Ortsverwaltung**.

**Dr. Cook**  
 der vielumstrittene Nordpolfahrer, wird  
 am Dienstag, den 30. April 1912, in der  
**Brauerei Friedrichshain**  
 am **Königstor**

einen **Lichtbildervortrag** in deutscher Sprache halten.  
**Dr. Cook**  
 bringt positive Beweise für seine Entdeckung des Nordpols.  
 Höret seine Verteidigung gegen Bearps Angriffe und dann urtheilt  
 selbst!  
 Eintrittspreise: 1 M., rosver. 2 M. Anfang 8 Uhr.

**A. Hoffmanns Verlag**

Theater- und musikalische Literatur  
 Berlin O., Blumenstraße 23 I  
**1. Mai geschlossen.**  
 Vom 2. Mai bis 30. September 1912  
 geöfnet von 11-3 Uhr wochentags  
**Neuer illustrierter Theater-Katalog**  
 auf Wunsch gratis und franko.

**Schuhputz**  
**Servus**  
**das Beste**

**Überall zu haben** in Dosen à 10 und 20 Pfg.  
 Fabrik: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

**Eine Wette**

können wir eingeben, dass Sie  
 nach einmaligem Versuch in-  
 folge der grossen Vorzüge Ihre  
 Schuhe stets versehen lassen



**mit Continental**  
**Gummi-Absätzen**  
 Enorm haltbar

Schwelmer Gummiwaren-Industrie G. m. b. H., Schwelm i. W.

**Zeitungs-Ausgabestellen**  
 und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: **Walter & Junfermann**, Auguststr. 30, Eingang Joachimstraße.  
**2. Wahlkreis**, W.: **Gust. Schmidt**, Kirchbachstr. 14, Hochparterre.  
 S. und SW.: **Hermann Berner**, Guelienstr. 72.  
**3. Wahlkreis**: **St. Frey**, Weingartenstr. 31, Hof rechts part.  
**4. Wahlkreis**: **Otto**: **Robert Bengels**, Gr. Frankfurterstr. 120.  
 — **Richard Adelbush**, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
**4. Wahlkreis**, Südosten: **Paul Böhm**, Kaufmännischer Platz 14/15.  
**5. Wahlkreis**: **Leo Juch**, Immanuelstr. 12 (Hof).  
**6. Wahlkreis (Moabit)**: **Karl Kuder**, Salzweidenerstr. 8.  
**Wedding**: **J. J. Smith**, Kazaretschstr. 49.  
**Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt**: **Wilhelm**  
**Baumann**, Rheinsbergerstr. 67, Laden.  
**Gesundbrunnen**: **J. Trapp**, Wehlenerstr. 6, Laden.  
**Schönhauser Vorstadt**: **Karl Marx**, Greifenhagenstr. 27.  
**Adlershof**: **Karl Schwarziels**, Hoffmannstr. 9.  
**Alt-Gliencke**: **Wilhelm Dürre**, Köpenickerstr. 6.  
**Baumschulenberg**: **H. Hornig**, Marienburgerstr. 13, I.  
**Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schön-**  
**brück**: **Heinrich Brose**, Mühlentstr. 5, Laden.  
**Bohnsdorf und Falkenberg**: **Wolfs Paul**, Bohnsdorf, Ge-  
 nossenschaftshaus „Paradies“.  
**Charlottenburg**: **Gustav Scharnberg**, Selenbemerstr. 1  
**Elchwalde**: **Oskar Rahl**, Stübchenstr. 99.  
**Erkner**: **Ernst Hoffmann**, Friedrichshagenstr. 99.  
**Friedersdorf-Petershagen**: **G. Heide**, Petershagen.  
**Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lank-**  
**witz**: **H. Bernier**, Wittenstr. 5 im Sieglitz.  
**Friedrichshagen**: **Ernst Werfmann**, Köpenicker Straße 18.  
**Grünau**: **Kraus Klein**, Friedrichstr. 10.  
**Johannisthal**: **Wieliczka**, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.  
**Karlshorst**: **Richard Käter**, Köpenickerstr. 9, II.  
**Königs-Wusterhausen**: **Friedrich Baumann**, Bahnhöfstr. 13.  
**Köpenick**: **Emil Böhler**, Kieperstr. 6, Laden.  
**Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen**:  
**Otto Seifert**, Wartenbergstr. 1 (Laden).  
**Mahlsdorf, Kaulsdorf**: **H. Heßberg**, Kaulsdorf, Ferdinand-  
 str. 17.  
**Mariendorf**: **August Leis**, Chausseestr. 206, Hof.  
**Marienfelde**: **Emil Weinert**, Dorfstr. 14.  
**Neuenhagen**: **Gustav Leh**, Wollersdorf.  
**Nieder-Schöneweide**: **Gehr**, Weilerstr. 6.  
**Nowawes**: **Wilhelm Jappe**, Friedrichstr. 7.  
**Ober-Schöneweide**: **Witold Bader**, Wilhelmminnenhofstr. 17 II.  
**Pankow-Niederschönhausen**: **Rigmann**, Mühlentstr. 30.  
**Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz**:  
**H. Gurjch**, Brodingerstr. 58, Laden.  
**Rixdorf**: **M. Heinrich**, Redarstr. 2, im Laden; **Rohr**, Sieglitz-  
 str. 28/29.  
**Rummelsburg, Boxhagen**: **M. Rosenkrantz**, III-Boxhagen 56.  
**Schöneberg**: **Wilhelm Baumier**, Martin Lutherstr. 69, im Laden.  
**Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und**  
**Falkenhagen**: **H. Hopen**, Breitenstr. 64.  
**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,**  
**Hermesdorf und Reinickendorf-West**: **Paul Riegraf**,  
 Vorkriegswalde, Mühlentstr. 10.  
**Teltow**: **Wilhelm Donow**, Teltow, Berliner Str. 16.  
**Tempelhof**: **Rob. Krohn**, Dorffstr. 62.  
**Treptow**: **Rob. Gramann**, Kiehlstr. 412, Laden.  
**Weissensee**: **H. Fuhmann**, Sedanstr. 105, partierre.  
**Wilmerdorf-Halensee-Schmargendorf**: **Paul Schuber**,  
 Wilhelmstr. 17.  
**Zeuthen, Miersdorf**: **Ernst Häutig**, Zeuthen, Dorfstr. 15.  
 Sämtliche Vertikalliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

**Möbel-Cohn**

58 Gr. Frankfurter Str. 58  
 unweit der Kaiserstraße.

**Möbel auf Kredit**

**Riesen-Auswahl**  
 Anzahlungen auf Stube und Küche:  
 Mark 15 30 50 75  
 bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

**Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer**  
 jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.  
**Einzelne Möbelstücke** Grösste Rücksicht bei  
 von 5 M. Anzahlung an. Krankheit und Arbeits-  
 losigkeit.  
 Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich,  
 resp. nach Uebereinkunft.  
 Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.  
 Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.



**Selbstkostenpreis**  
**+ 10 %**

Die Ersparnisse, welche wir dem geehrten Publikum beim Einkauf von fertigen Herren-, Jünglings-, Knaben- und Sportkleidern bieten, sind sehr bedeutend, da wir die wirklichen Verkaufspreise um ca. 20-30% billiger berechnen, wie allgemein üblich. — Wir haben nicht nötig, durch fortwährende „Ausnahmetage“ und „Sonder-Angebote“ die Käufer anzulocken; nach unserem System „Selbstkostenpreis + 10%“ werden alle Waren jederzeit gleichmässig billig verkauft.

**Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H. H. K. G.**  
 Special-Geschäft grösseren Stils für fertige Herren- und Knaben-Bekleidung

Wir haben keine Filialen **Neue Schönhauserstr. 1** Ecke Weinmeister- und Münzstrasse **Wir haben keine Filialen**

**Jeden Tag im Monat eine andere Suppe**

mit **MAGGI** Suppen. Mehr als 35 Sorten wie Reis, Reis-Julienne, Rumford, Sago, Tapioka, Sternchen, Erbs mit Schinken, Nudeln, Königin-Suppe usw.  
**MAGGI** Suppen schmecken ganz vorzüglich. Verlangen Sie deshalb ausdrücklich **MAGGI** Suppen mit der Schutzmarke **Kreuzstern**.

„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!“

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am 1. Mai bleibt die Bibliothek bei Neumann, Nothher- und Bismarckstraße-Ecke, geschlossen. Sonst ist die Bibliothek geöffnet Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 9 1/2 Uhr abends.

Die Weisfeier in den Vororten.

Charlottenburg. Dieses Jahr findet die Weisfeier nur im „Volkshaus“, Rosinenstr. 8, statt.

Schöneberg. Die Weisfeier wird in der „Schloßbrauerei“, Hauptstraße 122, begangen. Das Konzert beginnt nachmittags 4 Uhr; die Kaffeelücke ist bereits von 2 Uhr ab geöffnet. Die Arbeitergesangsvereine Schöneberger Männerchor und Liedertafel-West sowie der Arbeiterturnverein haben ihre Mitwirkung zugesagt. Eintritt 20 Pf.

Spandau. Die Feier findet bei Viel statt. Vormittags 10 Uhr Versammlung, nachmittags Volksbelustigungen. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder treffen sich früh 9 Uhr bei Widien, Potsdamer Straße 26, um an dem Spaziergang teilzunehmen.

Schmargendorf. Bei schönem Wetter wird die Weisfeier von abends 6 Uhr ab im Garten des Schützenhauses, Hundeschlestr. 20, begangen. Das Programm besteht aus Konzert, Festrede, Vorträgen, Reigenfahrten des Arbeiter-Radsportvereins Schmargendorf und Tanz.

Alt-Grünau. Vormittags 10 Uhr bei Henschel, Grünauer Straße öffentliche Versammlung. Abends von 8 Uhr ab im Lokal von Dohberdt, Friedrichstraße, Vergnügen unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins und mehrerer Sportvereine.

Wahlsdorf. Vormittags 10 Uhr im Lokal von Ecker, Grünauer Straße, öffentliche Versammlung. Nachmittags 5 Uhr in demselben Lokal Konzert, Theater, Gesang, ausgeführt vom Arbeiter-Gesangsverein „Freiheit“, Wahlsdorf, und Tanz.

Friedenau. Für die Abendveranstaltung sind Billetts zum Preise von 20 Pf. in den Bezirkslokale zu haben.

Tempelhof. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder versammeln sich vormittags 8 1/2 Uhr im Wilhelmspark, Berlinerstraße 9. Von dort gemeinsamer Besuch der Versammlung in Mariendorf.

Grünau. Vormittags 9 Uhr treffen sich die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder im Lokal „Zur grünen Ede“, Adenider Str. 89, um gemeinsam die Versammlung der Wahlsdorfer Genossen in der Villa Kahl zu besuchen. Nachmittags 7 Uhr, Feier im Lokal von Duchoufour, Adenider Straße 7a.

Friedrichshagen. Vormittags 10 Uhr bei Conrad, Friedrichstraße 137, Versammlung. Abends 8 1/2 Uhr, im Eiseller, Friedrichstraße 86/87: Konzertsongert, Lieder zur Laute (Kurt Viehmann), Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins Friedrichshagener Männerchor und Rarmorggruppen. Zum Schluß: Wäckerverlosung.

Biesdorf. Die Feier findet nachmittags von 6 Uhr ab bei Paand, Margöhner Straße, statt.

Dahendorf bei Jossen. Abends 8 Uhr wird die Feier bei Wiese begangen.

Alt-Landsberg. Nachmittags 6 1/2 Uhr findet die Feier bei Gastwirt Junke statt.

Für Alt-Landsberg-Süd zu derselben Zeit bei Thomas Schmidt, Alt-Landsberger Chaussee.

Kaulsdorf. Die Genossen, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, treffen sich früh 8 1/2 Uhr bei Wobey am Bahnhof, um an der Versammlung in Wahlsdorf bei Ecker, Grünauerstraße, teilzunehmen. Abmarsch 9 Uhr. Nachmittags 6 Uhr beginnt die Feier im Hamanns Gesellschaftshaus, Frankfurter Chaussee.

Potsdam. Vormittags 10 1/2 Uhr im Saale Kaiser-Wilhelmstraße: Versammlung. Nachmittags von 1/2 Uhr ab in demselben Lokal: Ansprache, Gesangsvorträge und Tanz.

Spanbau. Diejenigen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen, finden sich zunächst zum Zwecke der Kontrolle in den von ihren Gewerkschaften bestimmten Lokale ein, woselbst die Kontrollmarken überreicht werden. Hierauf Besuch der Vormittagsversammlung. Für die Nachmittagsversammlung sind vom Komitee erhebliche Kosten und Mühen aufgewendet worden, um die Feier zu einer würdigen zu gestalten.

Wilmerdorf-Dolensee. Die heute fällige Versammlung des Wahlvereins wird nicht abgehalten. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Eine Aktiengründung der sozialdemokratischen Partei.

Unter diesem Titel geht durch die bürgerliche Presse eine Nachricht, die begreiflicherweise auch das Interesse der Parteigenossen erweckt. Die Mitteilung an die Parteigenossen war erst nach der dieser Tage erfolgenden Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister beabsichtigt. Nachdem aber aus dem Bericht der handelsgerichtlichen Revisoren die bürgerliche Presse schon jetzt Kenntnis erhalten hat, wollen sich auch die Parteigenossen unterrichten. Am 2. April hat sich in Berlin durch notariellen Akt die „Aktien-Gesellschaft Lindenhaus“ mit einem Kapital von einer Million Mark gegründet zum Zwecke des Erwerbs von Grundstücken. Diese Gründung wurde durch folgende Umstände veranlaßt: Vor jetzt zehn Jahren haben die Berliner Parteigenossen bekanntlich ihr eigenes Druckereigeschäft „Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co.“ gegründet. Das Geschäft hat in diesen zehn Jahren einen so erfreulichen Aufschwung genommen, daß die dafür zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten seit langem nicht mehr ausreichten. Der Gedanke an Erwerb eines eigenen Grundstücks und Errichtung eines entsprechenden Druckereigeschäftes lag daher nahe. Die geltenden Gesetze lassen es aber nicht zweckmäßig erscheinen, daß die jetzt bestehende offene Handelsgesellschaft Paul Singer u. Co. auch Grundstücke erwirbt; sobald nämlich, sei es durch Tod, Krankheit oder andere Umstände einer der jetzigen Teilhaber der Gesellschaft ausscheidet und ein anderer an seine Stelle tritt, müssen jenseitigen Zuwachssteuer, Grundstücksteuer und dergl. neu entrichtet werden. Um diese unangenehmen, in die Zehntausende gehenden Ausgaben zu ersparen, ist die Form der Aktiengesellschaft gewählt worden, deren unpersönliche Anteilsscheine nicht in dem Besitz der jeweiligen Inhaber bleiben. Selbstverständlich haben dieselben Genossen, denen die Berliner Parteigenossen feierlich, sei es als Inhaber, sei es als Aufsichtsrat in Form der Rechnerkommission das Druckerei- und Verlagsgeschäft anvertraut hatten, nimmend bei der Aktiengründung die vom Gesetz vorgeschriebenen Funktionen als Gründer, Vorstandsmitglieder und Aufsichtsrat übernommen. Für den event. Erwerb von Grundstücken für die Zwecke eines Druckereigeschäftes sind

dieser Aktiengesellschaft die Grundstücke Lindenstraße 2 und 3 zum Kauf angeboten worden. Den Bestimmungen des Gesetzes entsprechend wurden vom Handelsgericht zur Prüfung der Grundlagen der Aktiengesellschaft und ihrer Statuten zwei Revisoren ernannt, die jetzt ihren Bericht an das Handelsgericht erstattet haben, aus dem die bürgerliche Presse ihre Auszüge bringt. Die Revisoren haben ihr Amt sehr gewissenhaft ausgeübt; sie haben sich nicht, wie es sonst üblich ist, mit der Tatsache begnügt, daß 25 Proz. des Aktienkapitals bei der Gründung beim Notar bar eingezahlt wurden, sondern sie wollten noch ferner wissen, wieso die Gründer der Gesellschaft, deren soziale Stellung solche Reichtümer nicht vermuten ließ, zu so viel Geld gekommen seien. Und da erhielten sie von den Inhabern der „Vorwärts“-Buchdruckerei die wahrheitsgemäße Auskunft, daß die zur Gründung der Aktiengesellschaft notwendige 1 Million Mark aus den Mitteln der „Vorwärts“-Buchdruckerei zur Verfügung gestellt werden und ebenso die über diesen Betrag hinausgehenden zur Uebernahme der Grundstücke Lindenstr. 2 und 3 erforderlichen Mittel.

Wenn es in der bürgerlichen Presse heißt, daß den Revisoren Auskünfte verweigert worden seien, so stimmt das nicht. Ganz im Gegenteil wurde den Revisoren jede Auskunft erteilt, die sie verlangten, auch solche, bei denen es zweifelhaft sein konnte, ob eine Antworterteilung gefällig verlangt werden konnte.

Bei der Frage des Erwerbs von Grundstücken war selbstverständlich die Ansicht ausschlaggebend, daß man sich nicht begnügen könne, nur die Bedürfnisse der „Vorwärts“-Buchdruckerei, Redaktion, Expedition und Buchhandlung zu befriedigen, sondern daß im Laufe der nächsten Jahre an die Berliner Parteigenossen zweifellos Aufgaben herantraten, zu deren Erfüllung geeignete Räume in genügendem Umfange und zu jeder Zeit ungehindert zur Verfügung stehen müssen. Und um diesen Zweck zu erfüllen, das wird eben Aufgabe der Aktiengesellschaft sein. Daß dabei auch große finanzielle Verantwortung übernommen werden muß, ist ganz selbstverständlich, dürfte aber bei der Entwicklung der Partei und des Geschäftes keinen Anlaß zur Besorgnis geben.

Leiden des fatten Bürgertums.

Die Ueppigkeit der Lebensführung hat in den letzten Jahrzehnten in allen Bevölkerungsschichten in fast verhängnisvoller Weise zugenommen unsere Gastereien sind so luxuriös geworden, daß sie vielfach weder dem bürgerlichen Geldbeutel noch dem Magen des Durchschnittsmannes entsprechen.

Unter diesem Titel und mit dieser Einleitung brachte vor nicht allzulanger Zeit der „Berliner Lokalanzeiger“ einen Artikel, in dem die Folgen der Genußsucht und Unmöglichkeit jenseits der ärmeren Bevölkerung geschildert wurden. Es hieß des weiteren in der Notiz:

— aber es ist und bleibt trotzdem unverständlich, durch eine Freude und Erholung — denn das soll eigentlich solche Gasterei sein — seine Gesundheit zu beeinträchtigen und durch zu häufige Wiederholungen derartiger Genuße aus einer vorübergehenden Indisposition vielleicht eine dauernde organische Störung sich zuzufügen.

Es ist bezeichnend für die Lebensweise im Bürgertum und in den oberen Kreisen, daß einer, der die Verhältnisse kennt, diese Warnung erläßt und die Folgen dieser Schmauserei und Gasterei in drastischer Weise darlegt. Nicht minder interessant ist das, was aus berufener Feder noch weiterhin geschildert wird:

„Es wäre daher ein Verdienst der führenden Persönlichkeiten in den einzelnen gesellschaftlichen Kreisen, wenn sie anfangen, gegen die gegenwärtigen kostspieligen Uebertreibungen im gegenseitigen Verkehr durch entsprechendes Vorgehen sich praktisch zu wenden. Zudem kann eine unangenehme Folge zu häufiger und reichlicher Diners selbst die feinste Gourmandise in der Aufstellung der Speisekarte nicht vermeiden, das ist die zunehmende Leibesfülle. Es ist eine bekannte und sich jährlich wiederholende Tatsache, daß der Winter mit seinen vielen Schmausereien das Gewicht einzelner Persönlichkeiten um 20, 30, ja sogar noch mehr Pfund vermehrt, die dann eine Kur in Karlsbad, Marienbad, Rissingen wieder soll verschwinden lassen. All diesen hygienischen und wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten wird am besten vorgebeugt durch Rückkehr zur Einfachheit im Genuß.“

Das sind ja förmliche Augenzeugnisse, die da gemacht werden, die zwar nicht neu sind, aber für und den Wert einer authentischen Feststellung haben. Viele Tausende, die die Sorge um das tägliche und trodene Brot nicht ruhig schlafen läßt, werden erkaunt aufhorchen, wenn sie hören, in welcher unangenehmer Lage sich die wohlhabenden Kreise befinden, deren Angehörige vielerlei Leiden auszustehen haben infolge ihres Wohllebens, was allerdings fromme und gläubige Gemüter als Strafe des Himmels ansehen werden. Diese Ueppigkeit der Lebenshaltung beschränkt sich jedoch nicht etwa nur auf einen kleinen Kreis von Wohlhabenden, sondern, wie schon erwähnt, sind alle Schichten des besserstehenden Bürgertums von derselben Genußsucht angesteckt und unterscheiden sich kaum in dieser Hinsicht von den „Edelsten“ und „Besten“ des Volkes. Ja, es ist noch gar nicht solange her, daß ein junger Faktor in der „Vossischen Zeitung“ aus der Schule plauderte und aus dem Leben seiner älteren Berliner Kollegen reizende Bilder entwarf; z. B. unter anderem mitteilte, daß jüngere Kollegen in den Häusern der älteren Postoren laum noch verkehren könnten, weil sie den Luxus und Aufwand, der dort getrieben werde, mitzumachen nicht imstande seien. „Wo der Sekübel“, so schrieb der Herr, „die Austerrie und das Automobil zum täglichen Bedürfnis wird, müsse sich unbedingt ein Widerspruch einstellen mit den Lehren und dem Leben des armen Nozareners.“ Angesichts dieser Zustände werden viele, viele Hungerleider im Lande aufhorchen, die laum imstande sind, trotz größten Fleißes und rührigster Tätigkeit das nackte Leben zu fristen.

Die große Mehrheit der Arbeiterklasse lebt von der Hand in den Mund und weiß niemals, was der folgende Tag bringen wird. Ihnen bringt die Unmäßigkeit und Ueppigkeit in der Lebenshaltung keinerlei Beschwerden, sie müssen bei der gegenwärtigen Teuerung zu ihrem großen Glück so ziemlich auf alle jene Bestandteile und Substanzen in der Nahrung verzichten, die Fett und Speck erzeugen könnten. Mit Surrogaten schmeißt man sich sehr wohl vor Dinerleiden in der oben genannten Art und besonders nach dem Winter bleibt die übergroße Masse der unteren Schichten von der Mühe verschont, 20, 30 und noch mehr Pfund Speck ihrem Körper wieder abzutrogen. Junfer und Pfaff sorgen dafür,

daß die Lebensmittel auf der exorbitanten Preislage stehen bleiben, und so müssen die Minderbemittelten mit minderwertiger Nahrung und Abfällen sich begnügen.

Das eine Gute aber haben solche Dinge: sie zeigen selbst den Rückständigsten und Unwissendsten, wie herrlich es in der heutigen gottgemolten Gesellschaftsordnung hergeht, und sie werden solche Schilderung als blutige Verpötlung ihrer eigenen jammervollen Lage empfinden lernen und einsehen, daß es nur ein Mittel gibt, diese, an das verfaulte Römerreich erinnernde Zustände zu beseitigen — nämlich den Kampf in den Reihen des organisierten Proletariats und als letztes Ziel die Beseitigung der heutigen Ausbeutung und Unterdrückung.

Einsprüche gegen den Ban des Krematoriums sind infolge der öffentlichen Auslegung der Pläne von drei katholischen Kirchen (St. Joseph, St. Peter und St. Sebastian) und von etwa 20 Anwohnern der benachbarten Straßen erhoben worden. Sie werden damit begründet, daß der Heilige Vater die Feuerbestattung verboten habe (!) und daß Verlästigung durch Rauch und giftige Gase zu befürchten sei.

Nun hat ja der „Heilige Vater“ im vorliegenden Falle nichts zu verbieten, da das Krematorium auf Grund eines preußischen Gesetzes errichtet wird. Der Einwand, daß Rauch und giftige Gase die Anwohner des Krematoriums belästigen könnten, ist unbegründet.

Groß-Berlin in Werder. Aus Anlaß des Hauptblütenfestes herrschte vorgestern in dem Blütenstädtchen Werder ein ganz ungeheurer Fremdenverkehr. Schon von früher Morgenstunden an wurden vom Potsdamer Bahnhof Sonderzüge abgelassen, die sämtlich überfüllt waren. In den Nachmittagsstunden entwickelte sich ein derartig enormer Andrang, daß sich die Verwaltung veranlaßt sah, alle zehn Minuten Sonderzüge abzuschicken. In Werder herrschte ein Verkehr, wie er selbst für die Ortseingewohnten selten beobachtet worden ist. Es fluteten immer neue Massen in die Stadt und auf die Blütenberge, um sich dem Genuße der herrlichen Aussichten auf den Blütenhain und des süßigen Obstweins hinzugeben. Die teufliche Wirkung des letzteren brachte gegen Abend eine Stimmung hervor, die mehr als fabel zu nennen ist. Als dann vom späten nachmittag an die Massen wieder zurückbefördert wurden, gab es auf dem Bahnhof in Werder ein derartig ungewöhnliches Gedränge, daß sich die schlimmsten Szenen abspielten. Nicht allein die Bahnsteige und die Vorräume waren dicht gefüllt von Menschen, sondern auch der Platz vor dem Bahnhofgebäude. Die Stationsleitung ließ von Zeit zu Zeit die Massen auf die Bahnsteige hinaus und dann wurde stets auf die vorn stehenden Personen dermaßen eingedrängt, daß Frauen laut aufschrien und auch Ohnmachtsanfälle vorkamen. Beim Bestiegen der Züge wiederholten sich die gleichen unheimlichen Vorgänge.

Außerordentlich stark waren die nach Werder führenden Chausseen mit Radsfahrern und mit Autos belebt. Wofür an 5000 Radsfahrer waren am Sonntag in Werder. Dabei hat sich auch ein Unglück ereignet. Der radelnde Portier Kunstmann, Lutherstraße 16 zu Schöneberg wohnhaft, kollidierte an der Bergmeierei bei Geltow mit einem Privatautomobil; er stieg mit großer Gewalt gegen den Wagen, so daß er einen Schädelbruch erlitt. Der Führer des Automobils kümmerte sich nicht weiter um den Verunglückten. Später wurde Kunstmann in einem Privatautomobil zur Sanitätswache, die in Geltow von der Sanitätskolonne eingerichtet worden ist, gebracht, verbunden und dann dem städtischen Krankenhaus in Potsdam überwiesen. Kunstmann hat die Befinnung bisher noch nicht wiedererlangt; sein Befinden ist sehr ernst.

Der Stadtverordnete B. Hammerstein ist Sonntag abend plötzlich nach kurzem Unwohlsein im 70. Lebensjahre verstorben. Hammerstein war Mitglied der Armendirektion, der Waifenverwaltung, Honorarator des städtischen Erziehungsheimes zu Kleinbeeren und Kurator für die städtischen Hospitäler.

Zur Weisfeier.

In der Konsumgenossenschaft von Berlin und Umgegend wird am 1. Mai die Arbeitsruhe eine vollständige sein. Die Läger und Geschäfte sind geschlossen, so daß sämtliche Geschäftigen, einschließ- lich der in der Bäckerei Beschäftigten für eine volle Tagesleistung Arbeitsruhe haben werden. Auch in der Berliner Genossenschaftsbäckerei, Gerichtstraße 23, wird die übliche Arbeitsruhe durchgeführt. In den übrigen Genossenschaften: „Neue Berliner Genossenschaftsbäckerei“, Reinholdstraße 63, „Bäckereigenossenschaft Berlin und Umgegend“, „Bäckereigenossenschaft Charlottenburg“, Charlottenburg, Christstraße 18, und Genossenschaft „Volksbrot“ wird am 1. Mai der Betrieb auf das allernotwendigste beschränkt und außer Weisgebäck, das nicht beschränkt werden kann, Brot nur insoweit hergestellt, als es für eigene Geschäfte oder bestimmte Kunden, Kantinen usw. bestimmt ist und die Bedienung derselben aus Konkurrenzrücksichten sich nicht umgehen läßt. Doch soll streng darauf geachtet werden, daß die Brotwagen dieser Genossenschaften bis spätestens Mittag von der Straße verschwinden und daß sich die Genossenschaften in keiner Weise deshalb Konkurrenz machen. Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands, Bezirk Berlin, ersucht die Mitglieder der Konsumgenossenschaft wie auch die konsumierenden Arbeiterfamilien und Parteigenossen, ihren Bedarf an Schwarzbrot dem Vorstehenden entsprechend einzurichten, damit den Geschäften in der Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai keinerlei Schwierigkeiten gemacht werden oder ihnen Nachteile erwachsen.

Geldschrankmacher brachen vor einigen Tagen bei einer Firma in der Kopenhagener Straße ein. Sie kamen über die Dächer, schlugen in die vordere Pangerplatte des Urheims ein quadratförmiges Loch, fanden aber auch nicht einen klanken Pfennig, da zufällig das ganze Geld am Abend vorher vom Geschäftsinhaber mit nach Hause genommen worden war. Das Originellste ist, daß die Geldschrankschlüssel im selben Raum auf einem Tisch lagen. Die Einbrecher waren aber Gentleman, da sie sich für ihr Werk nicht mal rächten. Schon wenige Stunden nach der Meldung an die Polizei fand sich, obwohl sonst der Einbruch streng geheim gehalten war, der Vertreter einer — Geldschrankfabrik ein. Wer denkt da nicht unwillkürlich an die Fügigkeit der Sarglieferanten und ihre bekannten guten Beziehungen?

Bei „Zielübungen“ im Depot IV der berittenen Schuhmannschaft wurde der Schuhmann B. von einem Kollegen schwer angeschossen. Der Schuh gezeichnete den Kiefer. Da offiziell Platzpatronen ausgeben waren, ist eine Untersuchung eingeleitet, wie die Crowningspistole des unglücklichen Schützen scharf geladen sein konnte.

Das brasilianische Paradies! Von fachverständiger Seite wird der „Vossischen Zeitung“ geschrieben: Trotz aller Warnungen, sich von deutschen und auswärtigen Agenten für eine Auswanderung nach Brasilien nicht ins Garn locken zu lassen, da die Uebersiedlung in den meisten Fällen gleichbedeutend ist mit einem völligen



# Knaben- = Bloß

Dauer bis 8. Mai — Vom 1. Mai ab **Sonntags** nur von 8 bis 10 geöffnet.

ca. 20,000 Wasch-Anzüge, Blusen, Hosen usw.  
Ungewöhnlich billige Preise!

**Blusen-Anzüge** gestreifter Waschtstoff für 3-4 Jahre, Einheitspreis 70 Pf.  
**Blusen-Wasch-Anzüge** schöne Muster und Formen für 5 bis 8 Jahre, Einheitspreis M. 1.30  
**Matrosen-Wasch-Anzüge** gestreift, Kragen mit schöner Ornamentierung für 5-8 Jahre, Einheitspreis M. 2.25  
**Ledersatin-Anzüge** hochgeschlossen und Matrosenform, Ueberkragen reich garniert für 5-8 Jahre, Einheitspreis M. 3.40  
**Kieler Anzüge** gestreifter Kadettstoff mit festem Kragen u. Manschetten für 3-4 Jahre, Einheitspreis 3.30 für 9-12 Jahre, Einheitspreis 3.95  
**Einzelne Waschblusen** verschied. Stoffe und Formen für 5-9 Jahre, M. 1.65 1.15 90, 45 Pf.

**Kieler Anzüge** gestreift, oder weißer Waschtstoff, Kragen u. Manschetten zum Abknöpfen für 5-8 Jahre, Einheitspreis M. 4.60 für 9-12 Jahre, Einheitspreis M. 5.30  
**Prinz Heinrich-Wasch-Anzüge** gestreifter Waschtstoff mit Goldknöpfen für 3-4 Jahre, Einheitspreis M. 3.10  
**Prinz Heinrich-Wasch-Anzüge** gestreifter Waschtstoff, sehr elegantes Aussehen für 5-8 Jahre, Einheitspreis M. 4.50  
**Wasch-Anzüge** aus Resten gearbeitet, Prima Stoffe und Verarbeitung für 5-8 Jahre, Einheitspreis M. 4.65  
**Kittel-Anzüge** einzelne Modelle, in den üblichen Größen, Einheitspreis 5.00

**Satin-Sporthosen** waschecht, für 5-8 Jahre M. 1.60 für 9-15 Jahre M. 1.95  
**Einzelne Waschlhos** aus Resten gearbeitet für 5-8 Jahre, M. 1.15 80, 45 Pf.

Sämtliche Angebote gelten, solange Vorräte reichen. — Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt

**Knabenstrohüte**  
neueste Formen  
von 50 Pf. an

## BaerSohn

**Sport-Hemden**  
in den neuesten Mustern  
M. 1.75

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11 □ Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Die Besichtigung der Kleider-Werke ist unseren Kunden nach vorheriger Anmeldung gestattet

Jeglicher Nachdruck verboten.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Letzte Moden) auf Wunsch kostenfrei

## Theater und Vergnügungen

**Dienstag, 30. April 1912.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Kgl. Opernhaus.** Italienkönigt. Doktor und Apotheker.  
**Kgl. Schauspielhaus.** Bei dem der Hgt.  
**Deutsches Volkstheater.** Die Jüdin von Toledo.  
**Zirkus Schumann.** Gala-Vorstellung.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Tautenkranz 48/49. Weltbäder an europäischen Küsten.  
**Mammerspiele.** Samurän.  
**Komische Oper.** Der Ferkel.  
**Lehrstück.** Glaube und Heimat.  
**Karlshofener.** Oberst Haber.  
**Deutsches.** Die schöne Helena.  
**Königsgräber Straße.** Die fünf Händel.  
**Neues Schauspielhaus.** Pabst.  
**Neues.** Der liebe Augustin.  
**Neuburg.** Alles für die Firma.  
**Kuhpferd.** Ein Blindhund.  
**Berliner.** Große Hoffen.  
**Neues Operetten.** Mädchenmarkt.  
**Schiller O.** Der starke Junger.  
**Schiller.** Charlottenburg. Der Kompanjon.  
**Friedr. Wilh.** Schauspielhaus.  
**Das dritte Reich.**  
**Suisen.** Ich lasse dich nicht.  
**Neue.** 100 000 Teufel.  
**Triana.** Der Obermann am Fenster.  
**Ein angebrochener Abend.**  
**Thalia.** Autolochen.  
**Klein.** Der Nachtwächter. Volkstheater.  
**Metropol.** Schwindelmeier u. Co.  
**Haberland.** Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Casino.** Die lustige Strohwitwe.  
**Neues.** Spezialitäten.  
**Wagner.** Spezialitäten.  
**Sternfeld.** Der Hauptstuhl. Wie man Männer besetzt.  
**Reichshallen.** Eine Hochzeit in der Pfaffenstraße.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Caprice.** Der Polzeihund.  
**Waldfalla.** Um eine Axt.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Der Meister.  
**Königsgräber-Kasino.** Spezialitäten.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.

**Schiller-Theater O.** Ballner-Theater.  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Der schwarze Junker.**  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Jüdin von Toledo.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Jüdin von Toledo.**  
**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Der Kompanjon.**  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Lady Windermere's Flecher**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Kompanjon.**  
**Berliner Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Große Hoffen.**  
**Theater in der Königsgräber Straße**  
 Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**  
**Residenz-Theater.**  
 Direktor Richard Alexander.  
 8 Uhr:  
**Alles für die Firma.**  
 Schwan in 3 Akten von R. Hennequin und G. Michel.  
 Morgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**  
**Theater des Westens.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Die schöne Helena.**  
 Sonntag 7 1/2 Uhr: Wiener Blut.  
**Suisen-Theater.**  
 Täglich 8 Uhr:  
**Ich lasse dich nicht.**  
**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger.  
 Zum Schluss:  
 Eine Hochzeit in der Pfaffenstraße.  
 Entree von 10 Pf.  
 Anfang:  
 Sonntag 8 Uhr,  
 Sonntag 7 Uhr.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Abends 8 Uhr:  
**5 x 100 000 Teufel.**  
 Morgen und folgende Tage:  
**5 x 100 000 Teufel.**  
**Metropol-Theater.**  
 Abends 8 Uhr: Klachten gestillt.  
**Schwindelmeier & Comp.**  
 Charakteristisch musikalische Komödie in 2 Akten nach R. Ambert u. H. M. Thompsons „The Acrobat“, völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von J. Blonkin, Edward Talbot und H. Nelson. Länge von 2. 1/2 Stunden. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz.  
**Apollo Theater**  
 Ab 8 Uhr  
 Leichter Tag mit  
**Ernesto Bellini.**  
 Mittwoch, den 1. Mai:  
**Premiere.**  
 10 große neue Attraktionen.  
**Trianon-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Der Ehemann am Fenster.**  
 Dienstag: Ein angebrochener Abend.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater  
 8 Uhr:  
 Weltbäder an europäischen Küsten.  
  
 früher Neues Kgl. Opernhaus.  
**Lichtspiele**  
 in wirklichen Naturfarben  
 Kinemakolor.  
 Bis auf weiteres das von der gesamten Presse glänzend besprochene, farbenprächtige Eröffnungsprogramm.  
**Gr. Orchester mit Gesang.**  
 Unsere Eintrittskarten berechtigen auch zum Besuch des Konzertgartens.  
  
**Admiralpalast**  
 am Bahnhof Friedrichstraße,  
**Z. Z. einziger Eispalast Deutschlands**  
 Alleabendl. d. sensat. Eisballett „Yvonne“. Die kl. Wals-Königin Charlotte. Weltmstr. Brar Meyer. Nachm.: Kunstlauf-Produktionen.  
 Bis 8 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenspreise.  
**Restaurant I. Rang.**  
 Wein- und Bier-Abteilung.

**Passage-Panoptikum.**  
**Das vereinte Riesenpaar**  
 Brühlbild und Duzorc  
 Deutschland u. Frankreich  
**Hede, das Löwenmädchen**  
 halb Mensch — halb Animal  
 lebend zu sehen  
 Ohne Extra-Entree.  
  
**Luna Park**  
**Eröffnung**  
 Sonnabend, den 4. Mai cr.  
 Entree 50 Pf.  
**Saisonkarten alle Tage**  
 gültig Mark 5.—  
 bei A. Wertheim, Invalidendank und den Kassen des Luna-Parks.  
**Casino-Theater**  
 Solbrigstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Das glänzende Aprilprogramm**  
 mit **Grete Gallus.**  
 Allabendlich Lichtspiele!  
 Der Possenschlager  
**Die lustige Strohwitwe.**  
**Mentes Volksgarten**  
 Inh. Walter Schröter  
 Telefon: Amt Hiltberg Nr. 164.  
 Hiltberg, Rosderstr. 28/29  
 Verlängerte Landberger Allee.  
 Sonn. Klavierkonzert 15 Minuten.  
 Ende 64, 67, 71.  
 Linie Kurze Straße — Dohrenshausen.  
 Vom 1. April jeden Dienstag, Donnerstag  
 = Frei-Tanz. =  
 Sonntag: Großer Ball

Schluss der Saison definitiv 2. Mai.  
**Zirkus Schumann**  
 Heute Dienstag, den 30. April, abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Sportvorstellung**  
 u. a. dreifacher Jockeyakt, ausgeführt v. d. Houcke Truppe.  
 Auftreten der beliebten Schultze-Clownen, die U. Komischen, Dir. Alb. Schumann mit 8. neuesten Kreationen.  
 Um 9 1/2 Uhr:  
 Das neueste und größte Ausstattungsgestück der Gegenwart  
**Das Motorpferd**  
 in 5 Akten.  
**Voigt-Theater.**  
 Gesundheitsheim Badstraße 58.  
 Dienstag, den 30. April 1912:  
 Der Meister wegen heute für die Mittwoch-Abend.  
**Der Glotzkopf zu Breslau.**  
 Ditt. Drama in 3 Akten v. Strogon.  
 Freitag, 3. Mai: Daselbe.  
 Safteneröffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Königsstadt-Kasino.**  
 Gde. Holzmühlstr. u. Alexanderstraße  
 Bis 30. April täglich ab 4 1/2 U.:  
 Im Krug zum grünen Kranz  
 und das glanzvolle Spezialitäten-Programm. — Konzertsarten haben an allen Wochentagen Gültigkeit.  
**Folies Caprice.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die Saison-Schlager**  
**Der Polzeihund.**  
**Das Broadway-Girl.**  
 Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Neues Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**

